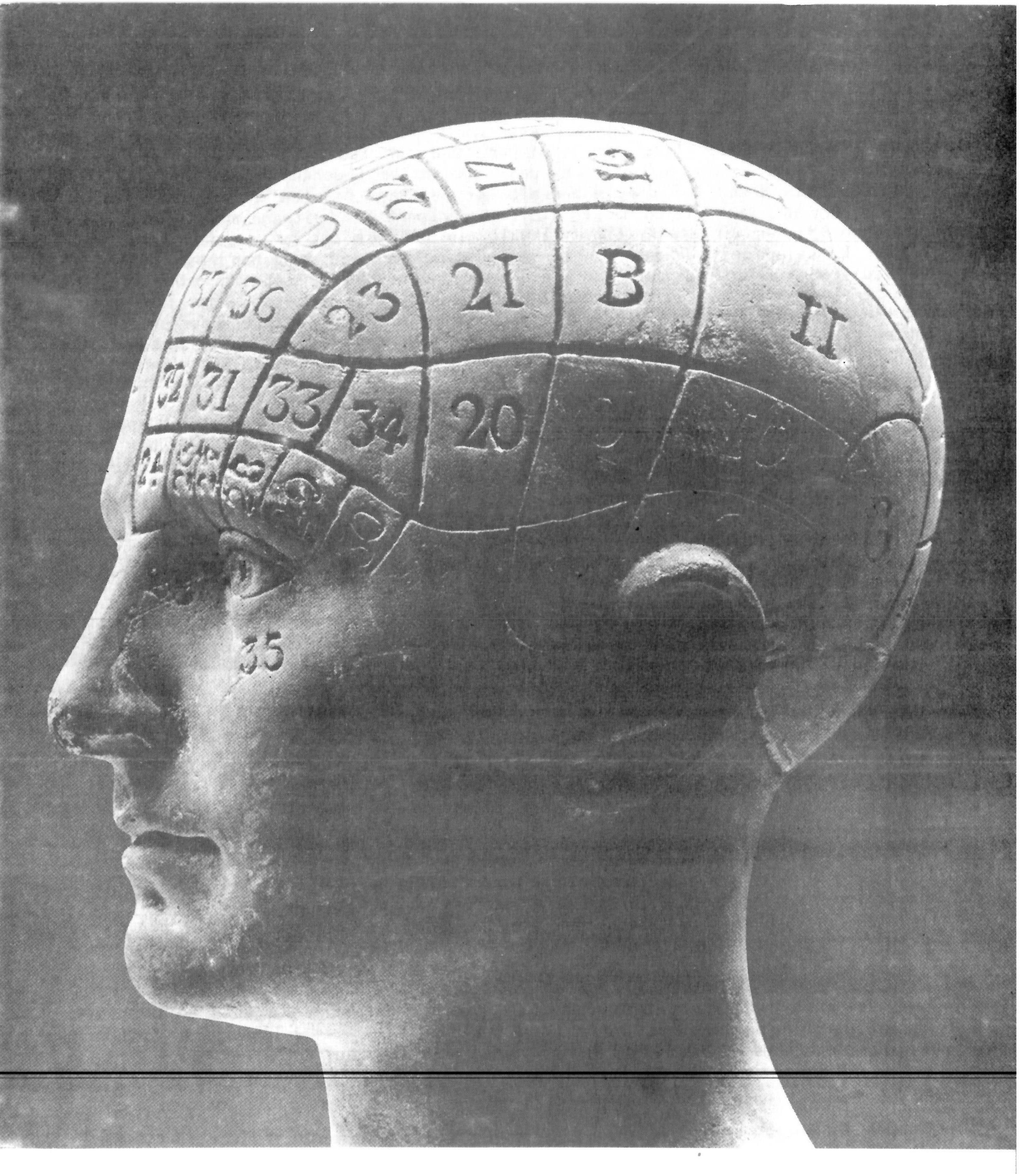


INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 364


22.2.1996

Hallo,
mit dieser Ausgabe haltet ihr mal wieder ein richtig spannendes Heft des wöchentlichen Infos in euren Händen. Außer den üblichen Aufrufen/Infos, diesmal zur 1. Mai-Demo, zum Frühjahrsputz im Wendland, der 9. März-Demo in Bonn und der Antifa-Aktion gegen das nationale Pressearchiv in Fr./O, findet ihr spannende Diskussionspapiere zur AIZ, der 1.Mai-Demo und zur Radi. Zu letzterem (da er ja auch an uns Kritik außert) ein paar vorläufige Gedanken. Eurer Kritik an Form/Layout in Bezug auf die Lesbarkeit der Beiträge stimmen wir zu und geben sie als Anregung auch gleich mal an die ZusenderInnen der Beiträge an uns weiter. Spannender finden wir die Kritik am Inhalt, in der Form des polemischen Vorwurfs in der I. seien seit Jahren (!) in den allermeisten (!) Ausgaben kein Vorwort mehr zu finden allerdings auch ein wenig übertrieben. Daß dennoch oft kein Vorwort zu lesen ist hat verschiedene Gründe. Einer ist, daß wir tatsächlich oft mit einem "bunten Potpouri" von Beiträgen konfrontiert sind, Ausdruck der unterschiedlichen Politikansätze der Rest-Szene. Das geht dann von Antifa, Hüttendorf, Castor über Chiapas bis hin zu Tierrechten..., schwer da eine einleitende Inhaltliche Klammer zu ziehen ohne zu schwafeln.

Ünglücklich finden wir die Vermischung eurer Kritik an der Radi und uns, obwohl ihr ja sogar selber feststellt, daß die Konzepte und Bedingungen einer wöchentlich bzw. halbjährlich erscheinenden Zeitung sehr unterschiedlich sind was die Möglichkeiten der Kenntlichmachung eigener inhaltlicher Positionen betrifft.

Eure eigenen inhaltlichen Positionen, wie denn nun der auch von euch bejammerte Zustand der Linken geknackt werden kann, bleibt - abgesehen von eurer Kritik am Dienstleistungscharakter von Zeitungsprojekten und der Aufforderung an uns, uns inhaltlich mal aus dem Fenster zu lehnen - weitgehend unsichtbar. Im Abschnitt Psychos reißt ihr einige Punkte an, deren weitere Diskussion wir auch

spannend fänden wie z.B., daß die Inhalte der Zeitung Anfang der 90er für viele eine Orientierung abgegeben hätten, gegen die nun rebelliert wird. Daß ihr als Beispiel hier das Thema Ausbildung nennt erscheint uns jedoch nicht so beliebig wie euch. Es fällt uns halt auf die Füße, daß Arbeit/Kohle tendentiell immer "privater" Bereich war. Kein Wunder, daß in Zeiten des verschärten sozialen Angriffs bei gleichzeitigem Wegbrechen des lebensgefühls "Bewegung" dieser Bereich individuell gelöst wird. Schließlich noch eine Kritik an eurer Sichtweise den alltäglichen Prozessen von Umstrukturierung und Neuformierung von Macht in Berlin hätten wir nahezu nichts entgegenzusetzen. Eure Sichtweise geht da von einem schier übermächtigen Gegner aus, ihr sitzt dem Bild des Selbstläufers "Dienstleistungsmetropole" auf, die sich so bruchlos nicht herstellen lassen wird, wie Senatens sich das wünscht. Spannender finden wir es auf die Brüche und Widersprüche im Konzept der Herrschenden zu schauen, um eigene Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, anstatt die Situation hoffnungsloser zu machen als sie ist. Mit der Hoffnung auf weitere Diskussion viel Spaß beim lesen!



Eröffnung

Am 29. 2.96 ab 9.30 Uhr ist es soweit!!! Der Edel-Konsumtempel *Lafayette* in der Friedrichstraße öffnet seine Pforten. Wir sind natürlich dabei! Gilt es doch ihnen z.B. in der Porzellanabteilung zu zeigen, wer noch alle Tassen im Schrank hat. Der Parfümerie sollten wir unsere Düfte auch nicht vorenthalten. Wenn wir uns in Schale werfen und die Klunker klappern lassen, wird das Aussieben für sie eine peinliche Prozedur.
Bereiten wir den Lafayettes und Co viele Eröffnungsüberaschungen!!!

Da wir bisher die meisten Gelegenheiten verpaßt haben die Größenwahn-Hauptstadtpläne zu durchkreuzen, werden wir uns dieses Spektakel zur Einweihung der Luxusmeile nicht entgehen lassen. Tragen wir unser Chaos in ihre wohlsortierte Ladenzeile.
Vor dem Glitzer Glaskasten, könnten sich alle einfinden, deren Kleiderschrank, dank gekürzter Unsozialleistungen keine geeignete Kleidung mehr hergibt, bzw. die auf das ganze Theater schon lange pfeifen. Mit dieser illustren Mischung wird es uns gelingen, ihnen klarzumachen, daß Beton und Stahl unsere Phantasie nicht zubauen kann.

Schampus für Alle!!!

Also, noch mal langsam zum mitschreiben:
Es gibt bisher noch keine organisierte Kundgebung !!!
Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Es wird also evt. relativ kurzfristig für den 29.02. (17.30 Uhr???) mobilsiert.

Für die Begehung müßt ihr euch selber was einfallen lassen. Krieg den Palästen!

Autonome eröffnen Chaos-Tage vorzeitig

■ Brandanschlag auf ZDF-Wagen im Vorfeld der Chaos-Tage in der Friedrichstraße. Szene ruft auf zum Steineschmeißen

Eat the Rich!

Am 29. Februar: Eröffnung der Galerie Lafayette in der Friedrichstraße

Am 28. Februar: Gala-Diner für die Bonzen am selben Ort

Chaostage immer und überall? Überrascht wurde die Berliner Polizei vom verfrühten Beginn der Chaostage in der Friedrichstraße. Ein BegrüßungsKOMITEE des neuen Berliner Innensenators Schönbohm zündete am Donnerstag Abend, 15.2.96, einen ZDF-Übertragungs-LKW am Gendarmenmarkt an. Er wurde jedoch nicht so schwer beschädigt, daß nicht weiterhin über die Chaostage und deren inhaltliche Zielsetzung gegen die Umstrukturierung, Verdrängung der Ärmeren und das Konzept der Inneren Sicherheit berichtet werden könnte.

Lafay...

Am 29. Februar eröffnen di... Friedrichstraße ist bis auf weiter... ...ges Pflaster.

Da tickt eine ... Bombe

5

Die Galeries Lafayette und ihre Kundschaft... *Foto: G. Meyer/N. Schmidt/Montage: taz*

Was auch immer es mit den angekündigten Chaos-Tagen in der Friedrichstraße auf sich hat – die autonome Mobilisierung läuft auch Hochtouren. Gestern bekannte sich eine unbekannte Gruppe namens „Begrüßungs-KOMITEE des neuen Berliner Innensenators Schönbohm" zu einem Brandanschlag auf einen ZDF-Übertragungs-LKW am Gendarmenmarkt. In dem Schreiben, das der taz vorliegt, heißt es, daß die Polizei „vom verfrühten Beginn der Chaos-Tage in der Friedrichstraße überrascht" worden sei. Bei dem von der Polizei bestätigten Anschlag vom vergangenen Donnerstag abend wurde nicht nur das Fahrzeug selbst, sondern auch die Sendetechnik in Mitleidenschaft gezogen. Wie der technische Leiter des Berliner ZDF-Studios mitteilte, könne man den entstandenen Schaden noch gar nicht beziffern. Der fünf bis sechs Millionen Mark teure und 22 Meter lange Übertragungswagen – das ZDF besitzt davon nur drei Exemplare – müsse vor seiner weiteren Verwendung nach Mainz gebracht und dort eingehend geprüft werden. Der Sender hatte den LKW am Gendarmenmarkt geparkt, nachdem am Tag zuvor im Schauspielhaus die „Goldene Kamera" aufgezeichnet worden war.

Nachdem bereits in der vergangenen Woche erste Flugblätter zu Chaos-Tagen anläßlich der Eröffnung der Galeries Lafayette am 28. Februar aufriefen, wird nun auch in der autonomen Zeitschrift *Interim* mobilisiert. Inzwischen ist auch ein zweites Flugblatt mit dem Motto „Glaspalast zu Scherbenhaufen" aufgetaucht. Am 29. Februar, heißt es dort, werde mit den Galeries Lafayette „ein Einkaufsparadies für Bonzen", vollgestopft mit „überflüssigen Luxuswaren" oder „mörderischen Pelzmänteln", eröffnet. „Während 40.000 Obdachlose frieren und der Sozialabbau die Schwächsten trifft", heißt es weiter, „treffen sich die feinen Leute, um in (sic!) Champagner zu prassen." Der Aufruf schließt mit dem Satz: Wer vor dem Glashaus sitzt, sollte auch mit Steinen werfen.

Der Berliner Geschäftsführer der Galeries Lafayette, Claude Fabre, sieht den angekündigten Chaos-Tagen allerdings gelassen entgegen. Vor allem während der Gala mit 2.000 Gästen am Vorabend der Eröffnung rechnet er damit, daß die Polizei die nötigen Sicherheitsvorkehrungen treffen wird. Aber auch die Galeries selbst wollen, so Fabre, alles vermeiden, daß richtige Kunden für verkleidete Autonome gehalten werden. Mehr Sorge bereiten Fabre allerdings die Tage danach. „Die können ja auch am ersten oder zweiten März kommen", befürchtet er.

Gleichzeitig mit der Eröffnung des Pariser Modehauses, das auf 8.000 Quadratmetern im gläsernen Bau des Pariser Architekten Jean Nouvel an der Ecke Französische Straße französischen Chic feilbieten wird, wird auch der Textilmarkt Hennes und Mauritz im Quartier 205 an der Mohrenstraße eröffnen. Die Eröffnung der unterirdischen Einkaufspassage ist für den Herbst vorgesehen. **Uwe Rada**



FrauenLesben heraus zum 1. Mai!

Aufruf für ein Vorbereitungstreffen zum FrauenLesben-Block auf der revolutionären 1. Mai-Demo.

Es wird dieses Jahr wieder eine revolutionäre 1. Mai-Demo geben! Geplant ist, daß die Demo aus verschiedenen Blöcken besteht, die ihre eigenen politischen Positionen und inhaltlichen Schwerpunkte nach außen tragen. Bisher gibt es Vorbereitungen für einen Antifa-Block und einen Häuserkampf-Block. Das Motto der Demo soll die gemeinsame Forderung nach revolutionärer Veränderung deutlich machen.

Wir wollen einen kämpferischen FrauenLesben-Block auf dieser 1. Mai-Demo! Mit dem revolutionären FrauenLesben-Block wollen wir feministische Inhalte und Sichtweisen vermitteln und als Frauenzusammenhänge präsent sein. Ein gut vorbereiteter und kämpferischer FrauenLesben-Block kann viele Frauen mobilisieren und Kraft geben.

Wir laden alle zum **Vorbereitungstreffen** am Mittwoch, den 28. 2. um 20.00 Uhr im Nachladen Waldemarstraße 36 10999 Berlin ein.

Bis dann,
Fara

Aufruf

Zur Vorbereitung & Bildung eines "sozialrevolutionären Blocks" auf der revolutionären 1.Mai-Demo 1996 in Berlin

"Die soziale Revolution ist keine Parteisache"
- Otto Rühle (1920)-

Dieses Jahr soll es in Bärlino wieder eine revolutionäre 1.Mai-Demo geben. Auf Initiative der Antifaschistischen Aktion gab es Vorbereitungstreffen für das linksradikale Antifa-Spektrum zwecks eines Antifa-Blocks, die erste Vollversammlung zur Demo soll am 1. März um 19 Uhr im Mehringhof stattfinden.
Im Gegensatz zum letzten Jahr wollen wir dieses Jahr teilnehmen.

Warum ?

Wir halten es gerade jetzt, in Zeiten, in denen die Widersprüche auch in den Metropolen sich immer mehr zuspitzen und der Staat versucht, jeden linksradikalen Ansatz zu zerschlagen, für wichtig, am 1.Mai auf die Straße zu gehen. Es ist notwendiger denn je, für die Verwirklichung unseres Traumes einer klassenlosen und HERRschaftsfreien Gesellschaft zu kämpfen.

Warum ein "sozialrevolutionärer Block" ?

Innerhalb unserer Gruppe haben wir uns überlegt, daß die Organisierung eines sozialrevolutionären Blocks die Möglichkeit bieten könnte, mit Gruppen & Individuen in Kontakt und Austausch zu treten, die ähnliche Vorstellungen über revolutionäre, antiautoritäre Politik haben und diese auch nach außen vertreten wollen (seien es nun RätekommunistInnen, Autonome, Anarchi-stInnen, Libertäre, basisdemokratische Linke, ...).

Wir schlagen Euch - wenn Ihr Lust und Interesse habt - ein erstes Koordinierungs- und Vorbereitungstreffen am

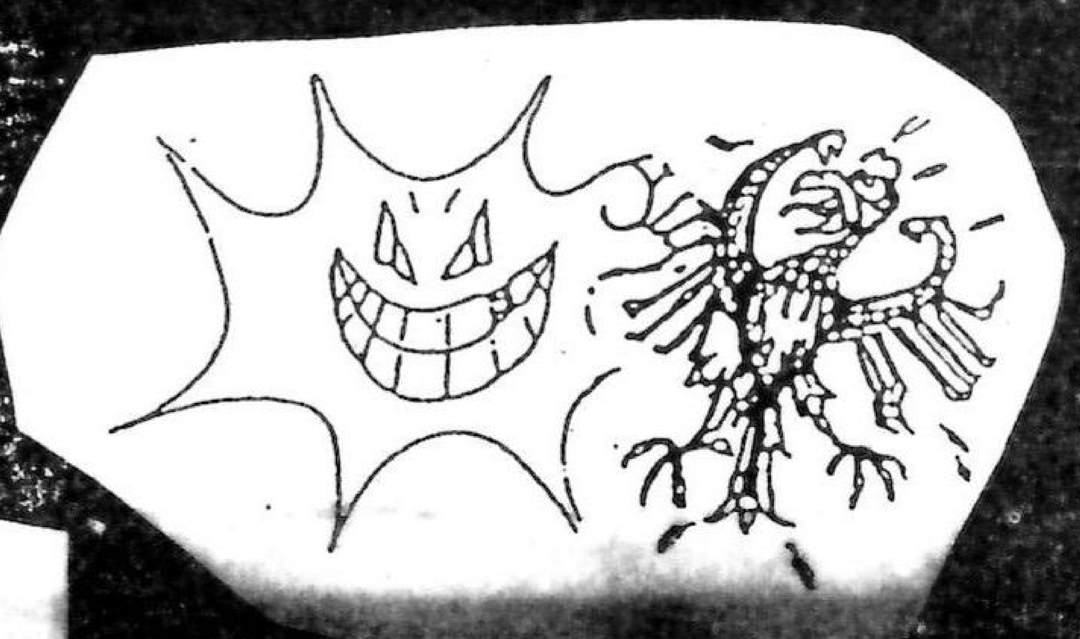
Dienstag, 12. März 1996, 20:00 Uhr

im Nachladen, Waldemarstr.36 in Kreuzberg vor.
Dort wollen wir mit Euch näheres besprechen und planen - TechniX, Transpas, gemeinsamer Aufruf und mehr - vielleicht ja auch über den 1.Mai hinaus !

Für die Befreiung von Staat, Kapitalismus und Patriarchat kämpfen

Die Meute von der
Ökologischen Linken Berlin

Kontaktadresse:
Ökologische Linke (ÖkoLi) Berlin
c/o Infoladen Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin
Tel.& FaX 030/6157329
(Infoladen jeden Montag von 16-20 Uhr
mit ÖkoLis besetzt. Plenum jeden Dienstag um 20 Uhr)



Zurück in die Zukunft?

Der revolutionäre 1. Mai zwischen Tradition und Neubestimmung

In der INTERIM vom 15. Februar ist ein Aufruf zum „revolutionären 1. Mai" abgedruckt. Damit soll der Versuch gestartet werden, den 1. Mai aus autonomer Perspektive wiederzubeleben; ein neuer Versuch nach der zunehmenden politischen Desorientierung der vergangenen Jahre (zuletzt keine Demo, sondern „nur noch" Straßenfest) und den Nazi-Vorstößen mit antifaschistischer Gegenmobilisierung. Wir wollen mit diesem Text ein paar Anstöße in der Diskussion geben, weil wir glauben, daß - frei mit einer Parolen gesprochen - „nichts mehr ist, wie es war".

Der 1. Mai ist geschichtsbeladen und in jüngerer Zeit ein fester Bestandteil der autonomen Bewegung und Geschichte gewesen. Ein entscheidender Unterschied dieses Jahr ist: *Es gibt keine autonome Bewegung mehr.* Wir meinen das nicht als indifferenten Keulenschlag, sondern eher nüchtern: Die autonome Bewegung in ihrer westdeutschen Ausprägung der 70er und 80er Jahre gehört unserer Meinung nach eindeutig der Vergangenheit an und ist auch durch das Wollen einiger weniger nicht wiederbelebbar.

Mobilisierungen der 80er

Sichtbar wird dies in letzter Zeit an aktuellen Mobilisierungen genauso wie an theoretischen Auseinandersetzungen - es gibt einfach nicht mehr die Gemeinsamkeiten vergangener Jahre, den jeweiligen Bezug aufeinander, das Verbindende. Wenn früher eine Gruppe oder ein Zusammenhang zu einem Thema Leute und Gruppen angesprochen und anschließend mobilisiert hat, ist das meistens relativ breit aufgenommen worden und das Thema ist „in Bewegung geraten". In gemeinsamen Medien ließ sich die Diskussion führen, weil Gruppen ein Interesse daran hatten und diese Diskussionen als die „ihren" verstanden haben. Darauf aufbauend ließ sich ganz passabel mobilisieren - gegen Reagan, gegen den IWF, zum 1. Mai etc. Plakate, Aufrufe usw. waren fast ein Selbstläufer, sie mußten nur verbreitet werden. Kurz vor dem Termin ist auf einer Vollversammlung dann der aktuelle Stand der Dinge vorgestellt und diskutiert worden.

Wenn heute ein oder zwei Gruppen einen Aufruf schreiben, dann ist alles anders: Es interessiert fast nur noch wenige. Medien wie die INTERIM funktionieren überwiegend als Verbreitungsorgan, aber nur noch wenig zur Diskussion, und das beklagen sie auch (siehe jüngste INTERIMs). Es gibt weder ein wie auch immer geartetes Gemeinschaftsgefühl, noch eine gemeinsame politische Praxis, geschweige denn eine gemeinsame theoretische Grundlage (wobei die schon immer nur sehr diffus war). Es gibt keine Vollversammlungen mehr, verteilte Flugblätter am Kottbusser Tor sind eher Altpapier als ein Selbstläufer. Wenn eine Gruppe Initiativen anstößt, wie den An- und Verkauf von Flüchtlingslebensmitteln (siehe INTERIM vom 15.2.), dann wird diese Initiative praktisch ignoriert. Antirepressionsarbeit ist immer mehr die Sache von wenigen. Die Liste ließe sich erweitern. Kurz: Es gibt keine autonome Bewegung mehr.

Kapitalistischer Umbau

Das ist sehr verkürzt und wenig analytisch, mehr aus einer konkreten Sichtweise - der 1.Mai-Mobilisierung - heraus geschrieben und extrem lückenhaft. Dennoch wollen wir ein paar Gründe anreissen, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Hintergrund ist unserer Meinung nach der Umbau des kapitalistischen Systems: Weg von der klassischen Fließband-Produktion nach dem 2. Weltkrieg bis Anfang der 70er Jahre (Fordismus) hin zu einem System flexibilisierter Produktion mit weiterreichender Durchkapitalisierung, Abbau des Sozialstaates, Internationalisierung der Mäkrte etc. Das hat u.a. dazu geführt, daß neue soziale Bewegungen, die im sozialstaatlich abgefederten Fordismus eine fruchtbare Grundlage hatten, inzwischen kaum noch Existenzraum besitzen. Freiräume verschwinden genauso, wie der Sozialstaat westdeutscher Prägung; der Überlebenskampf wird zunehmend individuell organisiert, anstelle von Politik tritt oft Persönliches. Das wiedervereienigte Großdeutschland und die weltweiten Veränderungen der kapitalistischen Produktion haben bewirkt, daß das Interesse an lokalen Initiativen sehr zurückgegangen ist. Jede lokale Initiative (damit meinen wir genauso nicht-autonome) hat es heute sehr schwer, im Kontext „globaler" Wichtigkeit wahrgenommen zu werden. Das hat nach außen für die Autonomen zur Folge, daß die gleiche Politik, die in den 80er Jahre z.B. in Westberlin durchaus Bestandteil der Stadtkultur war, inzwischen längst noch weiter an den Rand



gedrängt wurde, Mobilisierungen sich im Stadtallerlei praktisch weitgehend verlieren. Nach innen ist ein ähnlicher Effekt eingetreten, der belegt, wie diffus und abhängig die „Szene" von allgemeinen Entwicklungen ist: Die Szene nimmt sich selbst immer weniger wahr, Gemeinsamkeiten werden weniger, der Bezug aufeinander geht zurück. Der Zerfall und die Marginalisierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene spiegelt sich in der eigenen Szene wieder. Dazu gäbe es noch eine Menge zu sagen, z.B. zum Thema Bündnisse - die politische Verschiebung der Grünen passt sich unserer Meinung nach etwa in genau diese Entwicklung ein. Aus dieser Entwicklung, die wie gesagt, nur angerissen und nicht besonders analytisch ist, folgt für uns eben, daß es eine autonome Bewegung nicht mehr gibt. Das heißt nicht, daß der autonome Organisierungsansatz falsch ist; bloß kann er sich auf längere Zeit nicht mehr auf eine Bewegung stützen.

Politik muß organisiert werden

Was wir damit sagen wollen, ist folgendes: Politik lässt sich nicht mehr aus dem Gemeinschaftsgefühl einer diffusen autonomen Bewegung machen, in der Aktive einen Bezug aufeinander haben und in der politische Initiativen sich relativ schnell und einfach verbreiten. Politik trifft heute auf überwiegend unorganisierte Linksradikale, einige wenige Kerne, erheblich wenigiger BündnispartnerInnen und eine wesentlich schwerer zu erreichende Öffentlichkeit. Wir glauben, daß Politik heute insgesamt viel mehr organisiert werden muß. Das heißt auch für den 1. Mai einiges: War er von 1987 bis etwa 1991 relativ authentischer Ausdruck autonomer Bewegung, so markierten die Jahre etwa ab 1992 bis 1994 die Restversuche, Traditionelles am Leben zu halten. Das Nicht-Stattfinden der Demo im vergangenen Jahr werten wir als das Scheitern dieser Versuche und als das Eingeständnis, daß da, wo es keine Bewegung mehr gibt, es auch keine Bewegungs-Demonstration mehr gibt. Damit warten auch die impliziten Hoffnungen von Westautonomen, die Ostberliner Kieze würden sich nach dem Mauerfall problemlos in alte Politikmuster intergrieren, gescheitert.

Wir wollen gar nicht in Jammern verfallen. Bloß: Ein simples Weitermachen und Beziehen auf den „alten" 1. Mai halten wir so nicht für sinnvoll. Wir glauben, daß es nicht mehr funktioniert, einfach nur per kleinem Treffen, Flugblatt und Plakat dafür zu mobilisieren, und daß wir einfach so „nur durch eine Demo" öffentlich wahrgenommen werden. D.h., daß sowohl die Vorbereitung als auch die Öffentlichkeitsarbeit wesentlich gründlicher und intensiver laufen müssen. Wir finden es im Prinzip prima, den 1. Mai als revolutionären Tag in seinem ganzen historischen Kontext aufzugreifen. Weil dieser Tag für revolutionäre Geschichte und Errungenschaften steht, würden wir uns wünschen, daß möglichst viele verbliebene Gruppen angesprochen werden und sich beteiligen, unabhängig von konkreten politischen Differenzen. Wir würden mehr Gewicht auf die Wahrnehmbarkeit denn auf eine (inzwischen meistens eh nur noch pseudohafte) Militanz legen.

Bei der bundesweiten Mobilisierung würden wir aufpassen, daß sie nicht zum Ersatz für lokale Verankerung wird; da würde auch eine Mobilisierung von Organisationen wie der AA/BO wenig helfen. Natürlich freuen wir uns trotzdem, wenn viele GenossInnen nach Berlin kommen. Wir wollen bloß davor warnen, darauf zu setzen. Uns erscheint es kurzum notwendig, der gewandelten Situation Rechnung zu tragen - der „alte" 1. Mai ist genauso Geschichte, wie die autonome Bewegung. Insofern fänden wir es gut, die Demo nicht am Oranienplatz beginnen zu lassen und nicht so zu tun, als ob alles „so ist, wie es einmal war." Wir wollen nicht „zurück in die Zukunft" stolpern.

Zusammen gehört uns die Zukunft!

Einige radikale Linke

Am **8. März**, dem internationalen Frauenkampftag, gehen Frauen und Lesben weltweit auf die Straße, um ihrem Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrükkung Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig werden durch ihre Forderungen und Ziele ihre Vorstellungen von einer Befreiung sichtbar.

In Asien, Afrika, Latein- und Südamerika organisierten Frauen im letzten Jahr am 8. März Aktionen gegen die kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen und deren Verschärfung durch die "neue Weltwirtschaftsordnung". Nach der Zerstörung der ehemals sozialistischen Staaten und dem damit verbundenen Wegfall des wirtschaftlichen und politischen Gegengewichts zu den kapitalistischen Staaten, begannen die Herrschenden mit einer "Neuaufteilung" der Welt. Mit der neuen Weltwirtschaftsordnung (WTO) wird in allen Ländern die Ausbeutung verschärft und die Profite der Reichen vermehrt. In den Ländern der sog. 3. Welt sind die Auswirkungen dieser verschärften Ausbeutungsbedingungen in besonderem Maße zu spüren. Für Frauen bedeutet dies eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen: Weltweit leisten Frauen 2/3 der gesellschaftlichen Arbeit, erhalten jedoch nur 1/20 des gesamten Einkommens.

Auch in der BRD sind die Folgen der veränderten Weltwirtschaftsbedingungen sichtbar: "soziale Errungenschaften" werden abgeschafft, die Arbeitslosenzahlen steigen, Flüchtlinge und Arbeitsmigrantinnen und -migranten stehen vor der verschlossenen Festung Europa (Asylgesetzgebung, Ausländergesetze, Schengener Abkommen). Frauen sind hiervon am stärksten betroffen. Die weltweite Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen zeigt sich auch in der zunehmenden physischen, psychischen und sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ursache hierfür ist das Patriarchat, das eine jahrtausende alte Unterdrückungsstruktur ist und damit die Grundlage für die meisten bestehenden Gesellschaftsformen bildet.
Die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Industrienationen wurden immer schon mit Hilfe von militärischer Gewalt durchgesetzt, die von Wirtschaftsboykotten über Waffenlieferungen bis hin zu offenem Krieg reicht. Seit vergangenem Jahr "vertritt" die BRD wieder ihre Kapitalinteressen mit deutschen Militärverbänden (Somalia, Ex-Jugoslawien).
Die hier als "Friedensmissionen" bezeichneten Einsätze dienen der Kontrolle dieser Länder und der Festigung der eigenen wirtschaftlichen Macht.
Die BRD ist "Kriegspartei" im Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk. Um ihre eigenen Interessen im arabischen Raum durchzusetzen, unterstützt die BRD sowohl wirtschaftlich als auch militärisch das türkische Regime. Seit Jahrzehnten wehrt sich die kurdische Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans gegen die Unterdrückung durch den türkischen Staat. 1978 organisierte sich die Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK und nahm 1984 den bewaffneten Kampf auf. Kurdinnen und Kurden wehren sich gegen die Vertreibung aus ihren Dörfern, gegen das Verbot ihrer Kultur und ihrer Sprache, gegen Dorfzerstörungen, Verhaftungen, Folter, Vergewaltigung als Kriegswaffe und Mord. Sie kämpfen für eine soziale Befreiung und das Recht auf Selbstbestimmung.
Von Anfang an kämpfen kurdische Frauen in der Befreiungsbewegung. Sie kämpfen gegen die Unterdrükkung durch den türkischen Staat und gleichzeitig gegen das Patriarchat. Frauen leisten Widerstand auf allen Ebenen - sie organisieren sich in einer eigenständigen Frauenorganisation und gründeten eine Frauenarmee; Frauen beteiligen sich an Aufständen, Demonstrationen, verbotenen Festen...
In diesem Kampf ist auch der bundesdeutsche Staat ihr Gegner: Seit Jahren ist die kurdische Befreiungsbewegung einer massiven Kriminalisierungkampagne und Medienhetze ausgesetzt. Einen vorläufigen Höhepunkt bilden das Verbot kurdischer Vereine und Organisationen im November 93 und die Ermordung Halim Deners beim Plakatieren. Regelmäßig werden Feste, wie beispielsweise Newroz, Informationsveranstaltungen und Kundgebungen verboten oder mit Hilfe der Polizei brutal auseinandergeschlagen - die meisten der politischen Gefangenen in Deutschland sind Kurdinnen und Kurden.

Die Ziele der kämpfenden Kurdinnen verbindet uns Frauen/Lesben weltweit mit ihnen im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Es ist ein gemeinsamer Kampf für eine Gesellschaft frei von Klassenherrschaft, frei von patriarchaler und rassistischer Gewalt. Auch wenn die Bedingungen für unsere Kämpfe sehr unterschiedlich sind, wollen wir gemeinsam kämpfen.

Wir rufen alle Frauen/Lesben auf, sich an der bundesweiten Demonstration zum internationalen Frauenkampftag zu beteiligen.

Samstag, den 9. März 1996
Treffpunkt: 11 Uhr an der Josephshöhe in Bonn

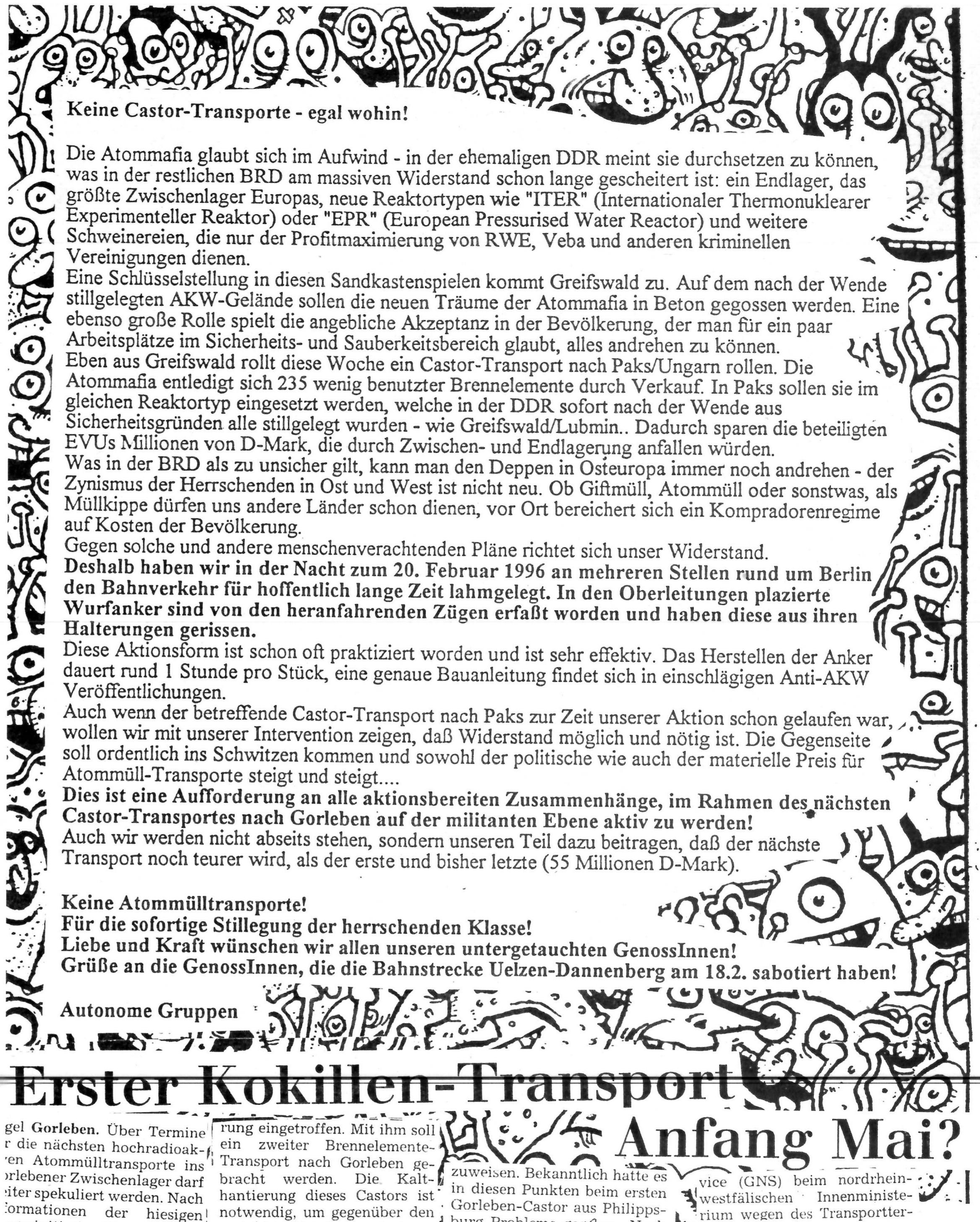
Für einen weltweiten Frauen/Lesbenbefreiungskampf!

Internationalistisches Frauen Lesben Komitee zum 8. März

Befreiung ist nur im Kampf um Befreiung möglich!

MONTAG 26.2.96
4.3.96
UM: 20.00 UHR
IM: „ADVENA"

WIENERSTR. 11
(HINTERZIMMER)
U1 GÖRLITZER BAHNHOF
KREUZBERG36



Keine Castor-Transporte - egal wohin!

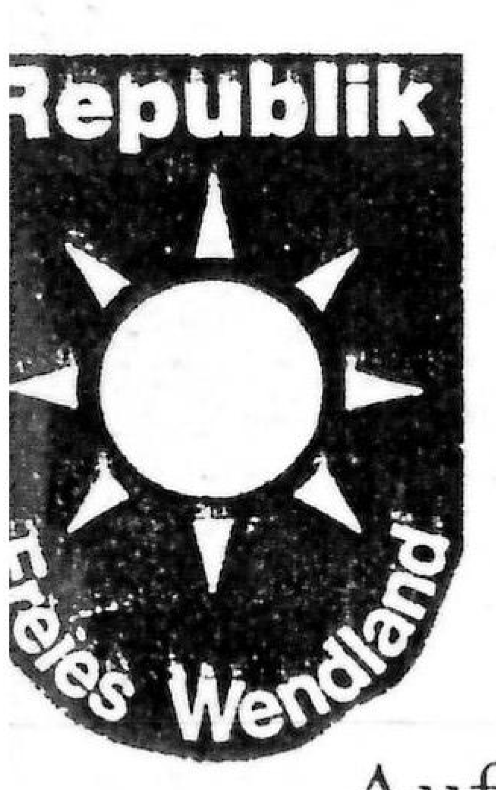
Die Atommafia glaubt sich im Aufwind - in der ehemaligen DDR meint sie durchsetzen zu können, was in der restlichen BRD am massiven Widerstand schon lange gescheitert ist: ein Endlager, das größte Zwischenlager Europas, neue Reaktortypen wie "ITER" (Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor) oder "EPR" (European Pressurised Water Reactor) und weitere Schweinereien, die nur der Profitmaximierung von RWE, Veba und anderen kriminellen Vereinigungen dienen.
Eine Schlüsselstellung in diesen Sandkastenspielen kommt Greifswald zu. Auf dem nach der Wende stillgelegten AKW-Gelände sollen die neuen Träume der Atommafia in Beton gegossen werden. Eine ebenso große Rolle spielt die angebliche Akzeptanz in der Bevölkerung, der man für ein paar Arbeitsplätze im Sicherheits- und Sauberkeitsbereich glaubt, alles andrehen zu können.
Eben aus Greifswald rollt diese Woche ein Castor-Transport nach Paks/Ungarn rollen. Die Atommafia entledigt sich 235 wenig benutzter Brennelemente durch Verkauf. In Paks sollen sie im gleichen Reaktortyp eingesetzt werden, welche in der DDR sofort nach der Wende aus Sicherheitsgründen alle stillgelegt wurden - wie Greifswald/Lubmin.. Dadurch sparen die beteiligten EVUs Millionen von D-Mark, die durch Zwischen- und Endlagerung anfallen würden.
Was in der BRD als zu unsicher gilt, kann man den Deppen in Osteuropa immer noch andrehen - der Zynismus der Herrschenden in Ost und West ist nicht neu. Ob Giftmüll, Atommüll oder sonstwas, als Müllkippe dürfen uns andere Länder schon dienen, vor Ort bereichert sich ein Kompradorenregime auf Kosten der Bevölkerung.
Gegen solche und andere menschenverachtenden Pläne richtet sich unser Widerstand.
Deshalb haben wir in der Nacht zum 20. Februar 1996 an mehreren Stellen rund um Berlin den Bahnverkehr für hoffentlich lange Zeit lahmgelegt. In den Oberleitungen plazierte Wurfanker sind von den heranfahrenden Zügen erfaßt worden und haben diese aus ihren Halterungen gerissen.
Diese Aktionsform ist schon oft praktiziert worden und ist sehr effektiv. Das Herstellen der Anker dauert rund 1 Stunde pro Stück, eine genaue Bauanleitung findet sich in einschlägigen Anti-AKW Veröffentlichungen.
Auch wenn der betreffende Castor-Transport nach Paks zur Zeit unserer Aktion schon gelaufen war, wollen wir mit unserer Intervention zeigen, daß Widerstand möglich und nötig ist. Die Gegenseite soll ordentlich ins Schwitzen kommen und sowohl der politische wie auch der materielle Preis für Atommüll-Transporte steigt und steigt....
Dies ist eine Aufforderung an alle aktionsbereiten Zusammenhänge, im Rahmen des nächsten Castor-Transportes nach Gorleben auf der militanten Ebene aktiv zu werden!
Auch wir werden nicht abseits stehen, sondern unseren Teil dazu beitragen, daß der nächste Transport noch teurer wird, als der erste und bisher letzte (55 Millionen D-Mark).

Keine Atommülltransporte!
Für die sofortige Stillegung der herrschenden Klasse!
Liebe und Kraft wünschen wir allen unseren untergetauchten GenossInnen!
Grüße an die GenossInnen, die die Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg am 18.2. sabotiert haben!

Autonome Gruppen

Erster Kokillen-Transport Anfang Mai?

gel **Gorleben.** Über Termine r die nächsten hochradioak- ·en Atommülltransporte ins ›rlebener Zwischenlager darf ·iter spekuliert werden. Nach :formationen der hiesigen rgerinitiative Umweltschutz :) ist der erste Transport mit ıskokillen aus dem französi- ıen La Hague von den ›mmüllentsorgern für die Kalenderwoche, also An- g Mai angedacht. Ein Ter- n, an dem nach Recherchen · EJZ durchaus etwas dran Wie gleichzeitig das Kern- ıftwerk Gundremmingen tteilt, sei dort der Castor- hälter Ic zur Kalthantie- rung eingetroffen. Mit ihm soll ein zweiter Brennelemente-Transport nach Gorleben gebracht werden. Die Kalthantierung dieses Castors ist notwendig, um gegenüber den Aufsichtsbehörden und deren Gutachtern nachzuweisen, daß die Auflagen erfüllt werden können. Im wesentlichen, so das Kraftwerk, seien dies Prüfungen, um die Dichtheit des Behältersystems und des Trocknungsvorganges unter Kraftwerksbedingungen nachzuweisen. Bekanntlich hatte es in diesen Punkten beim ersten Gorleben-Castor aus Philippsburg Probleme gegeben. Nach der zur Zeit laufenden Revision im Block B und nach den Kalthantierungen sollen „Vorbereitungen zum Beladen des Behälters beginnen", heißt es aus Gundremmingen. Die Revision wird bis zum 8. März dauern. Für den ersten Kokillen-Transport aus der französischen Wiederaufarbeitung habe die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) beim nordrhein-westfälischen Innenministerium wegen des Transporttermins Kontakt aufgenommen, so die hiesige BI. Die GNS als auch das Innenministerium in Düsseldorf nehmen zu dem Transporttermin bekanntlich keine Stellung. Die BI kündigt an: „Wir werden bereits auf das Beladen des Transport- und Lagerbehälters in La Hague reagieren und werden dann zu einer Kundgebung auf dem Lüchower Marktplatz aufrufen."



AUFRUF



Frühjahrsputz im Wendland

Aufruf zu einem Aktionstag am Ostersamstag vor dem beabsichtigten 2. Castor-Transport in sogenannte Zwischenlager Gorleben

Anschlag auf Bahnstrecke

„X"-aus Gleisen auf Fahrbahn gestellt

lr **Dragahn.** Ein „X", zusammengeschweißt aus Bahngleisen, ist gestern mittag von unbekannten Tätern auf eine Fahrbahnseite der B 191 nahe Dragahn gestellt worden. Das „X" – Symbol für den Widerstand gegen Castor-Transporte ins Atommüll-Zwischenlager nach Gorleben – stammt aus den Schienen der Bahnstrecke Uelzen – Dannenberg.

Gegen 12.20 Uhr bekam das Polizeikommissariat in Dannenberg einen telefonischen Hinweis auf die Verkehrsgefährdung. Nahe Dragahn hatten mehrere unbekannte Täter das „X" aufgestellt und versetzt vier Buschhaufen auf der Fahrbahn errichtet, zur Sicherung war aus beiden Richtungen Trassierband über die Fahrbahn gespannt worden.

Die Bahngleise, aus denen das „X" zusammengeschweißt worden war, stammen von der nahen, wenig befahrenen Bahnstrecke Uelzen–Dannenberg. Dort hatten die Täter auf einer Länge von rund fünf Metern beide Gleise aus dem Schienenkörper geschweißt und die Stücke nochmals zertrennt, um sie dann zur B 191 zu schaffen. Die Bahnpolizei Lüneburg nahm die Ermittlungen auf. Die Feuerwehr Karwitz räumte die Buschhaufen von der Fahrbahn.

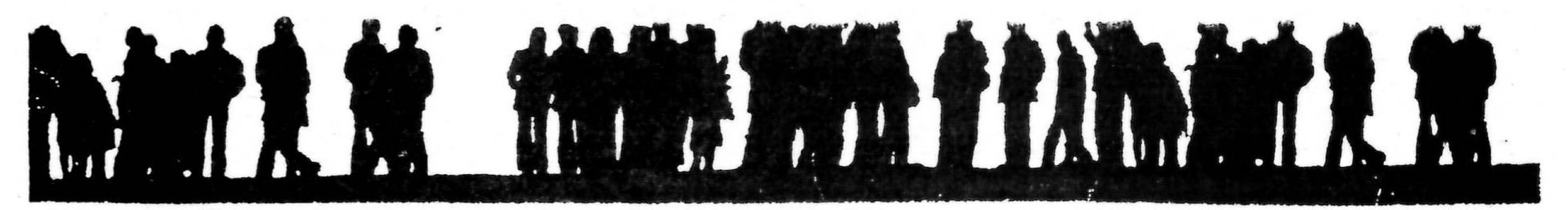
Es ist Frühjahr 1996. Im April wird sich Tschernobyl zum 10. Mal jähren. Für diesen Zeitraum ist der 2. Castor-Transport ins Wendland vorgesehen. Diesmal soll er aus Gundremmingen kommen. Und diesmal soll es dem Staat und der Atomindustrie noch mehr kosten, ihn gegen den Willen der Bevölkerung einer Region und gegen die Anti-Atom-Bewegung durchhauen zu wollen. Es soll sie mehr kosten im Hinblick auf ihre politische Glaubwürdigkeit als auch in finanzieller Hinsicht. Das ist der Inhalt der Parole:

ALLES WIRD TEURER - DER NÄCHSTE CASTOR AUCH - TAG X^2

Mit dem Frühjahrputz krempeln wir die Ärmel schon mal hoch und fangen an:

- auf Straße und Schiene
- Brücken und Wald
- Stadt und Pampa
- alt und jung und alles dazwischen
- von hier und von überall

Mit diesem Aktionstag beziehen wir uns auf den Tag „Unruhe im Wendland" von 1984, an dem auf fünf Bundesstraßen mit unterschiedlichen Aktionsformen - von Barrikaden mit Bäumen, Autos oder Traktoren, Menschenblockaden oder Aktionskunst - der Landkreis dicht



gemacht wurde und ein starkes Zeichen gegen Atommülltransporte ins Zwischenlager gesetzt wurde.

Für den Castortransporte-Stop brauchen wir einen langen Atem und eine breite Bewegung, in die sich die verschiedenen Aktionsformen einbringen. Zwar haben wir die Pläne der Betreiber schon mächtig gestört: Ihre ehrgeizigen Pläne, wieviele Castorbehälter sie pro Jahr hierherschaffen wollten, können sie längst nicht mehr halten. Dennoch spekulieren Staat und Betreiber darauf, uns beim nächsten Transport besser in Schach halten zu können, und daß uns der Atem ausgeht. D.h. die hohen Kosten des ersten Transports wollen sie nicht auf Dauer haben. Und erst recht nicht höhere. Wollen wir X-hoch-zwei für den nächsten Castor praktisch werden lassen, dann müssen

- mehr und andere Aktionsformen stattfinden, bei denen mehr und zusätzliche Menschen ihre Protestformen auf die Straße, Schiene und anderswo hintragen, sich also in vielfältiger Weise querstellen,
- mehr „Auswärtige" kommen und besser einbezogen werden,
- die Handlungsmöglichkeiten an der Strecke während des Transports ausgeweitet werden.

Der Frühjahrsputz soll viele Menschen in vielen unterschiedlichen Aktionsformen auf die Straße mobilisieren, soll uns gegenseitig wieder besser unsere Handlungsfähigkeit und Vielfalt erleben lassen, soll Übungsfeld sein, soll uns besser in Kontakt miteinander bringen, soll Ortskenntnisse verbessern und soll nicht zuletzt dazu beitragen, den Castortransport zu verhindern, bevor er losfährt.

Neben bewährten Aktionsformen - die auch Schienendemontagen, Stören oder Beschädigen der Infrastruktur der Bahn sowie Unterhöhlen von Castortransportstraßen beinhalten - geht es um mehr und andere Formen, die es auch denjenigen ermöglichen, ihr Querstellen auf die Straße zu tragen, die sich dem Castor nicht direkt vor die Räder schmeißen wollen. Als Beispiel seien genannt: Eltern-Kinder-Aktionen, Demonstrationen innerhalb von Ortschaften, Blockade der Bullenkaserne, den Alltag auf Ämtern stören, Riesentransparente von Brücken und Schornsteinen, öffentliches Pferdefüttern und -begutachten auf der Straße, Fahrradkonvoi als Demo oder Blockade, usw.

Wegen der oft erleben Rücksichtslosigkeit und Härte der Bullen achtet besonders darauf, sich nicht gegenseitig zu gefährden (speziell Kinder). Respektiert die unterschiedlichen Aktionsformen des Widerstands.

Beteiligung von FreundInnen von auswärts ist ausdrücklich gewünscht. Ihre Teilnahme am vorbereitenden Frühjahrsputz nützt der verbesserten Orstkenntnis. Die kann wichtig werden, da mit Kontrollstellen, Absperrungen und Abtransporten gerechnet werden muß. Außerdem ist mensch besser beweglich und kennt den Transportweg und seine Möglichkeiten besser.

Aber auch der Kontakt zwischen auswärtigen und hiesigen Gruppen kann konkreter und intensiver werden, was auch gut gegen Anonymität und Spitzel ist und nützlich für ein besseres sich-aufeinander-beziehen bei Aktionen.

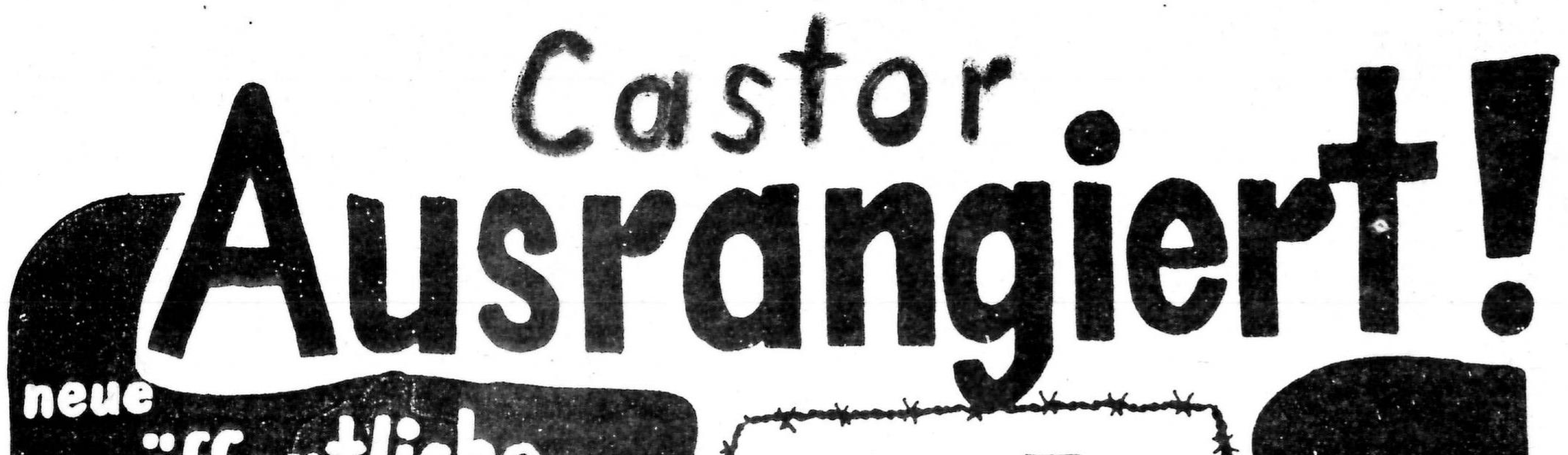
Direkt an der Transportstrecke des Castors ins Zwischenlager sind sicher noch viele Möglichkeiten zu erforschen, den Ablauf zu behindern, aufwändiger zu machen, den Preis hoch zu treiben und die Begleitarmee auf Trab zu halten.

Der **Frühjahrsputz** findet am Ostersamstag **, den 6. April, um 12 Uhr in Dannenberg** an der Essotankstelle seinen Ausgangspunkt.

Es gibt viel zu erreichen. Tun wir's ihnen an !

V.i.S.d.P. Die Republik Freies Wendland. Öffentlichkeitsreferat.





neue öffentliche Schienen-Demontage

Wir laden Dich und Sie herzlich ein, bei der nächsten "Ausrangiert!"-Schienendemontage dabei zu sein. Sie soll 3 Wochen vor dem nächsten geplanten CASTOR-Transporttermin (X²) stattfinden. Im Angesicht der konkreten Bedrohung eines solchen Transportes halten wir es für entscheidend, ihn weiterhin zu verhindern.

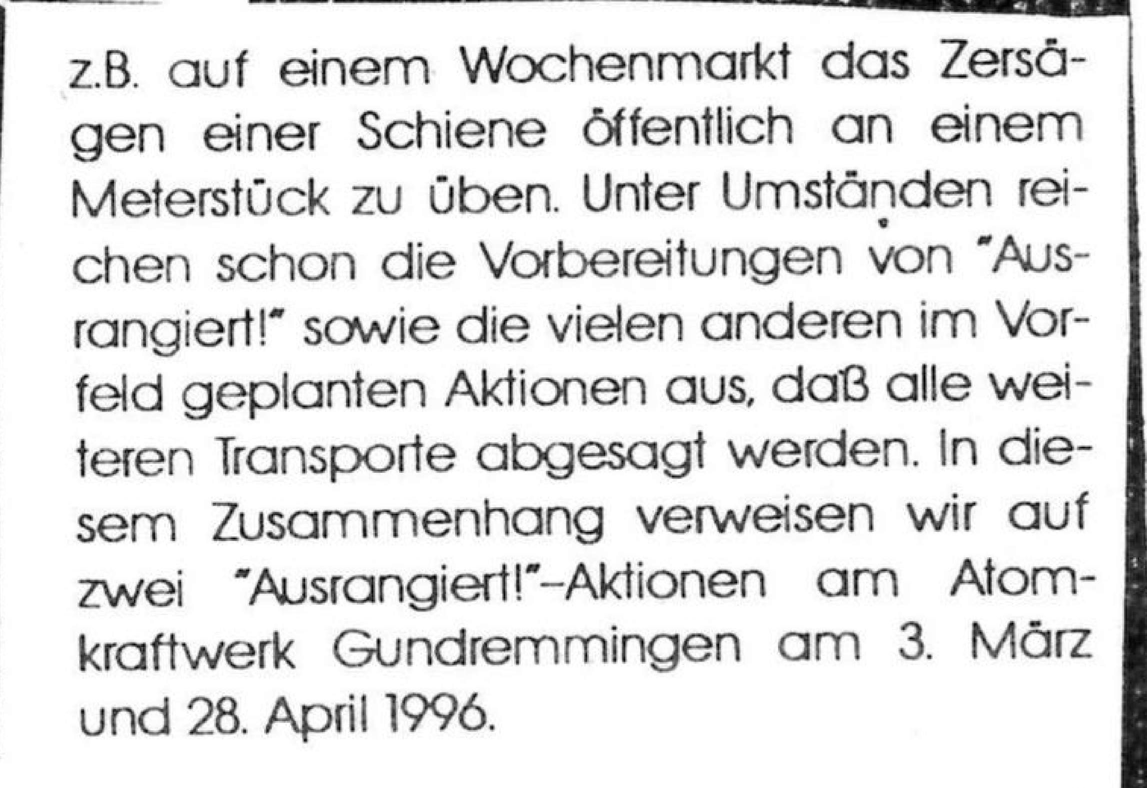
Am 12. März letzten Jahres war die Aktion "Ausrangiert!" ein viel beachteter Auftakt zum Tag X. 800 AtomkraftgegnerInnen beteiligten sich an der Demontage der Schienen. Inzwischen hat diese Aktion zivilen Ungehorsams auch Nachahmung in Gundremmingen gefunden. Hierdurch wird klar: Wir können den Transportweg für Atommüll nicht nur dicht vorm Ziel (Gorleben), sondern schon direkt beim Absender (AKW) unpassierbar machen!

Auch diesmal wird es eine öffentliche gewaltfreie Aktion zivilen Ungehorsams sein. Für alle, die bisher keine Einzelheiten kennen, hier die Kurzbeschreibung der Aktion:

Wir werden tagsüber nach geeigneter Ankündigung mit Pressebegleitung das Schienenende zum CASTOR-Kran in Dannenberg mit einfachen handwerklichen Mitteln demontieren. Dieser Schienenstrang ist ausschließlich für den Transport von Atommüll nach Gorleben nutzbar und sonst gänzlich unbefahren. Wir dulden nicht, daß Atommüll ins Wendland kommt. Wir nehmen den Schutz des Lebens in die eigenen Hände und machen den Zufahrtsweg für CASTOR-Transporte durch den Abbau von Schienen unpassierbar.

Dies ist nicht legal. Aber alle wissen, wir sind im Recht, wenn wir uns diesen Akt zivilen Ungehorsams vornehmen.

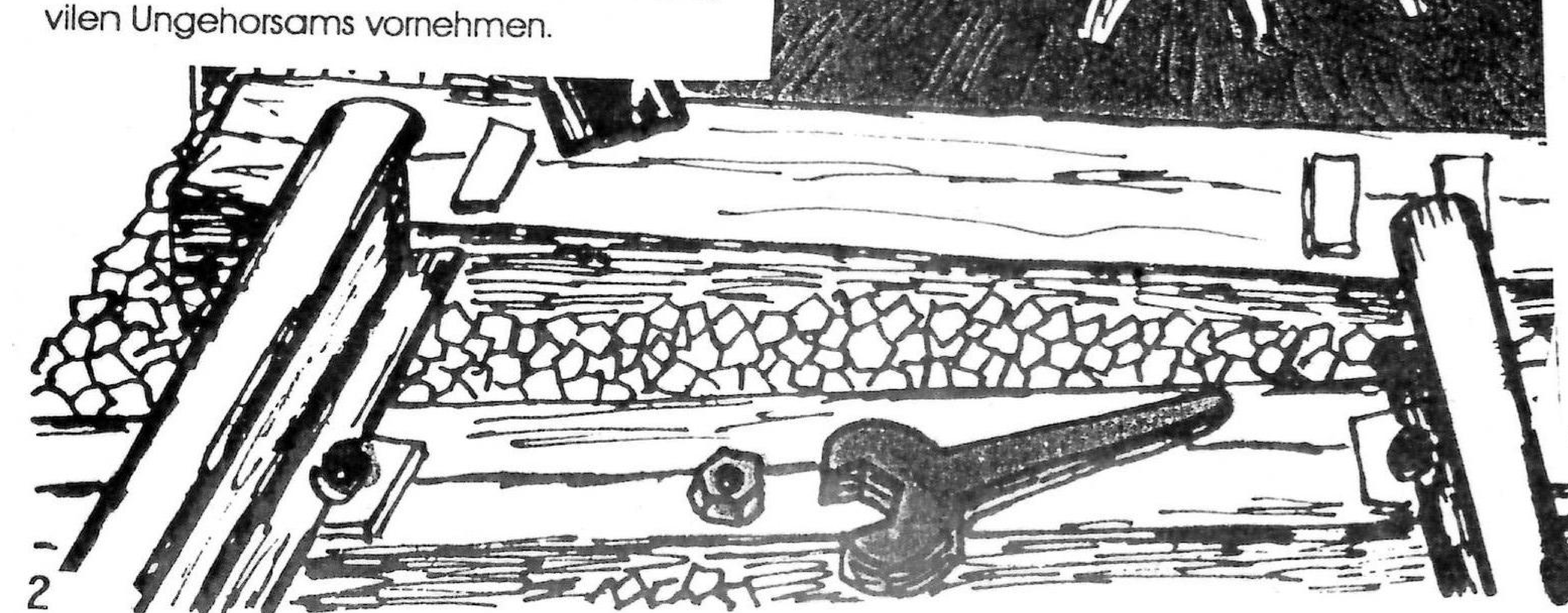
Den Termin für die Aktion haben wir diesmal direkt an den nächsten drohenden CASTOR-Tag X² gekoppelt. Damit wollen wir zum einen deutlich machen, daß wir aus einer Notstandssituation heraus handeln, zum anderen paßt dies in das vielversprechende Konzept, den CASTOR schon im Vorfeld zu stoppen. Die Vorbereitung von "Ausrangiert! 2" besteht deshalb nicht nur im gemeinsamen öffentlichen Aufruf zur Schienendemontage; diesmal wird es einige Auftakt-Aktivitäten geben, die es ermöglichen, daß wesentlich mehr Menschen öffentlich ihre Bereitschaft zur Teilnahme bekannt machen. Eine Idee ist,



z.B. auf einem Wochenmarkt das Zersägen einer Schiene öffentlich an einem Meterstück zu üben. Unter Umständen reichen schon die Vorbereitungen von "Ausrangiert!" sowie die vielen anderen im Vorfeld geplanten Aktionen aus, daß alle weiteren Transporte abgesagt werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf zwei "Ausrangiert!"-Aktionen am Atomkraftwerk Gundremmingen am 3. März und 28. April 1996.

Wenn wir die Mindestzahl von 300 UnterzeichnerInnen – Aufruftext unten – erreicht haben, veröffentlichen wir diese Aktion in der Presse, möglichst mit Namensnennung der schon angemeldeten TeilnehmerInnen. Die Aktion soll wieder an einem Sonntag laufen. Nach jüngsten Gerüchten ist mit einem neuen Transport-Termin Ende April, um die Zeit des 10. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe zu rechnen. In diesem Fall würde unsere Aktion am Ostersonntag, dem 7. April stattfinden.

Nach einem stärkenden Frühstücksbüffet schreiten wir zur Tat. Für die Schienendemontage benutzen wir einfache Geräte wie Seile, Maulschlüssel, Zangen und Schaufeln. Gleichzeitig gibt es ein Kinderprogramm sowie Musik zur Ermutigung und Erbauung. Geplant ist auch eine Andacht vor Ort – und vieles mehr, wenn Du oder Sie es vorbereiten! Wir können phantasievoll oder festlich gekleidet sein.



Um zu ermöglichen, daß viele Menschen die Vorbereitung aktiv mitgestalten können, laden wir Euch und Sie zu einem ersten Koordinationstreffen ein ins

"Cafe Grenzbereiche", Platenlaase,

am Mittwoch, den 6. März 1996 um 20 Uhr.

Dort wollen wir Arbeitsgruppen bilden für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Vorfeldkampagne, Kinderprogramm, Verpflegung, Technik, Andacht und Umgang mit der Polizei.

Zeitplan und Ablauf der Aktion, soweit bisher geplant:

10.00 Uhr	Andacht im Freien
10.30 Uhr	Frühstücksbüffet, begleitet mit Musik
11.30 Uhr	Kundgebung
12.00 Uhr	Demontage der Schienen
ca. 14.00 Uhr	Besinnung und Nachlese bei Sekt, Kaffee, Tee und Kuchen

Ein Kinderfest wird begleitend während des gesamten Programms veranstaltet.

Alle TeilnehmerInnen finden unsere Wegweiser von Dannenberg zum Gelände. Wer an der Schienendemontage aktiv teilnehmen will, sollte passendes, einfaches Werkzeug mitbringen. Benötigt werden kräftige 19er Maulschlüssel, 2"-Rohrzangen, Eisensägen mit hohen Bügeln (Schienenhöhe) und Arbeitshandschuhe.

Warum leisten wir zivilen Ungehorsam?

Wir leisten mit friedlichen, aber entschiedenen Mitteln Widerstand gegen die drohenden CASTOR-Transporte ins Wendland. Für uns ist der zivile Ungehorsam eine Möglichkeit, gemeinwohlschädigende Tendenzen in unserem Land zu korrigieren.

Die Regierungen hielten bislang allen Meinungsäußerungen und vernehmbaren Protesten aus der Bevölkerung zum Trotz an der Nutzung der Atomenergie fest. Sie nehmen damit die jahrtausendlange Strahlung des Atommülls in Kauf, dessen sichere Endlagerung unlösbar ist. Dieses Festhalten an der Atomwirtschaft, und als ein Beispiel hierfür das Verfrachten von hochradioaktivem Müll, beeinträchtigt nicht nur unsere Grundrechte auf Leben und auf körperliche Unversehrtheit, sondern auch das Recht der Nachgeborenen auf eine menschenwürdige Zukunft. Die künstliche Entfesselung radioaktiver Strahlung schafft Fakten, die durch keinerlei spätere Entscheidungen ungeschehen gemacht werden können. Wer mit künftigen Generationen solidarisch ist, kann diese Politik nicht akzeptieren.

Die Schienendemontage hat mit anderen Aktionen das Ziel, jegliche Einlagerung von hochradioaktivem Müll ins Wendland zu verhindern, letztlich die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen durchzusetzen. Wir versuchen, den infrage kommenden Zufahrtsweg durch den Abbau von Schienen unpassierbar zu machen. Die Demontage wird offen vorbereitet und mit öffentlicher Ankündigung durchgeführt. Sollte die Polizei versuchen, uns an der Aktion zu hindern, werden wir uns auf keinen Fall zu Gewalt verleiten lassen. Wir können den Teilnehmenden Vorschläge für das Aktionsverhalten vor Ort machen, aber alle sind für ihr Verhalten selbst verantwortlich. Sie sollten jedoch die Prinzipien gewaltfreier Aktion einhalten. Wer dem nicht zustimmen kann, sollte sich an der Aktion "Ausrangiert!" nicht beteiligen.

Die demontierten Schienen werden von uns treuhänderisch in Gewahrsam genommen und gerne der Deutschen Bahn AG zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Lüchow-Dannenberg ausgehändigt.

Ziel unserer gewaltfreien Aktion ist es, den Konflikt um den CASTOR soweit voranzutreiben, daß der Transport auf Dauer nicht durchsetzbar bleibt. Den Erfolg suchen wir also auf der politischen Ebene, nicht in der Zerstörung von Sachen.

Phantasievoll gewaltfreie Aktionen greifen direkt in das Geschehen ein, provozieren, machen Mut zur Nachahmung. Ihnen liegen positive Visionen über eine gerechtere Gesellschaft zugrunde. In der gewaltfreien Aktion selbst ist der Keim der konkreten Utopie enthalten. Dabei ist die Devise wichtig: denke global, handle lokal!

Gewaltfreier Widerstand ist aktiv und radikal in dem Sinne, Probleme an der Wurzel zu fassen und nicht nur an der Oberfläche zu kurieren. Er benötigt einen langen Atem und setzt nicht nur auf momentane Erfolge. Gewaltfreie Aktion erfordert den Mut des aufrechten Ganges. Er kann erwachsen aus momentaner Wut; aber vor allem die erfolgreichen kleinen Schritte zum Ziel machen uns Mut. Gesetze können dabei gezielt übertreten werden, strafrechtliche Verfolgungen werden bewußt erduldet. Der gewaltfreie Widerstand gründet auf der Überzeugung, daß Menschen grundsätzlich lernfähig und veränderbar sind und Wahrheit und Gerechtigkeit sich durchsetzen werden. In dieser Aktionsform können sich viele Menschen einfinden. Genau dadurch wird es schließlich möglich sein, daß weite Teile der Gesamtbevölkerung den Schutz ihres Lebens in die eigenen Hände nehmen und Widerstand nicht länger nur eine Angelegenheit kleiner engagierter Gruppen bleibt.

Mögliche Rechtsfolgen von "Ausrangiert!"

Der Aufruf zur Schienendemontage ist schon für sich eine Form politischen Protestes gegen Atommülltransporte nach Gorleben. Denn die Unterzeichnung ist ein Akt zivilen Ungehorsams, der juristisch eigens als Aufforderung zur Straftat verfolgt werden kann (§111 Strafgesetzbuch, StGB). Daraus ergibt sich die Möglichkeit, daß sich auch diejenigen mit der Aktion solidarisieren können, die nicht selbst am Aktionstag zum CASTOR-Kran kommen können. Je mehr Menschen unterschreiben, desto höher ist die politische Wirkung. Nach gesicherten Auskünften und bisherigen Erfahrungen ist allenfalls mit geringer Geldstrafe zu rechnen.

§ 111 StGB:
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten

(1) Wer öffentlich in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs.3) zu einer rechtswidrigen Tat auffordert, wird wie ein Anstifter (§ 26) bestraft.

(2) Bleibt die Aufforderung ohne Erfolg, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe. Die Strafe darf nicht schwerer sein als die, die für den Fall angedroht ist, daß die Aufforderung Erfolg hat (Absatz 1); § 49 Abs. 1 Nr. 2 ist anzuwenden.

2. Die Aktion

Wir verstehen die Aktion nicht als eine Gefährdung des Schienenverkehrs (§§ 315, 315a), auf dieser Schiene rollt gar kein Verkehr. Vielmehr ist sie ein entschlossenes Symbol, daß der CASTOR-Transport und mit ihm die ganze menschenverachtende Atomtechnik endgültig auf das Abstellgleis gehört. Ausrangiert!

Dennoch wissen wir – und machen potentielle "MittäterInnen" darauf aufmerksam – daß es einige Paragraphen im Strafgesetzbuch gibt, die diese Aktion verbieten.

Nach gesicherten Auskünften und nach bisherigen Erfahrungen gehen wir davon aus, daß wir allenfalls mit geringen Geldstrafen rechnen müssen. Ob es letztlich zu Strafverfolgungen kommen wird und welches Strafmaß festgesetzt würde, hängt letztlich stark von der politischen Gesamtlage ab.

§ 125 Landfriedensbruch.

(1) Wer sich an 1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder 2. Bedrohung von Menschen mit einer Gewalttätigkeit, die aus einer Menschenmenge in einer öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwerer Strafe bedroht ist.

§ 305 Zerstörung von Bauwerken

(1) Wer rechtswidrig ein Gebäude, ein Schiff, eine Brücke, einen Damm, eine gebaute Straße, eine Eisenbahn oder ein anderes Bauwerk, welche fremdes Eigentum sind, ganz oder teilweise zerstört, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

(2) Der Versuch ist strafbar.

§ 316 b Störung öffentlicher Betriebe

(1) Wer den Betrieb 1. Einer Eisenbahn, der Post oder dem öffentlichen Verkehr dienender Unternehmen oder Anlagen, 2. Einer der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienenden Anlage, 3. Einer zur öffentlichen Ordnung oder Sicherheit dienenden Einrichtung oder Anlage dadurch verhindert oder stört, daß er eine dem Betrieb dienende Sache zerstört, beschädigt, beseitigt, verändert oder unbrauchbar macht oder die für den Betrieb bestimmte elektrische Kraft entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar

Für AusländerInnen besteht eine verschärfte Problematik, nämlich die Möglichkeit der Abschiebung bei Straftaten. Daher müssen wir leider AusländerInnen von der Teilnahme an der Aktion zivilen Ungehorsams abraten.

3. Mögliche zivilrechtliche Folgen

Zivilrechtlich könnten zusätzliche Geldforderungen für die Wiederherstellung des Schienenstranges gestellt werden. Wir schätzen diese Kosten auf ca. 800 DM pro laufendem Meter Schiene. Durch Bürgschaften wird dieses Risiko auf viele verteilt und deshalb tragbarer bzw. kalkulierbarer.

4. Verhalten bei Festnahmen

Jede/r sollte unbedingt einen gültigen Personalausweis dabei haben. Bei Festnahmen – denen wir uns nicht widersetzen werden – brauchen wir gegenüber der Polizei nicht mehr als unsere Personalien anzugeben. Irgendwelche Aussagen oder Antworten auf Befragungen brauchen wir nicht abzugeben, ebenso müssen keine Protokolle unterzeichnet werden. Am Aktionstag wird der Ermittlungsausschuß zur Verfügung stehen. Er nimmt alle Meldungen über Festnahmen und besondere Vorkommnisse entgegen und leitet sie weiter. Nach der Aktion gilt hierfür wieder die Kontaktadresse.

5. Umgang mit den Konsequenzen

Wie schon gesagt, beziehen wir die Auseinandersetzung mit möglichen juristischen Konsequenzen in die Aktion ein. Deshalb führen wir in diesem Schreiben die möglichen Paragraphen des Strafgesetzbuches auf. Die Vorbereitung und Durchführung der Aktion werden im übrigen von unseren AnwältInnen sowie dem Ermittlungsausschuß begleitet. Bezüglich der angegebenen Strafmaße ist allerdings aufgrund von Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams darauf hinzuweisen, daß solche Aktionen meistens an der niedrigsten Schwelle geahndet werden (z.B. Sitzblockaden, Hausfriedensbrüche oder Bannmeilen-Verletzungen mit ca. 20 bis 30 Tagessätzen Geldstrafe).

Gerichtsverfahren würden wir auch weiterhin als Teil der Aktion verstehen, den wir für unser Anliegen, Atommülltransporte nach Gorleben politisch unmöglich zu machen, zu nutzen wüßten.

Bisherige juristische Verfolgung von "Ausrangiert!"

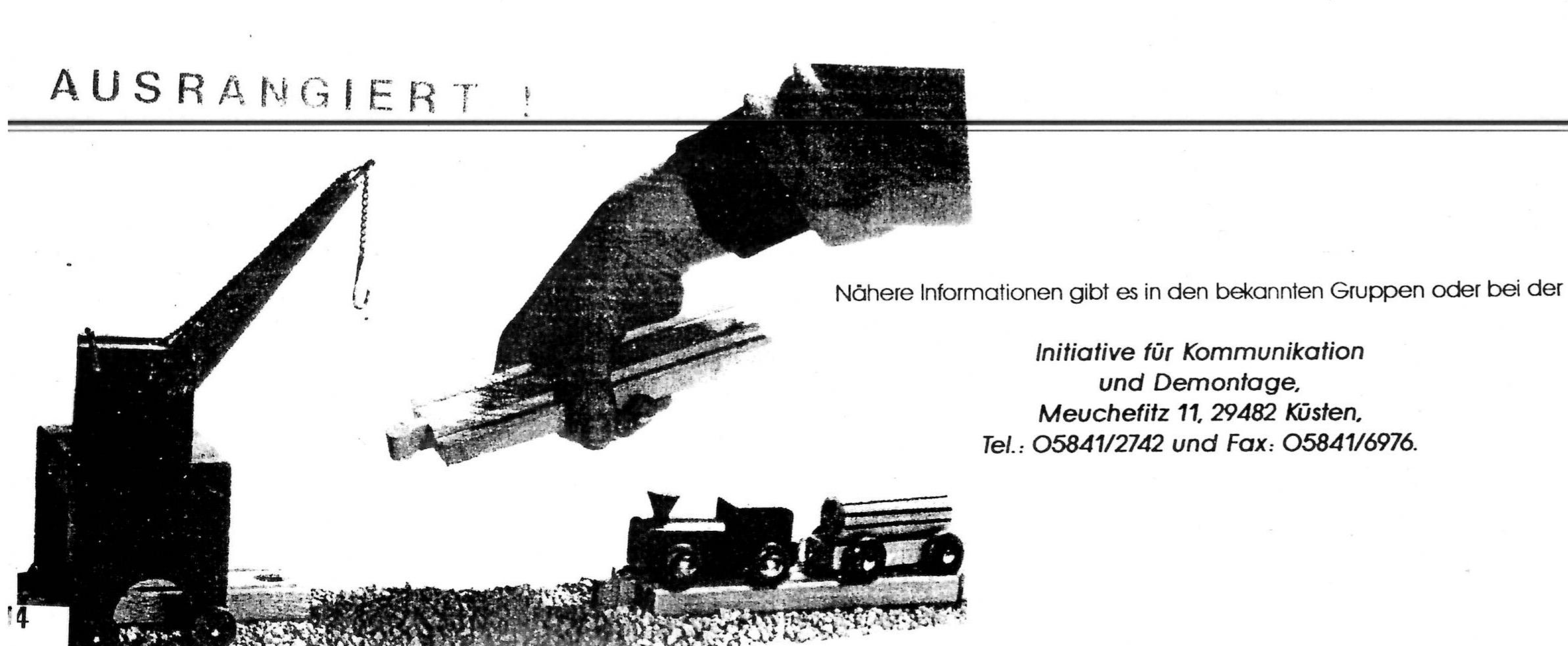
Mehrere Personen erhielten Bußgeldbescheide wegen "Verstoß gegen das Versammlungsverbot", wegen "Störung öffentlicher Betriebe der DB", wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" sowie wegen "Sachbeschädigung". Es gab drei Hausdurchsuchungen im Rahmen von Ermittlungen wegen "öffentlicher Aufforderung zu Straftaten". In zwei dieser drei Fälle wurde das Verfahren vor ein paar Tagen vom Staatsanwalt eingestellt. Seit Oktober 1995 sind vor dem Dannenberger Gericht einige Verfahren anhängig. Bisher gab es Einstellungen gegen geringes Bußgeld. In einem Fall gab es 30 Arbeitsstunden im Umweltbereich wegen Störung öffentlicher Betriebe. Der Beschuldigte bekannte sich offen zu seiner Tat, daß er Bolzen aus der Bahnschwelle gedreht und am Gleis gesägt hatte!

Du willst mitmachen? Sie wollen mitmachen? Super! Das geht so:

- Das Faltblatt mehrmals kopieren und umgehend an FreundInnen verteilen
- die Rückmeldung ausfüllen und an uns zurückschicken bis spätestens 6. März 1996, und zwar mit der Angabe, auf welche Art die Aktion unterstützt werden soll.
- Wir bitten Sie und Dich um Unterstützung bei der Anzeigenkampagne durch Spenden, Bürgschaften, den zahlreichen Aktionen im Vorfeld und dann bei der Aktion "Ausrangiert!" selbst!
- Wir freuen uns auf Sie und Dich!

Die Unbeugsamen
C. d. A. – Club der AusrangiererInnen
Initiative für Kommunikation und Demontage

AUSRANGIERT !



Nähere Informationen gibt es in den bekannten Gruppen oder bei der

Initiative für Kommunikation und Demontage,
Meuchefitz 11, 29482 Küsten,
Tel.: 05841/2742 und Fax: 05841/6976.

Heute schon verschlüsselt?

Benutzt PGP und SFS! Verschlüsselt Eure Daten! Pretty Good Privacy funktioniert wunderbar für elektronische Post, Secure FileSystem sichert ganze Disketten oder Festplatten oder Teile von Festplatten. Beide Programme sind klein, unaufwendig und aus ideologischen Gründen umsonst. Nach einer kurzen Einarbeitungszeit wird die Benutzung so alltäglich wie die des Norton-Commanders oder von Windows. Nutzt sie!
PGP gibt es praktisch in jeder Mailbox, es gibt eine originale DOS-Version und verschiedene „Aufsätze" für Windows. Es existiert auch eine internationale PGP-Homepage im Internet von Stale Schumacher.
SFS gibt es nur in wenigen Mailboxen, dafür aber im Internet unter anderem im sogenannten Garbo-Archiv:

ftp://garbo.uwasa.fi/pc/crypt

oder in Deutschland:

ftp://ftp.germany.eu.net/pub/comp/msdos/mirror.garbo/pc/crypt

Die neuesten Test-Versionen sind erhältlich bei:

ftp://ftp.informatik.uni-hamburg.de/pub/virus/crypt/disk/

Zu beiden Programmen ist es außerdem leicht, etwa im Lycos-Suchprogramm oder bei Yahoo den Namen einzutragen. Es gibt diverse Diskussionsgruppen, in denen neueste Erkenntise über Verschlüsselung und diese Programme diskutiert werden!

NEHMT EUCH UND EURE DATEIEN ERNST! SICHERT EURE DATEN!

---

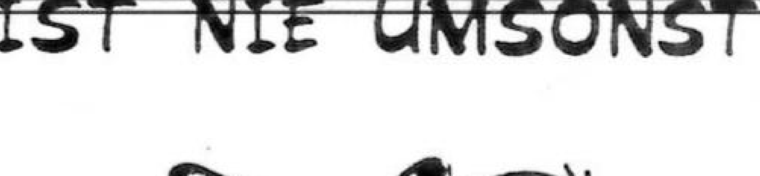
nach **radikal** leben
und **radikal** lesen
nun **radikal** hören



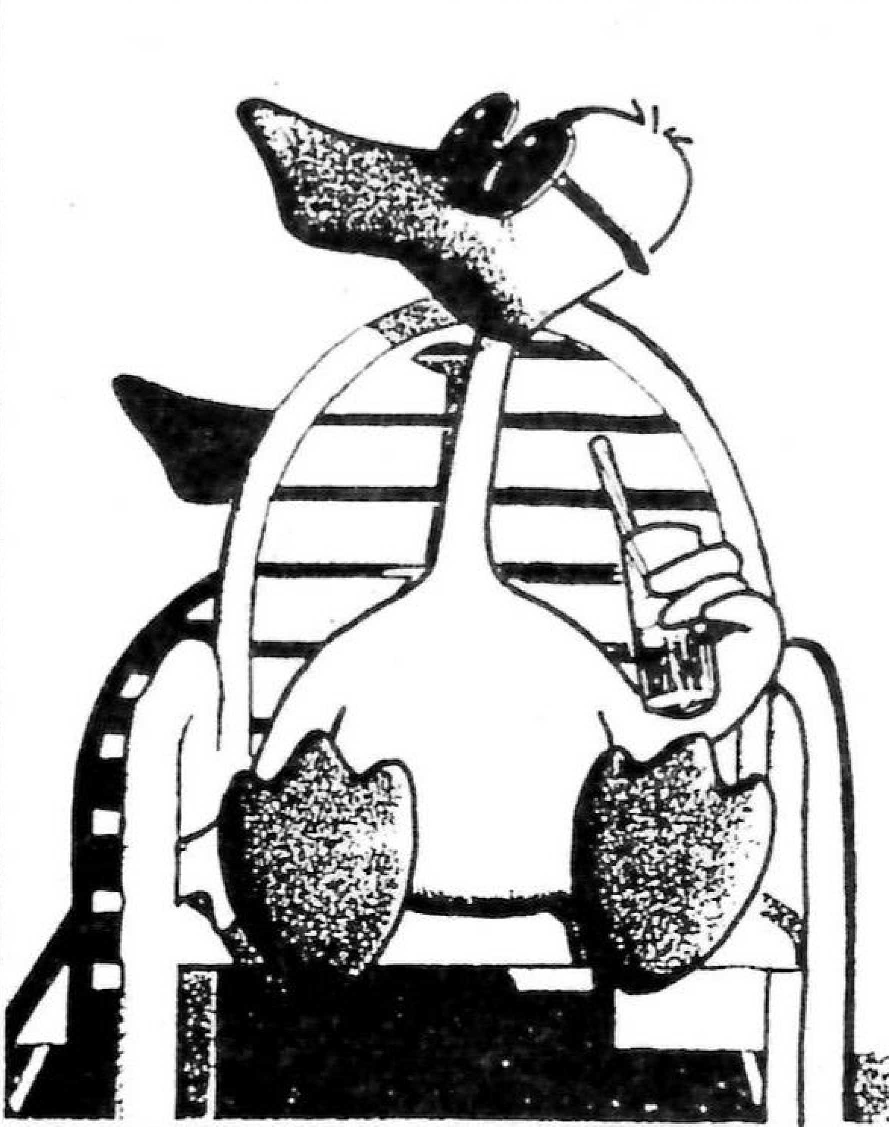
und zwar die ultimative Soli-Cassette mit 23 prima orginal stereo hits

hört radikal ★

WIDERSTAND







Die Fachwelt meint dazu:

"...die Musik, laut und bunt wie unser Widerstand..."
Ayse und Artur

"...ein gelungenes Werk, als Geschenk zu empfehlen..."
John Lennon

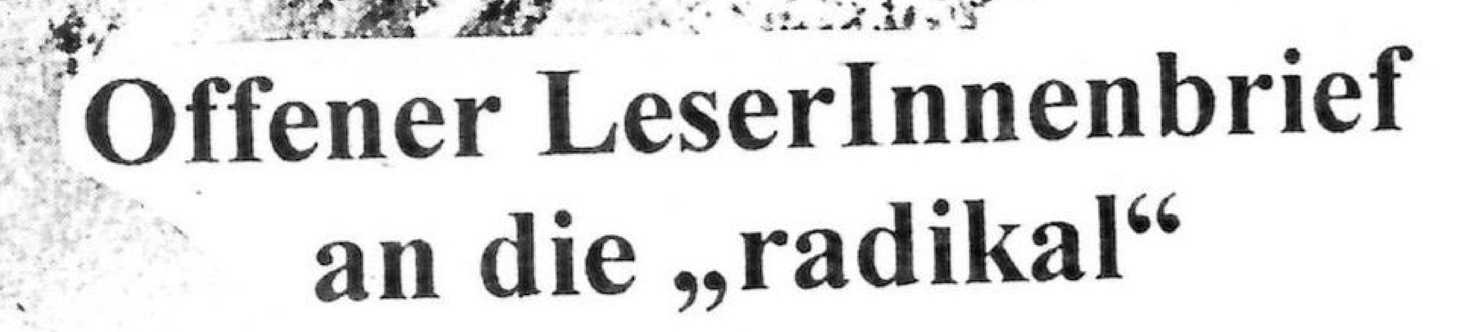
"...mind. 2x tgl. eine Seite..."
Dr. Best

"...also mein Geschmack ist es nicht..."
Dr. Beyer, BGH

Die Cassette ist gegen mind. 10,- DM Spende in jedem guten Infoladen oder den regionalen Infostellen erhältlich. Der gesamte Erlös kommt der Arbeit, die uns die Durchsuchungen vom 13.6. beschert haben, zugute.

Kontakt: AG 13.6. c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin oder Antirepressionsbüro Berlin

Berlin im Februar 1996



Offener LeserInnenbrief an die „radikal“



Hallo!

Einleitung

Im Vorwort eurer neusten Ausgabe vom November ‘95 fordert ihr eure LeserInnen dazu auf, endlich mal ihre Kritik und ihr Unbehagen an euch genauer zu formulieren. *„Kritik ist der Motor für Veränderung, und ehrlich gesagt, lechzen wir danach, daß uns andere mal die Meinung geigen“.* Auch wir gehören zu den KritikerInnen, die ihr im Vorwort der 153 ansprecht, und die bei aller Solidarität immer ihre Kritik und Distanz an und zur „radikal“ betonen, ohne diese explizit zu formulieren. Euer Unmut darüber ist berechtigt. Diesen Text hätten wir noch dreimal überarbeiten können, doch wir finden es wichtiger, daß **jetzt** in die eingeforderte Diskussion eingestiegen wird. Wir verstehen den Text als einen Beitrag zu einem Prozess konstruktiven Streits, der in den kommenden Monaten laufen muß. Im wesentlichen bezieht sich dieser auf die letzten sechs Ausgaben. Unsere Kritik unterteilt sich in formale, inhaltliche und psychologische Gesichtspunkte, wobei letztere uns zunehmend bedeutsam erschienen.
Doch erst einmal herzlichen Glückwunsch zu eurer neusten Ausgabe. Die finden wir richtig gelungen, und an vielen Punkten werden Sachen, die wir im Folgenden kritisieren, anders und besser gemacht.
Uns ist aufgefallen, daß viele Kritikpunkte, die wir formulieren, auch auf die meisten Ausgaben der „Interim“ zutreffen. Dennoch haben wir an beide Projekte unterschiedliche Erwartungen, weil es ein gravierender Unterschied ist, ob mensch eine aktuelle wöchentliche Infosammlung (und vielleicht sogar eine Zeitung) macht oder eine halbjährlich erscheinende Zeitschrift mit fester Redaktion und Zeit zum Diskutieren der Artikel und Raum für Grafik und Layout. Zum Vergleich eignet sich vielleicht eher die „radikal“ zu Beginn der 80er Jahre. Und sofort haben wir euren Einwand im Ohr, wieviel den Verhältnissen und Produktionsbedingungen geschuldet ist, aber uns geht es hier um jenen Anteil, den ihr im Rahmen der gesetzten Bedingungen entscheiden könnt und für den ihr folglich auch voll verantwortlich seit.

Formalitäten

Jede Zeitschrift, oder gar jeder Text, besteht aus einem Wechselspiel von Form & Inhalt. In einer Abwehrreaktion gegen das bürgerlich-kapitalistische „die Form ist alles, der Inhalt nichts“ (Zitat eines gewissen F. Schiller) wird dieses Phänomen bei den meisten Autonomen einfach umgedreht, und die Wirkung der Form mehr oder weniger ignoriert. Heraus kommt dabei ein stilloser, allgemeiner Ist-Zustand, den viele einige Jahre lang exzessiv ausleben, um sich dann wieder den bürgerlichen Formen zuzuwenden. Dieser Zustand begegnet uns in unserem Alltag auch in Form der ungenauen Kommunikation, verdreckten Küchen, lieblos zubereitetem Essen, und, und, ..., und eben einer ziemlichen Vernachlässigung von Layout. Wir denken, daß das Potential, das im kreativen Spiel mit der Form liegt, wieder mehr genutzt werden sollte, und plädieren für eine Einheit von „Ästhetik und Widerstand“.
Deshalb beginnt unsere Kritik beim äußeren Erscheinungsbild der „radikal“, welches auch von Vielen in unserem FreundInnenkreis als ein explizites Beispiel linker „Häßlichkeit“ gilt. Schon die meisten Titelbilder wirken lieblos und schlampig zusammengeklebt, und (früher) oft ohne Witz hinterlassen sie einen verbissenen Eindruck. Es ist auch ein **politischer**

Ausdruck, wie sorgfältig mit solchen Dingen umgegangen wird. Wir meinen damit nicht, daß auch ein grafischer Entwurf mal nicht so gelingen kann - z.B. das Titelbild des Teils II der 153, welches wir eine Spitzenidee finden, nur leider grafisch nicht so umgesetzt, daß wir es uns als Poster ins Zimmer hängen würden.



Ein deutlich lesbarer Titelschriftzug, bei dem auch Nummer, Zeitpunkt und Preis sofort deutlich zu erkennen sind. Das Bild sollte ein klar auf den ersten Blick zu erkenndes Motiv haben, auf den zweiten Blick können sich dann viele hintergründige Ebenen aufmachen. Die Farben könnten recht kontrastreich (Komplementärfarben) und gut zum Ansehen ausgewählt werden. Relativ gelungen ist das Titelbild der Nummer 153, Teil 1. Bei der 152 sind vor allem die Farbkontraste nicht gut gewählt (wobei es hier unsicher ist, was Geschmack und was objektiv ist), bei der Nummer 151 kann mensch doch kaum was erkennen, ebenso bei der 150 (da muß mensch doch eine ganze Weile hinschauen, bis statt einer grünen Fläche das Bild zu erkennen ist) und bei der 149 und 148 sind Bild und Text irgendwie auf die Seite geknallt, aber nicht gestaltet.

Diese Nicht-Ästhetik setzt sich auf den Innenseiten fort, die manchmal einfach nicht lesbar gelayoutet sind und eine pure Bleiwüste darstellen. Doppelte Buchstabenmenge auf einer Seite bedeutet noch lange nicht doppelter Inhalt.

Wollen wir auch andere Menschen erreichen (und besonders diejenigen, die nicht in unseren subkulturellen Sprach- und Lesekodex eingeweiht sind und daher eh' schon diffus unserer Meinung), müssen wir ihnen zumindest erste Brücken und Zugänge bauen. Nur, wollt ihr das überhaupt, oder sind dies unsere Wünsche? Dies meint nicht extrem durchgestylte Zeitschriften wie „Stern", „Tip", oder „Spiegel", aber an einige Grundgesetze von Titelblattgestaltung und Layout sollte schon gedacht werden.

In der neusten Ausgabe sind Beispiele in beide Richtungen zu finden. Der Beitrag über Observationen ist übersichtlich gelayoutet, es sind viele witzige Bilder auf den Seiten (und die klar in einem Bezug mit dem Text stehen), die Schrift ist groß und deutlich lesbar und in zweispaltigem Blocksatz gesetzt, der Text hat eine deutliche Überschrift und einen erklärenden Untertitel, um was es geht. Im Gegensatz dazu der Beitrag zum Balkankrieg: der Hintergrund ist eine zugelaufene schwarze Fläche und als Layoutbild nicht zu erkennen, die Überschrift ist oben in die Ecke gequetscht und es feht völlig ein kurzer einführender Vorspann (wahrscheinlich sollen die ganzen ersten eineinhalb Seiten der Vorspann sein, aber das ist eindeutig zu lang), die Buchstabengröße ist viel zu klein gewählt und dreispaltig gesetzt, und die neun Seiten sind nahezu nur mit Buchstaben vollgeklebt. Es ist einfach es nicht nur ein privates Problem, daß mensch es schwer und anstrengend findet, diesen Text zu lesen und ihn deshalb eher überblättert als liest.

Um es nochmal positiv zu formulieren: wir denken, daß die Texte in der „radikal" alle eine deutliche Überschrift und Unterüberschrift (um was geht es) als Lesehilfe brauchen und mit einer kurzen Einleitung, die vom Haupttext deutlich abgehoben ist, versehen sein sollten. Bei vielen Artikeln der neusten Ausgabe (153) habt ihr das gemacht, in den Ausgaben davor war dies eher Mangelware. Auch würden wir es begrüßen, wenn die Texte mindestens in 11 Punkt gesetzt sind, und wir finden zweispaltigen Blocksatz am lesbarsten. Bilder und Layout sollte ein **gleichgewichtiger** Teil zum Inhalt sein, d.h. mehr große Bilder, mehr Ideen zur Textanordnung, etc..

Allein schon durch die äußere Form vermittelt sich ein Lebensgefühl. Wir sehnen uns doch nach Witz und Spaß beim Lesen und nicht nach einer Wiederholung dieser grauen Welt im Layout unserer Zeitschriften. Was die Titelbilder und Rückseiten der „radikal" zu Beginn der 80er Jahre heute noch so faszinierend und in gewisser Weise zu zeitlosen „Kunstwerken" macht ist die Sorgfalt und eigene Ästhetik, die sie ausdrücken, und die Stärke, die darin rüberkommt.

Inhalt

Doch nun zum Inhalt: findet mensch in der 148 wenigstens noch den Ansatz eines Vorwortes, so sind in den folgenden Nummern keine in irgendeiner Weise als inhaltlich zu bezeichnende Vorworte zu finden - höchstens etwas zu den Techniks. Von einer halbjährlich erscheinenden Zeitung erwarten wir so etwas nicht nur, weil es die Klammer zwischen den einzelnen Artikel schafft. Es ist schon schlimm genug, daß auch in den allermeisten Ausgaben der „Interim" seit Jahren kein Vorwort mehr zu finden ist. In der heutigen Medienwelt, wo jeder Quatsch als buntes Potpouri nebeneinander steht, geht es nicht mehr, sich selbst und seine eigene inhaltliche Position als MacherInnen unkenntlich zu machen und sich hinter einer

Sammlung von Artikel zu verstecken, von denen kein Mensch weiß, wie zufällig die nun in die Zeitung geraten sind. Bekennende Subjektivität statt Pseudoobjektivität könnte das Motto heißen. Das Konzept, Zeitungen schwerpunktmässig als Dienstleistungsunternehmen für die Szene und die LeserInnen zu begreifen (als erstes Ende der 80er von Infoblättern wie „Swing" und „Interim" entwickelt), hat sich heute unserer Meinung nach (völlig?) überlebt, da das Modell, nur Forum sein zu wollen, nur in Hochphasen der Bewegungen (und damit von inhaltlichen Auseinandersetzungen) eine Ausstrahlung entwickeln kann. In Stagnationsphasen des Widerstands ist es eher notwendig, daß Gruppen (und besonders gefordert sind da Zeitungskollektive) sich mit Vorschlägen und Positionen aus dem Fenster hängen. Daher ist heute ein Kennntlichmachen der eigenen inhaltlichen Position immens wichtig, um sich überhaupt wieder im öffentlichen Raum zu positionieren. Die „radikal" oder „die und die Gruppe aus der radikal" steht für die und die Meinung. Dieses Konzept habt ihr doch auch bis Anfang '93 mehr oder weniger umgesetzt. Doch anscheinend in Folge der in der Ausgabe 146 dokumentierten Auseinandersetzung über das weitere Konzept der „radikal" greift ihr zu einem Zeitpunkt, als es bereits überlebt ist, ein Konzept als „linksradikal-pluralistische Dienstleistungszeitung" auf. Wir vermuten, daß zu diesem Zeitpunkt die falschen Entscheidungen getroffen wurden und der in den kommenden Jahren einsetzende Isolierungsprozess mit ein Produkt dieser Fehlentscheidung ist. Für eine halbjährliche „Interim" gibt es im Prinzip keinen Bedarf - und das Konzept der „Interim" rettet in unseren Augen auch nur ihr hoher Gebrauchswert durch die wöchentliche Erscheinungsweise.

In der Nummer 153, S. 6, erste Spalte schreibt ihr: *„Wir legen nicht zufällig großen Wert auf die Mischung von Handlungsanweisungen, Erklärungen militanter Gruppen, Vermittlung von Antifa-Aktionen, linksradikaler und feministischer Diskussion sowie Erarbeitung von recht theoretischen Analysen zur Entwicklung patriarchaler und kapitalistischer Verhältnisse. (...) Wir erheben nicht den Anspruch, die einzig wahre und richtige Linie zu vertreten, sondern wollen den Raum schaffen, um ganz verschiedene Bereiche der sich radikal nennenden Linken zu Wort kommen zu lassen."* Dem wollen wir nicht widersprechen. Sicher geht es zunächst einmal darum, diesen Raum zu schaffen, aber geht es nicht noch vielmehr darum, ihn zu betreten, zu gestalten und zu besetzen? Deshalb bemängeln wir, daß in eurem Konzept das Element einer sich positionierenden Redaktion fehlt. Und noch eine Anmerkung zum zitierten Anspruch: sich selbst zu positionieren heißt ja gerade nicht, andere auf Linie zu bringen, sondern sich angreifbar machen, den konstruktiven Streit erst zu ermöglichen.

Das dies machbar ist, beweist ihr selbst: auch wenn wir lange nicht mit allen Punkten inhaltlich einverstanden sind, hat uns das Vorwort in der 153 genau deshalb sehr gut gefallen. Wir wünschen uns wirklich nicht, daß wir die gleiche Meinung, die wir irgendwie diffus formuliert im Kopf mit uns rumtragen, nun schriftlich wiederfinden und sagen „ja, genau", sondern daß uns sozusagen Material zum Denken gegeben wird, an dem wir uns abarbeiten können. Natürlich muß das schon um die selbenThemen kreisen, mit denen wir uns auch beschäftigen. Da will eine/r was, und nicht nur unterhalten, oder ihr/sein Zeilenpensum des Monats vollkriegen. Überhaupt: in einem Vorwort sollten die LeserInnen merken, daß die MacherInnen der Zeitung etwas wollen und damit auch zu sagen haben.

Einige Sätze wollen wir zu den von euch aufgeworfenen Fragestellung im Vorwort loswerden. Ihr schreibt beim *„Blick auf den Bauchnabel"*, und dies ist euer einziges Beispiel, *„so ist zum Beispiel die Diskussion um die Entwicklung der bewaffneten und militanten Gruppen, insbesondere die der RAF und der RZ in der Zeitung während der letzten Zeit viel zu kurz gekommen, wo doch gerade die Radi das Medium ist, indem solche Auseinandersetzungen am offensten geführt werden können"*. Abgesehen davon, daß wir die von euch aufgeworfene Frage, *„ob und inwieweit Radi-Gruppen selbst in der Verantwortung stehen, diese Diskussionen anzuzetteln und vorantreiben zu müssen, wenn sie woanders offensichtlich verschlafen wird,"* klar mit „Ja!" beantworten würden, haben wir trotzdem den Verdacht, daß hier mal wieder das Pferd von hinten aufgezäumt wird. Ist nicht genau diese Fixierung auf Militanz bzw. Militanz mit einem inhaltlichen politischen

Anliegen zu verwechseln, dafür verantwortlich, daß wir Autonome seit Jahren so gegen den Baum fahren. Militanz sollte das Salz und der Pfeffer in der Suppe sein, aber eben nicht die Suppe ersetzen. Warum müßt ihr die Militanzdebatte im neuen Vorwort schon wieder zum Dreh- und Angelpunkt einer inhaltlichen Diskussion machen? Warum zieht ihr die Existenzberechtigung der Zeitung nicht aus einem inhaltlichen politischen Ansatz? Genau dies ist die Aufgabe, die vor uns liegt, wieder inhaltliche Ansätze zu entwicklen, zu formulieren und praktisch umzusetzen. Darin könnte dann Militanz auch eine Rolle spielen - aber als Mittel zum Zweck. Militanz als identitätsstiftender Inhalt ist ein Produkt der 80er Jahre und nur im Rahmen der ganzen Auseinandersetzungen um Gewaltfreiheit, etc. zu verstehen. Zugegeben, auch das, was wir hier sagen, ist eine Militanzdebatte - so könnte sie vielleicht sogar spannend werden. Irgendwie werden wir den Verdacht nicht los, daß ihr immer noch da diskutieren wollt, wo sich die Autonomen Anfang der 90er befanden. Könnte es nicht sein, daß diese Diskussionen längst abgeschlossen sind, bei einem bekannten Verlag in diversen Büchern vorliegen, und die Aufgabe einer Zeitung wie der „radikal" eher darin besteht, neue Entwürfe zu entwickeln und/oder zu präsentieren? Vielleicht geht es mehr darum, ein soziales Projekt von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in den Mittelpunkt zu stellen, und dieses auch mittels militanter Gruppen zu schützen und zu verteidigen, sowie auch die Herrschenden anzugreifen? Aber Militanz wäre nicht mehr der Kern dieses politischen Projekts.

Gut gefallen haben uns eure Ausführungen zur Pressefreiheit (endlich!), doch sagt ihr sehr wenig zur Kosten-Nutzen-Rechnung bezüglich dem Herstellen einer Zeitung im Untergrund. Kostet es nicht einen immens hohen politischen, sozialen und menschlichen Preis? Es ist nur eine These, aber vielleicht hängen unsere gesellschaftliche Isolierung und das verdeckte Arbeiten zusammen. Die Gegenthese ist das relative Scheitern von offen arbeitenden Gruppen, die auch über einen Kreis von 20 - 30 Leuten nicht hinauskommen. Lohnt es sich eurer Meinung nach, einen Gedanken daran zu verschwenden, wie wieder ein legales Erscheinen zu erkämpfen wäre? Unserer Meinung nach „Ja". So richtig Antwort gebt ihr da nicht. Ihr müßtet euch wohl schon genauer der Frage stellen, ob sich das Risiko eigentlich lohnt! Und was müßte eine Zeitung wie die „radikal" leisten, daß sich das Risiko für euch lohnt? Die „Fahne hochhalten" finden wir als einzige Antwort zuwenig. Und gäbe es nicht auch andere, denkbare Alternativen? Die Sache mit der neusten Ausgabe vom November 95 (153) im Internet finden wir auf jeden Fall genial; nur merken auch die Herrschenden, was da für eine Gesetzeslücke entsteht. Und auf einmal - nachdem ihnen das jahrelang egal war - wird unter dem Vorwand der Bekämpfung von Pornografie versucht, die Netze unter gesetzliche Kontrolle zu bekommen.

Es fällt uns schwer, zu den letzten Nummern eine Kritik im Ganzen zu formulieren, da so etwas immer viel zu pauschal wird. Grundsätzlich gerne, teils mit Begeisterung gelesen haben wir immer die Beiträge von „Gegen das Vergessen". Die Teile über die Geschichte dieses Landes sind ein gelungener Versuch, aufzuzeigen, daß es auch in diesem Land immer eine Tradition der Auflehnung und des Widerstands gab. Und es eben nicht ein „rassisches" Merkmal des „Deutschen" ist, sich bei der Macht anzubiedern. Und dafür ist die Serie „Gegen das Vergessen" immens wichtig - gerade gegen die „antideutsche" Fraktion. Nur zu den beiden letzten Folgen über Liebe, Sexualität, Aufklärung und ähnliches kommt uns als Resümee in Sinn: Superthema, aber verschenkt. Aus allen Zeilen dringt deutlichst die Sehnsucht, gut von böse zu trennen, lokalisieren und beschreiben zu können. Die Autoren sind auf der Suche nach einer „natürlichen" Sexualität - doch ist das nicht ein Trugschluß?. Auch bestimmte Denkschulen (z.B. Freud) kann mensch nicht so abhandeln, wie ihr es tut. Einfach ein wenig mehr selbstkritisch die eigenen Heransgehensweisen hinterfragen (was möchte ich eigentlich gern finden) und eher Fragen an die Texte zu stellen (wo können sie mir heute etwas sagen und weiterhelfen, wo nicht, wo sind sie einfach ein Produkt ihrer Zeit, etc.) bzw. sie als eine „historisch-kritisch" zu betrachdene Materialienkiste zu benutzen. Die Theorien, z.B. von Freud, sollten eher nach dem befreiendem Potential, das sie in sich tragen abgesucht, aber auch nach den reaktionären ideologischen Effekten und Anwendungen (z.B. in der Mißbrauchsgeschichte) abgeklopft werden. Aufgefallen ist uns dies besonders im letzten Teil (Nr. 152). In dem Anspruch, Herrschaftsgeschichtsschreibung kritisch zu beleuchten, geht ihr völlig unkritisch an

Geschichtsdarstellungen heran, die von „unserer" Seite geschrieben zu sein scheinen. Auch für „uns" gilt die Frage, wer schreibt was wann und warum - z.B. manche Texte in einem bestimmten Stadium feministischer Auseinandersetzung entstanden, würden aber heute so nicht mehr geschrieben werden. Inwieweit diese Kritik auch für die früheren Folgen von „Gegen das Vergessen" gilt, haben wir nicht mehr untersucht. Trotzdem: ihr seit weit und breit die Einzigen aus gemischten linksradikalen Zusammenhängen die sich in diesen Themen versuchen - und vielleicht tröstet euch ja auch Folgendes: immerhin haben wir eure Texte mit in den Urlaub genommen und am Badestrand darüber diskutiert. Welchen Texten aus unseren Zusammenhängen passiert das schon mal.

OLGA haben wir eigentlich oft nur durchgeblättert, weil der - polemisch formuliert - Nachdruck eines halben Jahrgangs der „Interim" für uns einfach uninteressant ist. Das dies für die „kids" anders ist, kann sein. Wenn ihr schon OLGA machen wollt, dann sollte mensch doch die Chance nutzen, daß so viel Zeit zwischen den Aktionen und dem Erscheinen der Zeitung vergangen ist, und über die Aktionen reflektieren: welche langfristige Wirkung hatten sie; was ist damit gemacht worden; spricht mensch auch nach einen halben Jahr noch von der Aktion oder ist sie verpufft wie so viele Nadelstiche von linksradikaler Seite. Da könnte unserer Meinung nach ein Sinn von OLGA liegen. In der neusten Ausgabe haben wir erste Ansätze einer reflektierenden Berichterstattung über den Autonomie-Kongreß in Berlin und über den Hausbesetzerkongreß in Leipzig entdeckt - und sofort haben wir es mit Interesse gelesen.

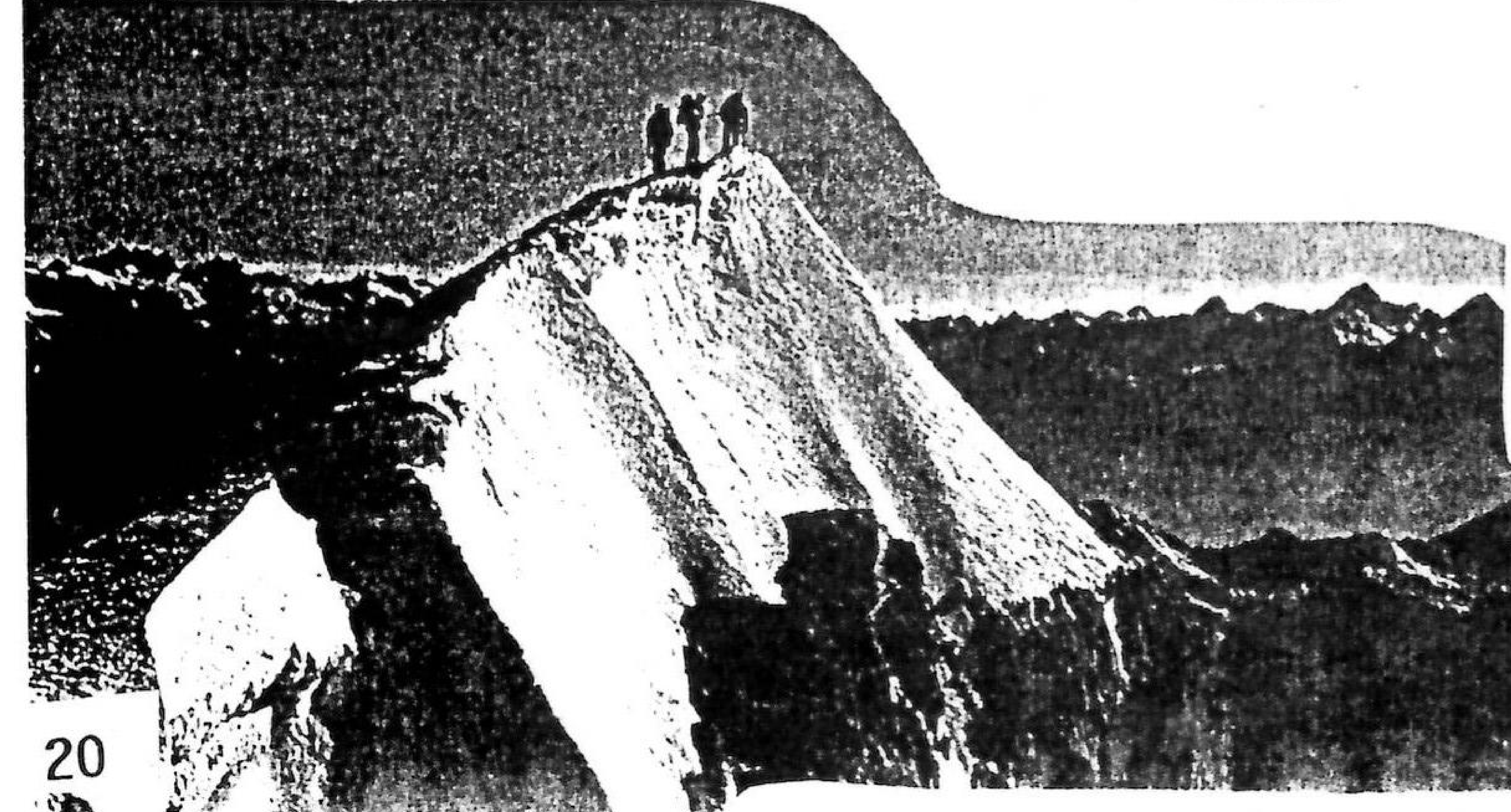
Aufgefallen ist uns noch beim Durchblättern der Ausgaben 148 - 152, daß wir sie als wesentlich schlechter in Erinnerung hatten, als wir sie jetzt empfanden. Nach einigem Stutzen und Nachdenken kamen wir zu der Erkenntnis, daß es ein Unterschied ist, ob du eine Zeitschrift zum Zeitpunkt des Erscheinens auf ihren praktischen Gebrauchswert absuchst, oder ob du sie zwei Jahre später als Zeitdokument betrachtest und eher in Erinnerungen schwelgst wie „Oh, ja, dieses Thema hatten wir damals auch diskutiert" oder „bei der und der Demo waren wir auch dabei". Aber dies scheint der springende Punkt zu sein: die „radikal" hatte in den letzten beiden Jahren viel von ihren ihren praktischen Gebrauchswert verloren (wir meinen dies vor allem auch im theoretischen Sinne), weil es oft nur noch eine Dokumentation von Papieren und Auseinandersetzungen war, aber kein eigenes aktives Eingreifen mehr. Der Gebrauchswert einer „Dokumentation" entfaltet sich erst nach Jahren.

Um es nochmal zusammenzufassen: die Aufgabe einer Zeitung wie der „radikal" könnte das Reflektieren mittels eigener Artikel über das letzte halbe Jahr (sehr gelungen fanden wir da zum Beispiel in der neusten Ausgabe den Teil über das Grünau-Osterei, in dem der Nachdruck der den meisten schon bekannten Erklärung des Komitees eben verknüpft war mit einem guten betrachtenden Artikel, der das einzelne Ereignis einbettet in eine gesellschaftliche Rahmensituation) und das eigenständische Erarbeiten und Formulieren von Positionen zu Themen, die aller Voraussicht nach im nächsten halben Jahr eine Relevanz für „uns" haben könnten.

Psychos

Je mehr wir uns mit dem Thema, nämlich was wir an der „radikal" kritisieren würden, beschäftigten, als desto zentraler empfanden wir psychologische Fragen.

Das fängt an bei der alllgemeinen Reizüberflutung, der wir in unserem ganzen Alltag ausgesetzt sind, und in die sich eben auch linksradikale Publikationen einreihen.



Immer mehr müssen wir selektieren, was wirklich für uns wichtig ist, und was nicht unbedingt gelesen werden muß. Und da schlägt der fehlende praktische Gebrauchswert schnell gegen eine Zeitschrift wie die „radikal" aus. Wahrscheinlich kennen einige mehr außer uns das Phänomen, daß die neuste Ausgabe gekauft und kurz durchgeblättert wird, dann aber monatelang neben dem Bett liegt um eines Tages im persönlichen Archiv zu verschwinden mit der Genugtuung, daß mensch sie wirklich komplett hat. Das ist nur bedingt ein Argument gegen die „radikal", verweist aber auf gesellschaftliche Bedingungen, denen auch die „radikal" ausgesetzt ist.

Ein weiterer Punkt ist, daß die Inhalte der Zeitung Anfang der 90er für viele eine Orientierung abgegeben, gegen die nun, in einem Akt der individuellen Emanzipation, aber zu einem Zeitpunkt, an dem es nicht mehr weh tut und nichts mehr kostet, rebelliert wird. Vor Jahren wurde kein Sterbenswörtchen an Kritik an der „radikal" zugelassen, dafür wird dies jetzt umso mehr nachgeholt. Ihr kennt diese psychologische Struktur sicher auch, der Inhalt ist auswechselbar: vor Jahren wurde jede Form von Ausbildung vehement abgelehnt, heute wird genauso kritiklos eine Ausbildung gemacht. Unser Problem ist ist nicht, daß sich Menschen nun eine Ausbildung an Land ziehen, sondern die selbe Unfähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstkritik wie zuvor. Bezogen auf die „radikal" bedeutet dies, daß ein kritisches Verhältnis meist länger hält: denn in den Himmel hochloben und fallen lassen wie eine heiße Kartoffel liegen nur zu oft nahe zusammen.

Desweiteren werden die eigenen Frustrationen und Unfähigkeiten nur allzugerne als Unfähigkeiten von anderen dargestellt. Nicht „mir fällt nichts ein" oder „mir ist langweilig", sondern die „radikal ist langweilig", ersatzweise irgendetwas anderes. Wie oft wir zum Beispiel schon gehört haben, daß in der „Interim" nur „Müll" stehen würde, und wie fern der Gedanke, daß es bei keiner Zeitung leichter ist, den selbstgeschriebenen, „guten" Artikel unterzubringen. Wir fragen uns in diesem Zusammenhang, ob nicht Zeitungen, die sich nur als Dienstleistungsunternehmen verstehen, gerade diese Dienstleistungsmentalität bei den LeserInnen fördern?

Dazu kommt noch die diffuse Angst, die die Themen der „radikal" untergründig auslösen. Jede Auseinandersetzung mit militanter Politik impliziert natürlich auch die Fragen, was ich mir zutraue, und was nicht. Je mehr diese Fragen bei einem selbst mit Tabus und moralischen Druck besetzt waren, umso heftiger wird zu einem Zeitpunkt, da mensch sich gefahrlos abwenden kann, gegen genau die greifbaren TrägerInnen dieser Politik gelästert. Dies ist aber auch ein Ergebnis dessen, daß nicht wenige militante Gruppen genau mit moralischem Druck und Tabuisierung von bestimmten Fragestellungen arbeiten.

Außerdem kann mensch die realen Niederlagen der militanten Autonomen nicht beschönigen, und VerliererInnen sind nun mal meist nicht besonders attraktiv. Ein Olympia 2000 kann zwar verhindert werden, aber all' den alltäglichen Prozessen von Umstrukturierung und Neuformierung von Macht in Berlin geschweige denn anderswo haben „wir" nahezu nichts entgegenzusetzen. Dies ist Ursache und Folge des Zerfalls des sozialen Milieus der Autonomen - des Wassers, in dem auch die „radikal" schwimmt.

Desweiteren haben viele ein Interesse an Weiterentwicklung, und wenn sie in seinem Alltag nur mit verschiedenen Formen von Stehenbleiben konfrontiert sind, beginnen sie es abzulehnen, auch wenn es formal betrachtet ungerecht ist. Nicht zuletzt deshalb ist es wichtig, daß die „radikal" sich weiterentwickelt.

Ausleitung

So, nun brummen uns gehörig die Schädel - wir schließen uns der Rückseite der Nummer 153 an und haben den Mut zur Lücke, d.h. wir haben sicher einiges vergessen, aber immerhin soviel erstmal.

es grüßen euch ganz herzlich und viel Kraft wünschend ...

Robbi, Tania und das Fliewatüüt



Frozen Marighella

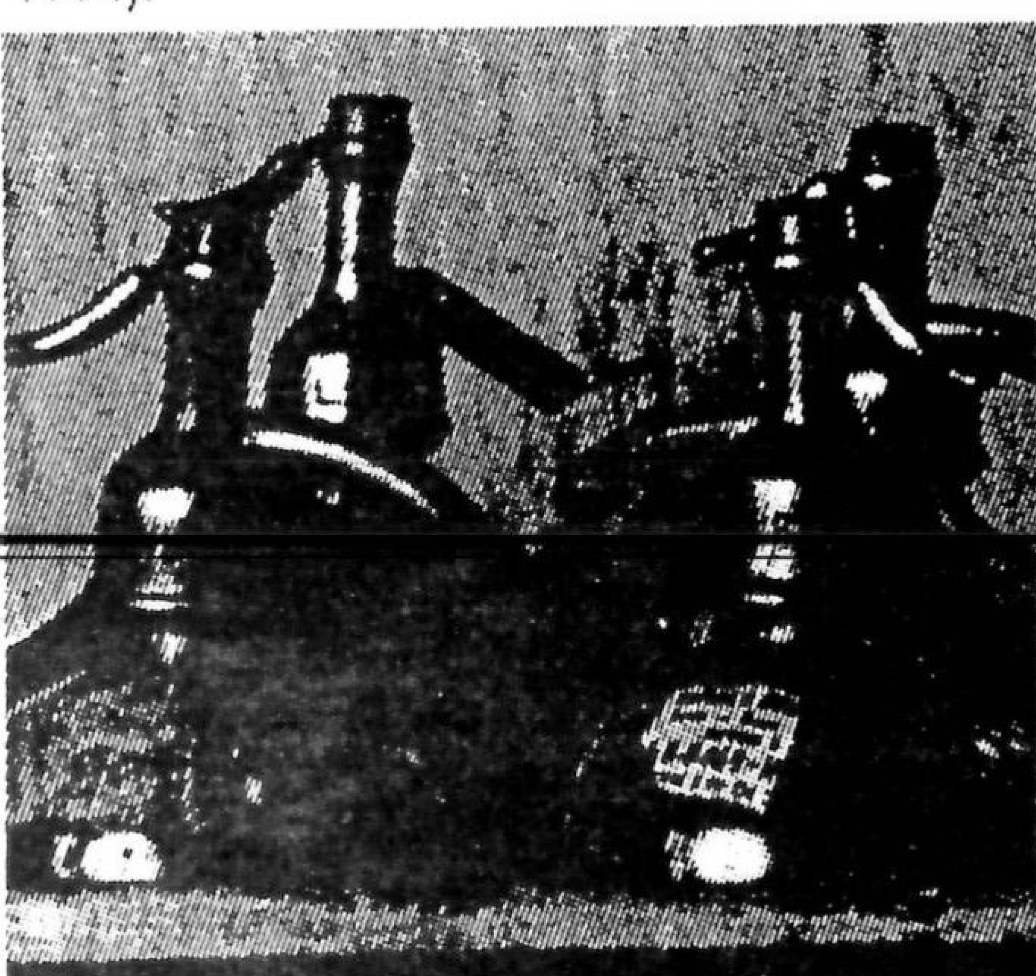
Eine AIZ-Kritik

Die Politik der AIZ ist in letzter Zeit an verschiedenen Stellen kritisiert worden (u.a. radikal 153, konkret 12/95). Viele der dort geäußerten Kritikpunkte teilen wir, und weil ja nicht alles wiederholt werden muß, verweisen wir der Einfachheit halber auf das dort Gesagte und drucken im Anschluß das Papier »Vorwärts in die Vergangenheit« aus der radikal 153 nach.
Auch uns trifft der Vorwurf, daß es vor den Staatsschutzangriffen vom 13.6. kaum öffentlich geäußerte Kritik an der Politik und der Analyse der AIZ gegeben hat. Das liegt sicher einerseits daran, daß es niemand so richtig gestört hat, was eine kleine und bis zu ihrer Popularisierung durch die BAW politisch ziemlich unbedeutende Gruppe sich ausdenkt und macht, und andererseits daran, daß uns die von den Anschlägen betroffenen Institutionen und Personen auch nicht besonders leid getan haben - und außerdem war da vielleicht noch die Hoffnung, mit der Zeit würde sich schon »von selbst« eine Lösung finden; d.h. die AIZ würde genauso unvermittelt wieder von der politischen Bühne verschwinden wie sie aufgetaucht war.
Nun, dem ist nicht so. Mit großer Regelmäßigkeit veröffentlicht die AIZ Erklärungen und plaziert Sprengsätze bei Firmen und Personen, die nach ihrer Meinung Teil der »BRD-Elite« seien. Und zudem scheint es uns auch aus anderen Gründen notwendig, sich mit den von der AIZ vertretenen Politikansätzen auseinanderzusetzen - nicht zuletzt, um ihnen das symbolische Feld der Aneignung linker Geschichte nicht kampflos zu überlassen. Denn was die AIZ als Ergebnisse linksradikaler Bewegungen der letzten 30 Jahre festschreiben will, denunziert jegliche emanzipativen Ansätze der Politik der Neuen Linken.

Antiimperialistische Politik in den 90ern?

Besonders nach der letzten Erklärung fällt es uns zunehmend schwer, überhaupt noch eine ernsthafte Kritik an der AIZ zu formulieren. Die Rede von der »Schärfe und Schönheit« des »Islam als revolutionäre Waffe« im Kampf gegen den »Satan USA« (alle Zitate AIZ, Dezember 1995), das »einfache und gerechte Leben«, die »Gesellschaft der großen Harmonie«, das sind religiöse Heilsvorstellungen, die ihren Platz, »Inschallah« (AIZ, Dezember 95), eben in der Religion und nicht in einer emanzipativen Politik finden - und konsequenterweise sucht die AIZ ihr Heil dann auch im Islam, dessen »richtige« Auslegung ihr ein ernsthaftes Anliegen ist.

Die AIZ behauptete von sich, sie seien »militante Autonome« (AIZ, 5.9.93), sie würde den »antiimperialisitschen Kampf« führen, an die Politik von RAF und militantem Widerstand, insbesondere das »Front-Konzept« anschließen und ihre Politik auf den »Triple-Oppression«-Ansatz aufbauen. Was ist an diesen Aussagen dran, und was heißen sie für die Politik der AIZ?
Im »Front-Konzept« schlug sich Anfang der 80er Jahre eine grundlegende Veränderung des Politikansatzes der RAF und des antiimperialistischen Widerstands nieder. Auch wenn die RAF schon im »Konzept Stadtguerilla« (1971) ihren Kampf in der Metropole als Teil des internationalen Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus beschrieb, ging es bei den militanten Aktionen immer auch um »bewaffnete Propaganda«. Die Intervention schwacher revolutionärer Kräfte sollte den Marginalisierten der Gesellschaft Mut machen und sie zum Nachahmen und zu eigenen Aktionen animieren. Mit dem Frontkonzept verschwindet der zweite Teil fast vollkommen. Damit ändert sich auch die Zielrichtung der Aktionen. Lutz Taufer schreibt dazu 1994 rückblickend: »... die revolutionäre Aktion [war] als politisch-militärisch bestimmt, das Politische mit dem Militärischen eng verknüpfend und doch in einer deutlichen Prioritätenfolge: Primat hat das Politische. Hier wird sich in den 80er Jahren, ausgehend von der Frontideologie, ein Bedeutungswandel vollziehen - die militärische Aktion wird zum Begriff des Revolutionären schlechthin, daneben git es auch noch politische Initiativen« (Lutz Taufer: Gesellschaft oder Ghetto - eine Ergänzung, 1994).

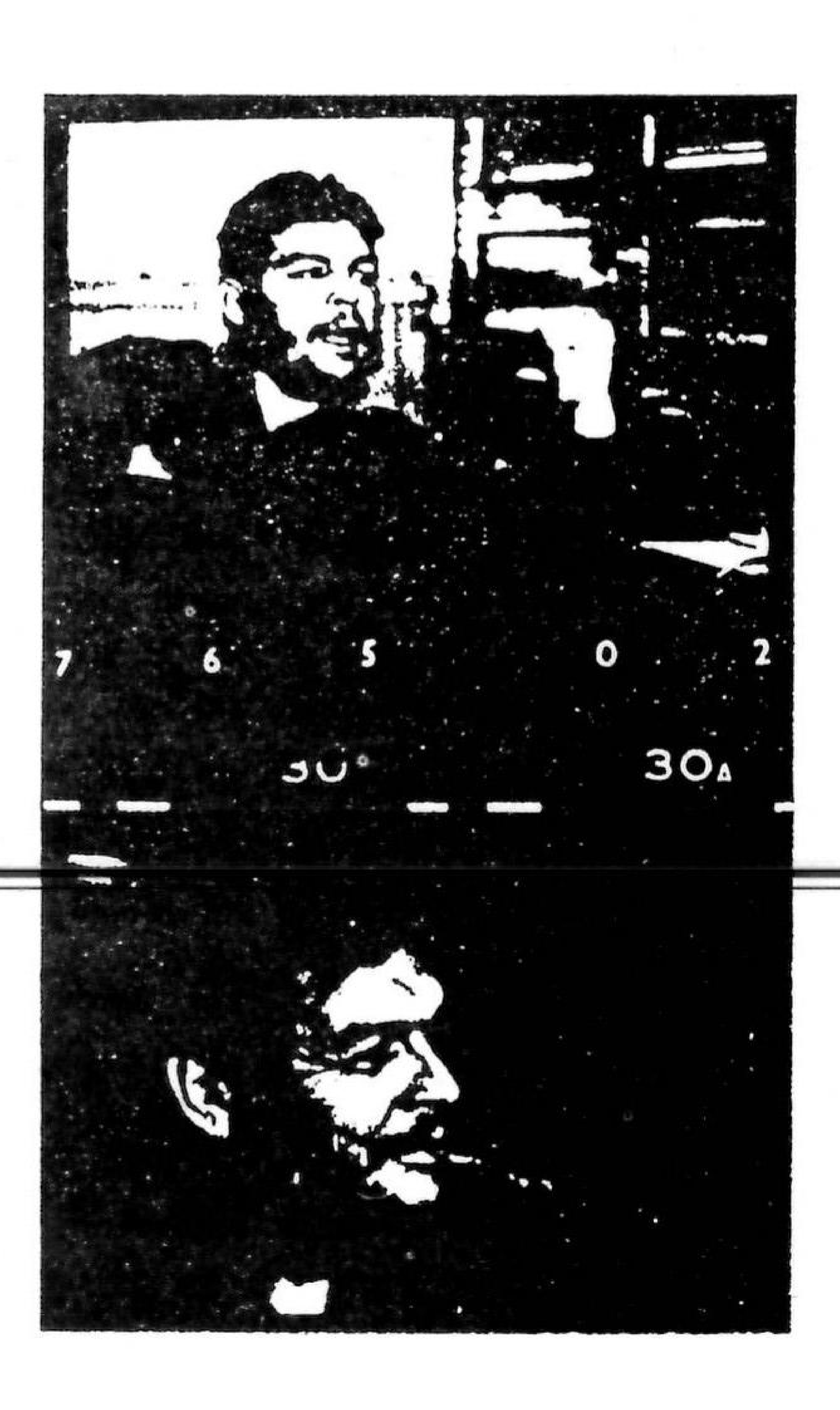


An die Stelle der politischen Vermittelbarkeit tritt als Begründung der Aktionen gegen die Verhältnisse, die nur noch »Zerstörung und Fäulnis« hervorbringen, »die existentielle Tiefe der Kämpfe und der Hass« (RAF: Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982). Das Problem der Entpolitisierung der militärischen Aktionen beschreibt die AIZ sogar selbst in ihrer Erklärung vom 8.7.94 - offenbar jedoch ohne daraus irgendeine Konsequenz zu ziehen. Ihr Vorschlag: einfache Sprengsätze, die jedeR nachbauen kann, versucht eine technische Lösung für ein politisches Problem und muß damit notwendigerweise scheitern.
Das Frontkonzept selbst basiert auf der Vorstellung, die Welt ließe sich im groben in zwei Teile teilen: die imperialistischen Metropolen mit den USA als Führungsmacht und die trikontinentale Peripherie. Revolutionen finden in diesem Modell in der Peripherie statt, wo einzelne Staaten versuchen, aus der imperialistischen Herrschaft der Metropolen auszubrechen und letzten Endes diese Herrschaft ganz zu brechen. Der Begriff »Imperialismus« wiederum geht entweder auf die Leninsche oder die Luxemburgische Imperialismustheorie zurück, die den Imperialismus als fortgeschrittene Enwicklungsstufe des Kapitalismus beschreiben. Demnach stößt das Kapital im nationalen Rahmen an die Grenzen seiner Entwicklungsfähigkeit (entweder weil die im nationalen Rahmen produzierbare Mehrwertmasse zu gering ist [Lenin] oder weil die Nachfrage nach (Luxus-)Konsumgütern im nationalen Rahmen nicht weiter wachsen kann [Luxemburg]) und muß der Akkumulationslogik folgend diesen Rahmen verlassen, um eine weitere Steigerung der Produktivität zu ermöglichen.
Je nach theoretischem Verständnis führt die imperialistische Ausbreitung des Kapitals entweder zu einer »nachholenden Entwickung«, d.h. kapitalistischen Durchdringung der betroffenen Länder, oder zur völligen Verarmung, indem quasi vorkapitalistisch in den Ländern der Peripherie nur die Rohstoffe ausgebeutet werden und keine Entwicklung der Produktivkräfte zugelassen wird.
Vor dem Hintergrund der antikolonialen Kriege und der Herausbildung verschiedenster Befreiungsbewegungen im Trikont wurde die Imperialismustheorie in den 60ern und 70ern unter anderem von den Dependenztheoretikern aus Lateinamerika aktualisiert. (Die Theorien der Dependencia betonten die strukturelle Abhängigkeit der Länder des Trikont von den Metropolen als Hauptursache für die Unterentwicklung. Als Strategie schlugen sie eine Abkoppelung der Trikontländer vom Weltmarkt vor.)
Gleichzeitig schienen die überall entstehenden Befreiungsbewegugen eine weltweite (revolutionäre) Veränderung der Zustände in greifbare Nähe zu rücken. Die von dem brasilianischen Theoretiker und Revolutionär José Marighella entwickelte und von den Tupamaros in Uruguay ausge-

arbeitete Strategie der »Stadtguerilla« schien auch hier in den Metropolen eine Möglichkeit zu bieten, den Kampf der Unterdrückten im Trikont in das Herz der Bestie zu tragen.
Daß sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Umso überraschender ist es daher, daß sich in den 90ern eine Gruppe in der BRD genau auf diese Konzepte bezieht, ohne die Erfahrungen und Veränderungen der letzten 30 Jahre zu reflektieren. Anstelle einer Analyse der veränderten historischen Bedingungen werden schlicht und einfach die Akteure ausgetauscht. An die Stelle der Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten der 70er Jahre treten die islamistischen Bewegungen ergänzt um Sendero Luminoso und PKK. Praktisch wird damit die Entwicklung der Befreiungsbewegungen der 60er und 70er übergangen, da eine Auseinandersetzung mit der Entwicklungsdynamik in den Trikontländern nicht stattfindet.



Dem Antiimperialismus der 70er kann man immerhin noch zugute halten, daß es in den 70ern noch eher möglich war, sich der Illusion einer greifbaren weltweiten Revolution hinzugeben: Die überall in in Lateinamerika, Nordafrika und Asien entstehenden Befreiungsbewegungen hatten alle die kommunistische bzw. sozialistische Vorstellung von der Befreiung von der Herrschaft des Kapitals auf ihre Fahnen geschrieben, und die Metropolenlinke glaubte noch weitgehend daran, daß, wenn man ersteinmal so weit gekommen sei, die restlichen Widersprüche auch irgendwie gelöst werden könnten. - Auch wenn z.B. der algerische Befreiungstheoretiker Franz Fanon schon damals darauf hinwies, daß das rassistische Unterdrückungsverhältnis wohl mit der Abschaffung des Kapitalismus nicht aufgelöst würde.
Doch schon die 1982 von der RAF vertretene These: »Die Instabilität des imperialistischen Systems bedeutet seitdem weltweit eine Situation, in der der Imperialismus mit einer Niederlage an jedem Punkt des Weltsystems ... in die endliche Krise des Systems kippen kann« (RAF: Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982), zeugte beim näheren Hinsehen eher von den Wunschvorstellungen der Guerilla als von der realen Situation.
Wer heute wie die AIZ meint, mit der Imperialismusanalyse der 70er eine treffende Beschreibung der aktuellen Weltlage liefern zu können, unterschlägt aber nicht nur die Entwicklungen bzw. das Scheitern der Befreiungsbewegungen. Die Schwierigkeiten, die die Vorstellung eines gemeinsamen Kampfes mit den Befreiungsbewegungen aufwarf - wollte man nicht als Preis für die Solidarität die Aufgabe der eigenen politischen Überzeugungen zahlen -, wurden in der RZ-Diskussion um den Tod von Gerd Albartus am deutlichsten formuliert.
Erst spät hat die westliche Linke erkannt, daß die meisten der Befreiungsbewegungen einen höchst problematischen Kern enthielten: Das Ziel der Befreiung war in der Regel die »nationale Befreiung«; d.h. das alte Herrschaftssystem sollte überwunden werden, an seine Stelle trat jedoch ein neues, das - wie sich beispielsweise an den »erfolgreichen« Staaten wie Kambodscha, Iran oder Algerien zeigen läßt - das Projekt der herrschaftsfreien Gesellschaft kaum oder gar nicht weiterbrachte; auch wenn durch den Kampf der Befreiungsbewegungen in vielen Fällen eine bessere materielle Versorgung und z.B. in Lateinamerika durch den Sturz der Diktaturen auch eine größere Freiheit erreicht wurden.
Zu häufig jedoch wurde die Macht der Wenigen nur verlagert: an die Stelle der kolonialen/kapitalistischen/imperiaistischen Herrschaftseliten traten Partei/Militär/religiöse Institutionen. Die RZ schreibt dazu: »... daß sich ... die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach - all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet« (RZ: Gerd Albartus ist tot, Dezember 1991). Wie eine internationalistische Politik jenseits von rein finanzieller Unterstützung und totaler Identifizierung aussehen kann ist bis heute offen. Am vielversprechendsten erscheinen uns die mit verschiedenen Lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen begonnenen Auseinandersetzungen, in der sich die Metropolenlinke weder in die Rolle des paternalistischen Besserwissers noch in die des blinden Mitläufers begibt.
Die historische Ignoranz wird im Falle der AIZ besonders deutlich. In ihren Papieren beziehen sie sich - wenn sie nicht gerade den Islam als neue revolutionäre Heilslehre propagieren - hauptsächlich auf die Konzepte der Metropolenguerilla der 70er und 80er. Sie reflektieren nicht die Tatsache, daß es heute - verglichen mit der damaligen Situation - nur noch in wenigen Staaten



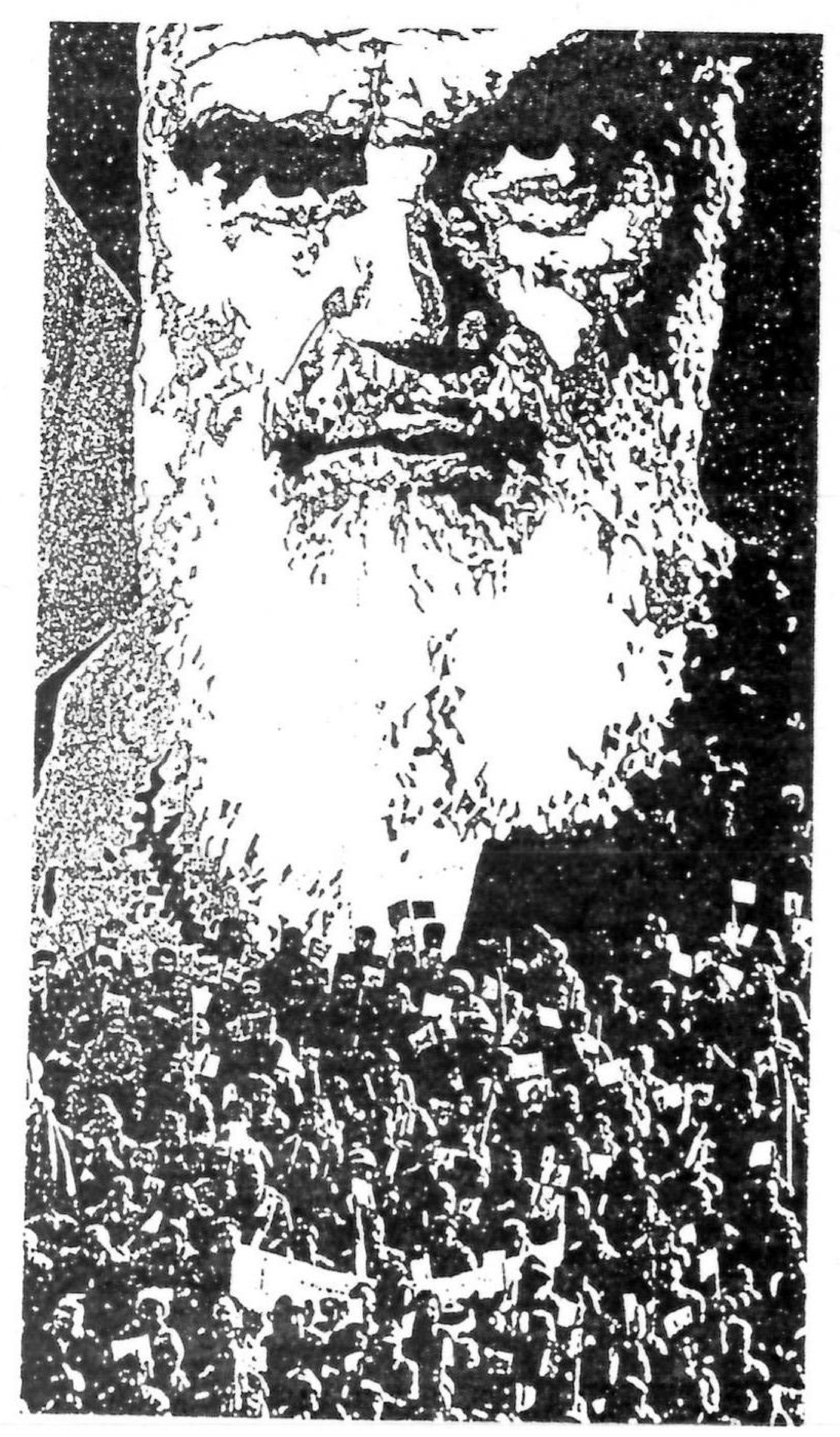
Befreiungsbewegungen gibt, die eine relevante Unterstützung in der Bevölkerung haben. Und dort, wo beispielsweise die EZLN doch eine relevante Unterstützung der Bevölkerung erfährt, wird diese mal eben, unter Verweis auf die politische und ökonomische Eingebundenheit Mexicos in die NAFTA, als nicht ernstzunehmend abqualifiziert.

Sie reflektieren auch nicht die veränderte ökonomische Situation: den Aufstieg der sog. Schwellenländer, die vom Kapital betriebene Abkoppelung ganzer Regionen aus dem kapitalistischen Weltsystem, die fortschreitende Kapitalisierung der ehemals sozialistischen Länder. Und sie berücksichtigt auch nicht die veränderte Situation in den Metropolen: Die Unterstützung, die eine Metropolenguerilla heute erfährt ist noch geringer als in den 70ern. Aber ohne eine relevante Unterstützung verkommt der Versuch, dem imperialistischen System einen (entscheidenden) Schlag zu versetzen, entweder zur heroischen Geste oder er zeugt von Allmachtsphantasien und völliger Überschätzung der eigenen Bedeutung.

Wohin eine solche Weltsicht führt, wird deutlich, wenn man betrachtet, welche »Befreiungsbewegungen« denn die Antiimperialistische Front bilden sollen, als deren metropolitaner langer Arm die AIZ sich versteht: Tschetschenische Widerstandskämpfer«, der iranische Staat, der fundamentalistische Djihad Islami in Palästina, die FIS in Algerien, Ghaddafis Libyen, der Leuchtende Pfad Perus ... alles nicht gerade Bewegungen, die einem Anlaß zur Hoffnung geben, bei ihrem Sieg würden wir einer befreiten Gesellschaft ein Stück näher kommen.

Emanzipative Bewegungen, deren Ziel nicht die Herausbildung eines neuen Nationalstaats ist, werden von der AIZ systematisch nicht wahrgenommen - am auffälligsten ist dies wohl bei der EZLN Mexicos -, sie würden auch nicht in das vereinfachte Weltbild passen, das den imperialistischen Feind nur in den Metropolen Westeuropa, USA und Japan verortet und die Regierungen der Staaten des Trikont mit dem Begriff der »Herrscherclique« zu willenlosen Agenten der imperialistischen Zentren macht.

Insofern hat es uns auch nicht gewundert, daß der Bezug der AIZ auf das »Tripple Oppression«-Konzept über dessen floskelhaftes Erwähnen nicht hinausgeht. Der diesem Ansatz zugrundeliegende Gedanke, daß sich unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse nicht so einfach hierarchisieren

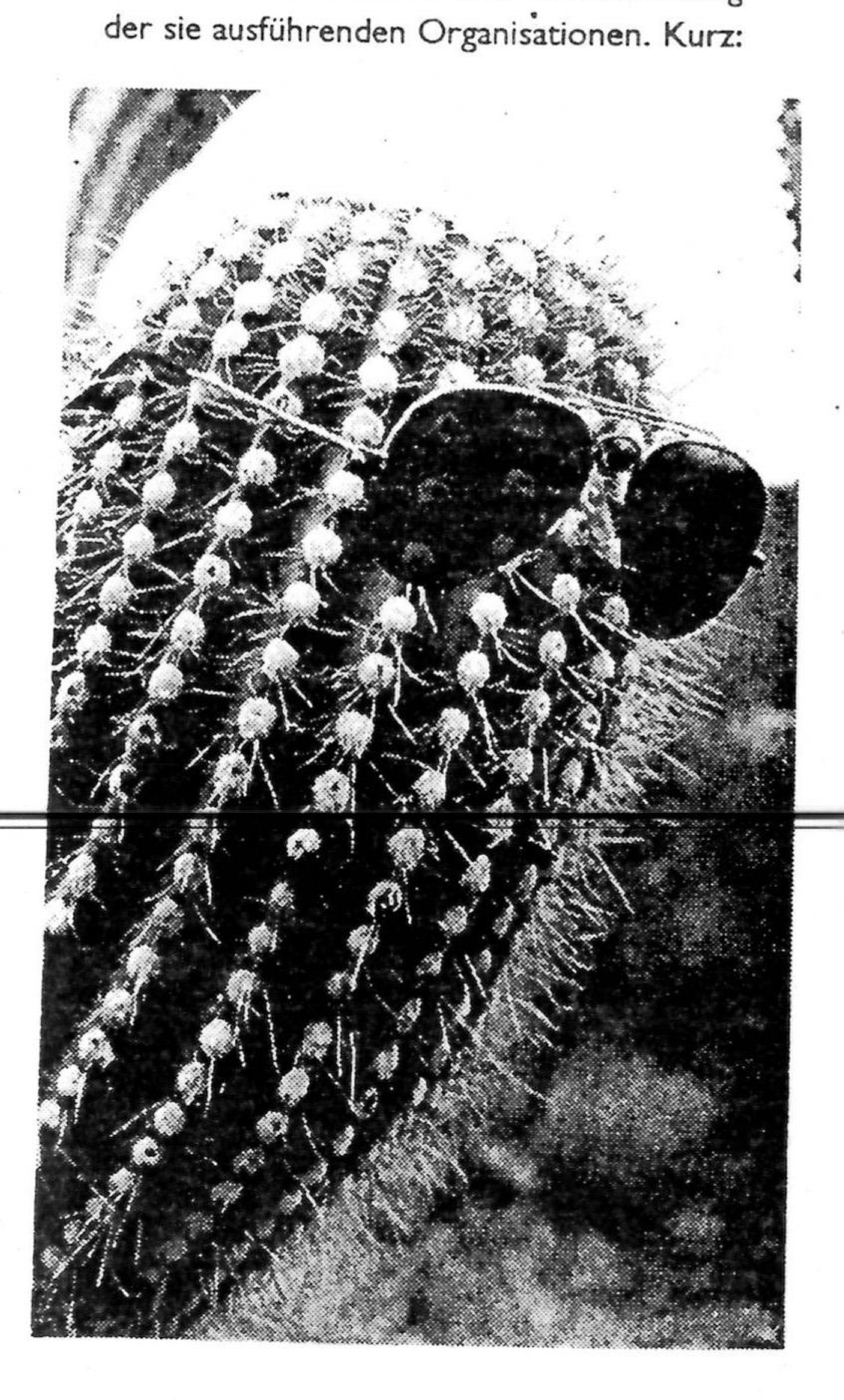


lassen, führte ja gerade dazu, die verschiedenen Widersprüche in der Gesellschaft in ihrer Komplexität wahrzunehmen. Er führte aber auch dazu, die Praxis und die Theorie der Befreiungsbewegungen kritisch zu hinterfragen und nicht länger die eigenen Befreiungsvorstellungen auf sie zu projizieren.

Der Bezug der AIZ auf die islamistischen Bewegungen scheint eine Konsequenz aus der der Vergangenheit verhafteten Vorstellung antiimperialistischer Politik zu sein: Wer sich als Teil der antiimperialistischen Front in der Metropole versteht, braucht natürlich eine Front in der Peripherie, da die Begründung des eigenen Kampfes ja ausschließlich aus dem imperialistischen Herrschaftsverhältnis gezogen wird. Und wenn, wie heute, keine trikontinentale Befreiungsfront sichtbar ist, muß sie eben konstruiert werden, um den eigenen Kampf zu legitimieren. Daß die tschetschenischen Aufständischen dabei für einen ganz normalen, kapitalistischen Nationalstaat kämpfen, mit dem Ziel, Teil der Metropole zu werden, geht dann wohl im Eifer des Gefechts verloren. Und daß die iranische Revolution zwar das Schah-Regime beseitigt hat, aber auf dessen Ruinen eine Diktatur aufgebaut hat, die mit mörderischen Mitteln jede Opposition unterdrückt, ist der AIZ nicht der Rede wert.

Die Imperialismusvorstellung der AIZ hat letztlich nur noch wenig mit der von Lenin oder Luxemburg zu tun. Der von der AIZ behauptete russische »Imperialismus« trägt eher die Formen eines klassischen Imperiums im Sinne eines Großreichs, denn die eines kapitalistisch hochentwickelten, komplexen polit-ökonomisches Systems. Nur so macht es einen Sinn, jeden Widerstand gegen die Großmächte als antiimperialistisch wahrzunehmen - unabhängig von dessen jeweiliger politischer Ausprägung und ökonomischer Relevanz.

Was die AIZ unter einer sinnvollen bzw. vorbildlichen antiimperialisitschen Politik versteht, wird überall dort deutlich, wo sie sich auf Aktionen der Vergangenheit bezieht. Für die BRD fallen ihr da ausgerechnet die Entführung der mit Mallorca-Urlaubern besetzten Lufthansamaschine »Landshut« durch ein palästinensiches Kommando und die Entführung von israelischen Sportlern während der Olympiade 1972 durch den Schwarzen September (ebenfalls ein palästinensisches Kommando, daß sich nach dem Massaker der jordanischen Armee 1970 an den dort lebenden Palästinensern benannte) ein. Beide Aktionen richteten sich gegen Menschen, die höchstens mittelbar Verantwortung für die Politik der Staaten trugen, an deren Stelle sie entführt wurden. In beiden Fällen handelte es sich weder um wirtschaftliche noch um politische Repräsentanten des imperialistischen Systems, in beiden Fällen ließen sich die Aktionen praktisch niemandem vermitteln und verschlechterten eher denn verbesserten die Position und Unterstützung der sie ausführenden Organisationen. Kurz:

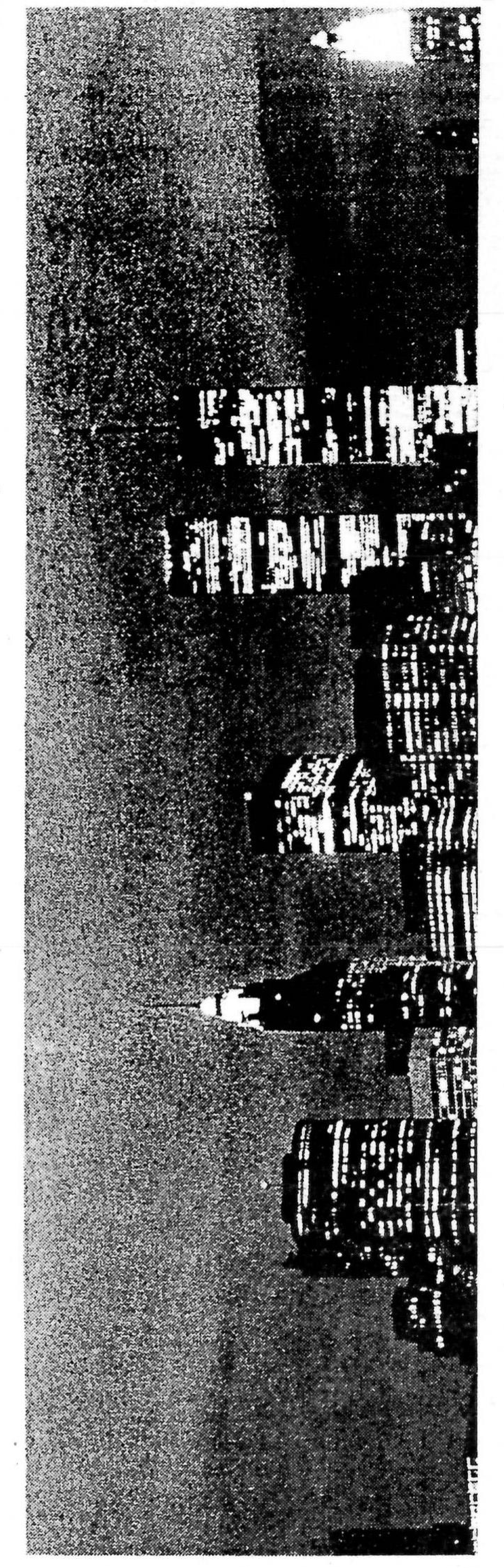


Sowohl die »Landshut«-Entführung als auch die Aktion des Schwarzen September in München repräsentieren klare Fehler emanzipativer Politik, die auf keinen Fall wiederholt werden dürfen.
Was zur Auswahl der Opfer und zur Umsetzung der Aktionen der AIZ zu sagen ist, steht ausführlich in dem Artikel »Vorwärts in die Vergangenheit« aus der radikal 153.
Was die AIZ in ihrer Erklärung vom Dezember 95 über die Linke in der BRD schreibt, wäre nur dann einer Erwiderung wert, wenn man noch die Hoffnung hätte, es könnte in irgendeiner Form von der AIZ wahrgenommen werden.



Politik ohne Utopie

Wir sehen bei der AIZ nicht, auf welche inhaltlichen Vorstellungen der von ihr erwähnten Bewegungen sie sich bezieht. Wir finden es auch nicht besonders einleuchtend, warum der Kampf der »auf islamischer Grundlage kämpfenden Schwestern und Brüder« »grundlegend antiimperialistisch« (AIZ, 13.7.95) sein soll. Auf welche Weise gefährdet die »Iranische Revolution« das imperialistische Weltsystem? Etwa durch besonders regen Handel mit der BRD? (Die BRD ist der bedeutendste Handelspartner des Iran mit einem jährlichen Exportvolumen von ca. 8 Milliarden DM.)
Neben den oben geäußerten Einwänden gegen die Politik der AIZ gibt es einen weiteren Punkt von zentraler Wichtigkeit, der letztlich das Projekt AIZ als ganzes in Frage stellt: Trotz intensiven Bemühens finden wir in den inzwischen sicher über 100 Seiten, die die AIZ bisher veröffentlicht hat, nichts oder praktisch nichts über die Gesellschaft, die sich die AIZ nach einer erfolgreichen antiimperialistischen Revolution vorstellt. Das hat uns zuerst nur stutzig gemacht.
Die von der AIZ in diesem Zusammenhang verwendete Chiffre ist die vom »einfachen und gerechten Leben« (AIZ, 13.7.95). Je länger wir uns dieses Bild anschauen, desto fremder schaut es zurück. Was ist gemeint, wenn »gerecht« gesagt wird? Die in der bürgerlichen Revolution geborene Vorstellung des gleichen Rechts für alle? Die in vielen Religionen vorkommende Vorstellung des den göttlichen Gesetzen und Vorschriften entsprechenden Lebens der Gerechten? Die Beachtung der Regeln des Strafgesetzbuchs und des bürgerlichen Rechts?
Und welches Leben ist einfach? Das Leben in einer Gesellschaft, die keine Widersprüche zuläßt? Das bäuerliche Leben im Einklang mit der Natur, ohne die Versuchungen der Moderne? Der Verzicht auf alles, was über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinausgeht?
Die verwendeten Begriffe verschleiern eher denn erklären, welche Vorstellungen sich hinter ihnen verbergen. Und hier manifestiert sich genau, was weiter oben über die floskelhafte Erwähnung des »Triple Oppression«-Ansatzes gesagt wurde. Das Streben nach den einfachen und klaren Lösungen muß genau um seiner Einfachheit willen alles gleichmachen. In ihm ist strukturell die Unfähigkeit angelegt, die Möglichkeit anzuerkennen, daß es zwischen zwei Polen auch noch einen oder mehrere andere Wege geben kann. Und damit meinen wir nicht den Mittelweg, der ja bekanntlich



den Tod bringt, sondern die Tatsache, daß gerade die linke Politik und Diskussion der letzten 20 Jahre gezeigt hat, daß die dichotomische Verkürzung auf ein entweder/oder, gut/böse, Mensch/Schwein in der Regel die viel kompliziertere Realität der Gesellschaft nicht widerzugeben oder gar zu analysieren vermocht hat.
In diesem Sinne stellt die Politik der AIZ tatsächlich einen Rück-Griff auf die Politikkonzepte der 70er dar.
Die neue alte Einfachheit ist allerdings teuer erkauft. Ihr Preis ist die Aufgabe des Begriffs der Emanzipation und der Kritik von Herrschaft allgemein. Dafür bietet es aber den »Vorteil«, daß die Parole vom einfachen und gerechten Leben sich Sektierer jeglicher politischer Couleur auf ihre Fahnen schreiben können.

einige aus der redaktion

Das Nationale Pressearchiv zerschlagen!

Seit 1993 betreiben Neonazis in Frankfurt/Oder das *Nationale Pressearchiv* (NPA). Das NPA ist eine der letzten noch nicht verbotenen und öffentlich wahrnehmbaren Nazi-Organisationen im Land Brandenburg. Dahinter verbirgt sich ein sogenannter Stützpunkt der seit 1992 verbotenen *Nationalistischen Front* (NF). NF-Mitglieder führen regelmäßige Wehrsportübungen in der Umgebung Frankfurts durch und nahmen an einer Sprengausbildung in Österreich teil.

Das Pressearchiv dient der NF und anderen faschistischen Gruppierungen zur Sammlung von Informationen über vermeintliche GegnerInnen der Nazis. Zu diesem Feindbild gehören alle, die nicht in das rassistische Weltbild der Nazis passen. Das NPA ist ein bundesweit und international wichtiger Knotenpunkt in der sogenannten Anti-Antifa-Kampagne. Beispielsweise wurden auch FrankfurterInnen in der Nazi-Hetzschrift *„Der Angriff"*, mit der linke und bürgerliche AntifaschistInnen denunziert und bedroht wurden, veröffentlicht. Die Betroffenen werden psychisch terrorisiert, bedroht, materiell geschädigt oder zusammengeschlagen...



Danny Sowade Februar 1996

Betrieben wird die Informationszentrale von dem einschlägig bekannten Mitglied der *Nationalistischen Front*, **Danny Sowade**. Das Archiv befindet sich in der Wohnung seiner Eltern in der Konrad-Wachsmann-Str. 37, wo auch Sowade lebt.

In der schwedischen Nazi-Zeitschrift *„Werwolf"* erschien eine Anzeige des NPA, aus der hervorgeht, daß das Frankfurter Nazi-Archiv in das internationale terroristische Netz der Faschisten eingebunden ist. *„Werwolf"* veröffentlicht Steckbriefe von GegnerInnen der Nazis sowie Anleitungen zum Bombenbauen und unterhält Kontakte zur britischen Zeitung *„Redwatch"*, die von der faschistischen Terror-Gruppe *Combat 18* herausgegeben wird.

Der ungefähr 25jährige Danny Sowade ist Herausgeber des NPA-Rundbriefes *„Nationaler Beobachter"*. Mit dem kopierten Blättchen soll zur Vernetzung der faschistischen und der rechten Skinhead-Szene beigetragen werden. Sowade arbeitet auch eng mit der Nazi-Partei *„Die Nationalen"* zusammen. In jeder Ausgabe der Zeitung der *„Nationalen"* wirbt das Archiv für andere Anti-Antifa-Aktionsgruppen. Die Bedeutung der „Nationalen" liegt in ihrer Vernetzungsfunktion im gesamten rechten Lager: Von den *Republikanern* bis zu faschistischen Terrorgruppen. In Guben bedrohte die dortige Ortsgruppe die PDS-Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung in einem Faxbrief. Wörtlich: „Auch Sie haben Familie. Denken Sie daran."

Nicht nur überregional, auch direkt vor Ort konnte das NPA nahezu unbehelligt von Behörden und Polizei Einfluß gewinnen. Im vergangenen Jahr erschienen im Anzeigenblatt „Oder-Anzeiger" mehrere unkommentiert abgedruckte Hetz-Anzeigen des NPA, unter anderem gegen ein von Linken besetztes Haus.

Darüberhinaus wurde eine Bäckerin denunziert, die in Frankfurt preisgünstiges Brot aus Polen verkauft hatte. Das NPA nutzte dabei geschickt die rassistische Stimmung und antipolnische Ressentiments in der deutschen Bevölkerung aus. Auch deutsche Bäcker hatten eine Kampagne gegen die unliebsame Konkurrentin gestartet. Die Folge: Die Bäckerin wurde persönlich bedroht, die Scheiben


Antirassistische Aktion in Frankfurt/Oder • September 1993

ihres Ladens wurden eingeschlagen, schließlich mußte sie ihr Geschäft aufgeben.

Gerade an der Grenze zu Polen ermöglicht ein rassistisches und aggressives Klima den Nazis, in die Offensive zu kommen. Faktisch werden sie dabei von Justiz, Polizei und Grenzschutz unterstützt. Im Sommer vergangenen Jahres verhaftete der Bundesgrenzschutz in einer groß angelegten Razzia über 200 Polen und Polinnen, denen unterstellt wurde, illegal eine Zeitung austragen zu wollen. Die Gefangenen wurden dabei in einer Lagerhalle zusammengepfercht, geschlagen und mit Hunden ohne Maulkorb bedroht. Bei ihrer Ausweisung wurde ihnen ein Stempel „Einreiseverbot für zwei Jahre" in den Paß gedruckt. Kein Wunder, daß in einem solchen Klima die Arbeit der Neonazis so gut wie nicht behindert wird. Die Nazis nützen den Herrschenden bei ihrer Politik, sei es, um Flüchtlinge in Hunger, Krieg und Folter, was dieser Staat mitzuverantworten hat, abzuschieben oder von kapitalistischer Ausbeutung abzulenken. Zwar kontrolliert die Polizei die Post des NPA und hat das Archiv auch schon einmal durchsucht, weitere Folgen hatte das allerdings nicht. Die Nazis wechselten einfach das Postfach und machen wie bisher weiter. Seit Jahren führen sie auch Wehrsportübungen unter Sowades Leitung in der Umgebung der Stadt durch. Es ist notwendig, dem Treiben des NPA ein für allemal ein Ende zu setzen. Mittlerweile hat sich eine „Initiative gegen das Nationale Pressearchiv" gegründet. In einer Kampagne wird versucht, Aufklärungsarbeit zu leisten und öffentlichen Druck auszuüben. So wurden über tausend Flugbätter zur Information der AnwohnerInnen in der Nähe des *Nationalen Pressearchivs* in Briefkästen gesteckt. Seit Jahren wehren sich in Brandenburg engagierte Menschen mit zunehmendem Erfolg gegen den faschistischen Terror: durch öffentliche Aufklärung, Demonstrationen, Straßenfeste, Konzerte oder auch durch direkte militante Aktionen. Alle Kräfte müssen gebündelt werden, damit der antifaschistische Widerstand erfolgreich wird. Eines der letzten Beispiele für erfolgreiche antifaschistische Politik war die Demonstration gegen die *„Nationalen"*, an der im Dezember 1995 über 500 Menschen in Rathenow teilnahmen.

Kommt alle zur Demonstration gegen das Nationale Pressearchiv in Frankfurt/Oder!

Treffpunkt für BerlinerInnen:
13.00 Uhr Bahnsteig Hauptbahnhof (pünktlich!)
Gemeinsam mit dem
„Schönes-Wochenende-Ticket".

DAS NATIONALE PRESSEARCHIV ZERSCHLAGEN!
Demonstration in Frankfurt/Oder
Samstag, 2. März 1996 · 14.00 Uhr
Bahnhofsvorplatz (Hbf.) Frankfurt/Oder



V.i.S.d.P.: D. Schwerin, Pflaumenallee 96, 15234 Frankfurt/Oder



Pressemitteilung!!!

Arolsen, 14.02 1996

Weiterer Prozeß wegen Auseinandersetzung mit Neonazi!

Am 14.08.1993 kam es im Vorfeld des faschistischen Aufmarsches in Fulda anläßlich des Todestages von Hitler - Stellvertreter Rudolf Hess zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und dem Nazi - Kader der damaligen Sauerländer Aktionsfront (SAF) Thomas Kubiak. Die SAF, die sich mittlerweile in "Nationalistische Autonome Basis Siegerland, Sauerland, Wittgenstein, Nordhessen" unbenannt hat ist auch heute noch eine aktive Neonazigruppe in Nordhessen. In dem Verlauf der Auseinandersetzungen erlitt Kubiak Kopfverletzungen und Sachschaden an seinem Auto.
Diese Antifa - Aktion nahm die Staatsanwaltschaft Marburg zum Anlaß eine Kriminalisierungswelle gegen autonome AntifaschistInnen im Raum Arolsen auszulösen. In deren Verlauf wurden 13 Antifas wegen versuchten Totschlages festgenommen. Die Festgenommenen mußten teilweise bis zu 7 Wochen in U - Haft auf ihren Haftprüfungstermin warten, bei dem letztlich alle Inhaftierten freigelassen werden mußten. Zwischenzeitlich hatte sich die Haltlosigkeit des Tatvorwurfs "versuchter Totschlag" längst herausgestellt. Bei dem im Februar 94 stattgefundenen Prozeß vor der dritten Strafkammer des Kasseler Landgerichts wurden acht der 13 Verfahren eingestellt. In dem verbleibenden kam es jedoch viermal zu dreijährigen Bewährungsstrafen wegen schwerem Landfriedensbruchs und Körperverletzung. Der/ Die Verursacher/in der Kopfverletzungen von Kubjak konnten nicht ermittelt werden.
Im Oktober letzten Jahres kam es zur Zivilklage des Neonazis vor dem Landgericht in Marburg. Kubiak, der, wie er selbst behauptet "immer noch Probleme beim Besprechen seines Anrufbeantworter hat" verlangte fast 20.000,- DM als Schmerzensgeld und Entschädigung für sein beschädigtes Auto. Sein ohnehin schon vorher angeschlagenes Auto hatte er wahrscheinlich gleich verschrotten lassen, und wollte nun noch 5 600,- DM haben. Selbst die hohe Schmerzensgeldforderung war völlig unbegründet, da er bereits zwei Wochen später beim Treffen der "Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener" (HNG) erschien. Das Gericht zeigte sich jedoch von diesen Hinweisen unbeeindruckt. Es kam letztlich zu einem außergerichtlichen Vergleich zwischen Kubiaks Anwalt und den Anwälten der fünf Antifas, indem der Neonazi eine Forderung von 8 000,- DM durchsetzen konnte. Nach Meinung der Anwälte der Antifaschisten war ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen.
Nun, 2 1/2 Jahre nach den Geschehnissen in Rennertehausen (Nordhessen) geht die Kriminalisierung weiter. Am 21. und 22. Februar soll nun gegen einen weiteren Antifaschisten ein Prozeß vor dem Landgericht in Kassel durchgeführt werden. Nach dieser Person wurde schon damals bis nach Göttingen und Berlin gefahndet. Warum dieser Prozeß erst so spät stattfindet hat einen Grund:
Die bereits verurteilten Antifas wurden teilweise als Zeugen gegen ihn vorgeladen. Da die Prozesse gegen diese Personen bereits abgeschlossen sind können sie sich nicht auf das Aussageverweigerungsrecht, wegen Selbstbelastung, berufen.
Dieser neue Prozeß zeigt deutlich, daß die Ermittlungen in diesem Fall noch nicht abgeschlossen sind. Die Suche nach weiteren nicht bekannten Personen ist noch am laufen. Ein Hinweis dafür könnten auch die beiden Anwerbungsversuche, von Verfassungsschutzschnüffler(innen), gegenüber zweier Antifas aus Arolsen sein.

Um dem Angeklagten unsere Solidarität zu zeigen und um auf eventuelles Auftreten von Faschisten reagieren zu können, fordern wir alle AntifaschistInnen auf, den Prozeß am 21. und 22. Februar um 9 Uhr im Kasseler Landgericht, Raum 133 (Saalbau), zu besuchen und Geld auf das Solikonto für die hohen Prozeß- und Anwaltskosten zu spenden.

Solikonto: *Rote Hilfe Göttingen*
Stichwort "Arolsen"
Konto- Nr. 350 670 - 309
BLZ 250 100 30
Postgiro Hannover

Autonome Antifa Arolsen ; c\o Buchladen Rote Straße ; Rote Straße 10; 37073 Göttingen

Voraussichtlich am 24. 2. findet in Aschaffenburg in der Innenstadt zum vierten Mal der sog. Hanns Münstermann-Gedenkmarsch mit Nazis aus ganz Deutschland statt.

H.M. war ein rassistischer Schläger, der am Rosenmontag 1992 bei einem Überfall auf Flüchtlinge von einem Angegriffenen in Notwehr erstochen wurde.
Seitdem treffen sich Rassisten und Nazis jedes Jahr in der Aschaffenburger Innenstadt.

Das geht uns alle an!

Für dieses Jahr rufen wir alle Menschen auf, sich an Aktivitäten gegen die Nazi-Demo zu beteiligen.
Organisiert den antifaschistischen Selbstschutz.
Sprecht Freunde und Freundinnen an.
Überlegt Euch, wie Ihr mit dafür sorgen könnt, daß die Stadt nazifrei wird.

Aufruf zum Antifaschistischen Aktionstag in Aschaffenburg am 24.2.96

Nachmittags und abends werden noch diverse Veranstaltungen in der Innenstadt stattfinden.

Hier einige Tips und Ratschläge für die eigene Sicherheit:

Es muß mit massiven Pkw-Kontrollen an den großen Einfallstraßen und mit Personenkontrollen am Rand der Innenstadt gerechnet werden.
Das paramilitärische Sonderkommando USK wird m ca. 300 Cops beteiligt sein.
Teilweise befinden sich in den Parkhäusern Hundestaffeln.
Letztes Mal wurden Platzverweise schon wegen des äußeren Erscheinungsbildes verhängt.

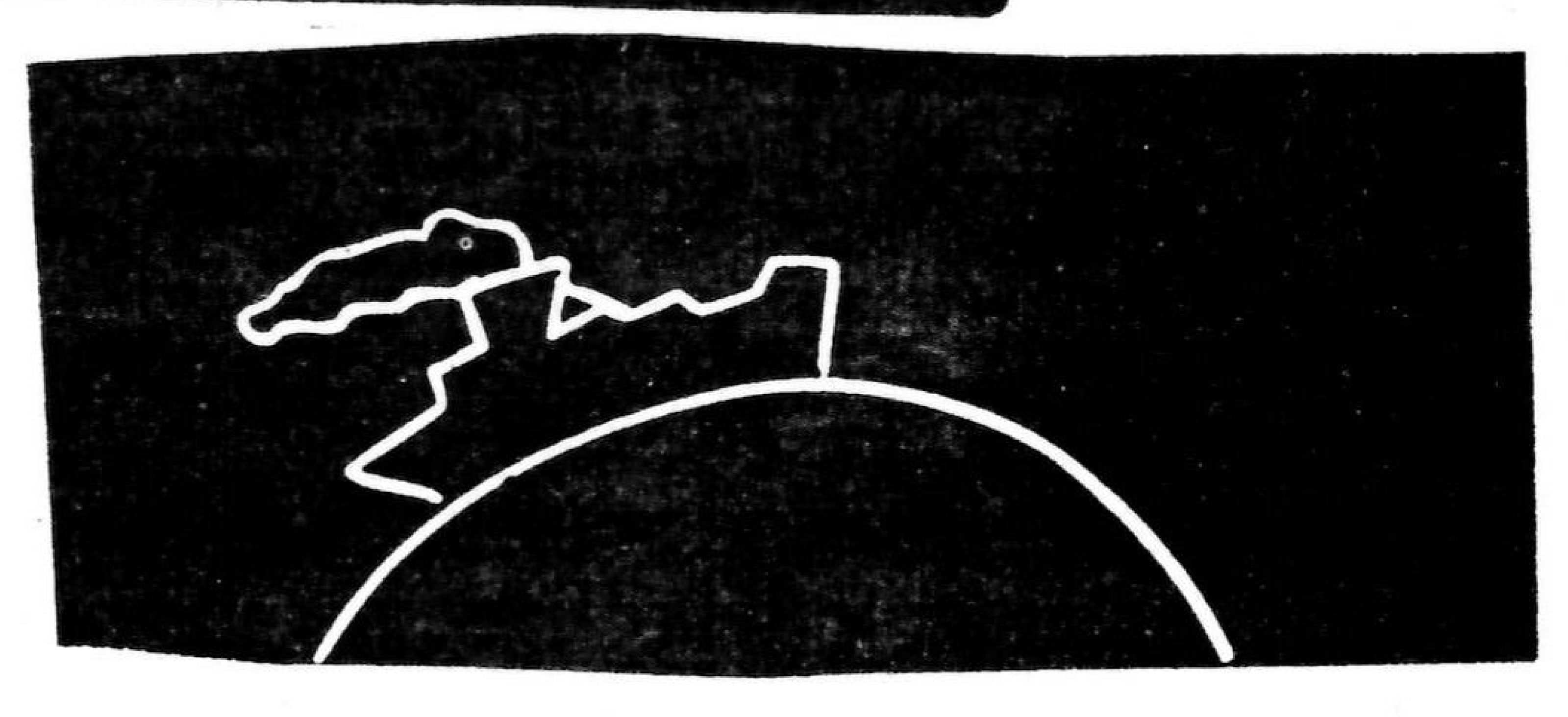
Eure Rechte, Eure Pflichten:

Durchsuchen dürfen die Cops jeden, Frauen dürfen weibliche Cops verlangen.
Gegenüber der Polizei müssen nur folgende Angaben gemacht werden: Name, Meldeadresse, Geburtstag und -ort - **und sonst nix!**
Wenn ein Platzverweis zum zweiten Mal ausgesprochen wurde oder Ihr angebliche Waffen (oder Vermummungsgegenstände) bei Euch habt, könnt Ihr in Vorbeugehaft genommen werden, in der Regel bis abends ca. 10 bis 11 Uhr oder aber bis zum nächsten Morgen (theoretisch sind bis zu 14 Tage möglich).
Aussagen zur Sache muß bei der Polizei niemend machen.
Ruft schnellstmöglich beim Ermittlungsausschuß an (Nummer wird noch bekanntgegeben). Von dort wird sich um AnwältInnen gekümmert.
Bis eine Gerichtsverhandlung oder eine Vorladung zur Staatsanwaltschaft fällig wird, habt Ihr noch genug Zeit und Gelegenheit, mit einer/einem RA zu sprechen.
Falls Ihr andere Festnahmen beobachtet, meldet das ebenfalls beim EA.

■ Briefbomben

LKA warnt vor Nässe

Wiesbaden (dpa) – Briefbomben können auch durch Feuchtigkeit oder Funksignale explodieren. Vor besonders raffiniert gebauten Sprengsätzen hat das Landeskriminalamt in Wiesbaden gewarnt. So könnten sogenannte Transparentsprays die Bomben schon bei Feuchtigkeit detonieren lassen.



Nach dem Lübecker Brandanschlag:

Eine deutsche Selbstreinigung

Erklärung zur Besetzung des Hamburger Rathausportals am 25.1.1996

Am 25. Januar haben ca. 30 Leute aus dem antinationalen und antirassistischen Spektrum das Rathausportal des Hamburger Rathauses besetzt. Die Türen wurden dicht gemacht, so daß der Hauteingang für ca. eine Stunde unpassierbar war. Gleichzeitig wurde ein Transparent mit der Aufschrift "Deutsche Normalität: Rassistische Angriffe an jedem Ort" über dem Eingang angebracht, vor dem Eingang wurden antinationale und antirassistische Parolen gerufen. Polizei und Feuerwehr beendeten schließlich die Aktion, sechs Personen wurden vorläufig festgenommen und einige Personalien aufgenommen.

Wir haben versucht, mit dieser Aktion ein Zeichen gegen die derzeitige "Abwicklung" des Lübecker Anschlages durch Behörden und Öffentlichkeit zu setzen und die allseits wieder einkehrende Normalität zu durchbrechen. Für uns ist der derzeit stattfindende Prozeß eine Selbstreinigung Deutschlands von jeglicher Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Brandanschlages in Lübeck.

Im In- wie Ausland wurde direkt nach Bekanntwerden des verheerenden Brandes in Lübeck selbstverständlich davon ausgegangen, daß es sich um einen rassistischen Anschlag handelte. Die Tatsache der Zigtausenden von Anschlägen mit häufig tödlichem Ausgang auf Immigrantinnen und Flüchtlinge können selbst diejenigen nicht leugnen, deren Betroffenheit sich wieder einmal einzig darin erging, daß die ganze Welt die Deutschen an den Pranger stellt.

Im Vordergrund der meisten Stellungnahmen stand die Sorge um den Ruf der Stadt Lübeck oder des Ansehens Deutschlands im Ausland. Trotzig wurde ständig wiederholt, daß die Deutschen "fremdenfreundlich" sind und sich dies durch ein paar verwirrte Gewalttäter auch nicht ändert. Die rassistische Normalität in diesem Land, die jenseits der immer wieder weltweit Schlagzeilenden machenden mörderischen Anschläge durch u.a. massive Einschränkung des Asylrechts, Abschiebungen und Abschiebeknäste sowie einem Ausländergesetz, welches einen größeren Teil der in Deutschland Lebenden zu Menschen 2.Klasse degradiert, gekennzeichnet ist, wurde auch nach dem Lübecker Anschlag von fast allen wieder verdrängt.

Das Verhalten der Medien und Ermittlungsbehörden folgte der Leitlinie, jegliche deutsche Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Lübecker Anschlages so klein wie möglich zu halten und über die rassistische deutsche Wirklichkeit so wenig wie möglich deutlich werden zu lassen. Dabei erfüllte gerade die scheinbare Offenheit der Berichterstattung (alles für möglich zu halten, nichts auszuschließen) und das gezielte Hin und Her der Ermittlungsbehörden die Funktion, die eigentlichen Ursachen letztlich hinter einem Berg von Spekulationen verschwinden zu lassen. Der Gipfel dieses unglaublichen Vorgangs wurde schließlich mit der Präsentation eines Opfers des Anschlages als Täter, einem libanesischen Flüchtling, erreicht.. Diese völlig haltlose Beschuldigung erfüllte letztlich die Selbstreinigung der Nation: *Keine Schuld der Deutschen!*

In der Öffentlichkeit hatte diese Entwicklung entscheidende Folgen. Die nach dem Lübekker Anschlag zumindest in Ansätzen geführte Diskussion über die Unterbringung der Flüchtlinge ist jetzt praktisch aus der Öffentlichkeit verschwunden, stattdessen wird sich nur noch in immer wilderen Spekulationen über die Tatmotive des Libanesen ergangen. Stimmen, die im In- und Ausland die deutschen Zustände für zumindest mitverantwortlich an dem Lübecker Anschlag benannt oder kritisiert hatten, werden jetzt medial in die Schranken gewiesen (wie die amerikanische Presse) oder wie der Lübecker Bürgermeister Bouteiller mit einer Klage bedroht. Die Normalität ist also wieder hergestellt.

Am vergangenen Montag nun schloß der Pressesprecher der Lübecker Polizei plötzlich wieder nicht aus, daß es doch ein *"rechtsextremistischer Anschlag"* war und daß die *"Täter in das Haus eingedrungen sind"* (so auf einer Pressekonferenz). Seit Dienstag ist wieder mal eine Nachrichtensperre verhängt worden.

Die Geschichte dieser Ermittlung und die mediale Verarbeitung nach dem Lübecker Anschlag begründen für uns *wieder einmal* ein tiefes Mißtrauen in die deutschen Behörden und Öffentlichkeit. Dieses Mißtrauen wird verstärkt durch den Umgang mit der seit einem halben Jahr verstärkt auftretenden Welle von Bränden in Flüchtlingsunterkünften. Immer heißt es sofort und selbst dann, wenn es durchaus Anzeichen für andere Ursachen gibt: "Technischer Defekt". Sogenannter ausländerfeindlicher Hintergrund wird von vornherein ausgeschlossen.

Weitere Gründe für dieses Mißtrauen sind die Vertuschung eines Anschlages in Stuttgart 1994 mit 7 Toten, der zunächst wieder mal als technischer Defekt deklariert wurde und wofür jetzt ein deutscher Täter vor Gericht steht, sowie die fragwürdigen Ermittlungen im Zusammenhang mit Solingen, wo lange versucht wurde, die Existenz eines V-Mannes und des damit gegebenen Mitwissens staatlicher Stellen zu verschleiern. Die Liste setzt sich mit den ziemlich dürftigen Ermittlungsergebnissen oder gar "-erfolgen" seit 1991 bei den zahllosen rassistischen Anschlägen und dem Umgang staatlicher Stellen mit dem Hamburger Polizeiskandal, den man nur noch als organisierte Verschleierung bezeichnen kann, fort. Sie belegen, daß der "Aufklärungswille" deutscher Stellen an Ereignissen, wo es um deutsche Verantwortlichkeiten geht, gegen Null tendiert.

Deutschland darf im Zusammenhang mit dem Lübecker Anschlag seiner Verantwortung nicht entkommen. Die Ermittlungskonstrukte müssen entlarvt, das Mißtrauen gegenüber den Versionen deutscher Behörden und Öffentlichkeit wegen ihrer organisierten Freisprechung von eigener Verantwortung muß verstärkt werden. Und Deutschland als ständiges Opfer und "Unschuldslamm" werden wir nicht weiter hinnehmen.

Deshalb fordern wir eine unabhängige internationale Untersuchung zu den Umständen des Lübecker Brandanschlags!
Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen und Maßnahmen! Offene Grenzen jetzt!
Nie wieder Deutschland!

Gruppe gegen Nationalismus und Rassismus

V.i.S.d.P.: H. Meier, Herzogring 25, 20146 Hamburg



ROTE HILFE E.V. - ORTSGRUPPE MÜNCHEN

POSTADRESSE: Schwanthalerstr. 139, 80339 München, Fax: 089/480 20 06

SPENDENKONTO: Nr.: 220 16 803, Postbank München, BLZ: 700 100 80

RECHTSBERATUNG: jeden Mittwoch 18-19 h, im Infoladen München, Breisacher Str. 12, 81667 München, Tel.: 089/448 96 38 (nur Mi.)

Spendenaufruf

Am 2. Dezember 1995 besetzten 32 Kurdinnen und Kurden die Räume des drei Tage zuvor vom bayerischen Innenminister verbotenen "kurdischen Elternvereins". Sie wollten damit gegen die vor allem auch in Bayern angewandte Repression gegen sämtliche kurdische kulturelle und politische Betätigung protestieren und forderten die Wiederzulassung des "Kurdischen Elternvereins".
Die Polizei favorisierte an diesem Tag offensichtlich sehr bald eine militärische Lösung, denn es gab mehrere Anzeichen für eine Räumung durch Sondereinsatzkommandos. Nichtsdestotrotz kam es zu einem unblutigen Ende, die BesetzerInnen verliessen nach ca. 10 Stunden freiwillig das Gebäude, nachdem ihnen der Münchener Oberbürgermeister Ude die Möglichkeit zur Gründung eines neuen Vereins versichert hatte. Vor allem versprach er ihnen, nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung freigelassen zu werden.
Trotzdem wurde gegen alle 32 Kurden und Kurdinnen Haftbefehl unter anderem wegen Hausfriedensbruch, Siegelbruch, Verstoß gegen das Vereinsgesetz, Nötigung, Waffenbesitz und versuchter Brandstiftung erlassen. Später wurde noch Geiselnahme (an den eigenen Kindern) angefügt. Zur Zeit sitzen in der JVA Stadelheim 29 Kurden in Untersuchungshaft, die ersten Prozesse werden vermutlich Anfang Februar 1996 beginnen.
Diese Menschen brauchen dringenst finanzielle Unterstützung vor allem für Rechtsanwalts- und Dolmetscherkosten, aber auch für Kleidung, Zeitungen sowie zur Unterstützung der Familien.

Spendet auf das Konto der Roten Hilfe München e.V.,
Konto-Nr.: 22016-803,
bei Postbank München,
BLZ: 700 100 80.
Bitte unbedingt das Stichwort "Prozesskosten BesetzerInnen" angeben !

Jede Mark wird gebraucht. Solidarität ist eine Waffe!!!

Februar 1996, Rote Hilfe e.V., OG München

Recht auf Leben für Mädchen

Neu Delhi/Berlin (AFP/dpa/taz) – In Indien ist rückwirkend zum 1. Januar ein Gesetz in Kraft getreten, das verhindern soll, daß Tests zur vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung zur Abtreibung weiblicher Föten mißbraucht werden. Wie in dieser Woche bekanntgegeben wurde, muß mit drei Jahren Haft und einer Geldstrafe von mindestens 450 Mark – zwei durchschnittliche Monatslöhne – rechnen, wer gegen das Gesetz verstößt. Außerdem dürfen Ärzte den Eltern nach einem solchen Test, der aus medizinischen Gründen notwendig sein kann und vor allem über Geburtsfehler Auskunft geben soll, nicht mehr das Geschlecht ihres Kindes mitteilen.

Nach Angaben von Ärzten und Frauenrechtlern werden in Indien jedes Jahr 250.000 weibliche Föten abgetrieben. Zahlreiche Kliniken für Geschlechtsbestimmungs-tests sind in den vergangenen Jahren eröffnet worden. „Investieren Sie jetzt 500 Rupien (20 Mark), um später 500.000 Rupien zu sparen", hieß es in landesweit verbreiteten Anzeigen solcher Einrichtungen, in denen sich Ärzte durch Schnelltests mit anschließender Abtreibung ein beträchtliches Zubrot verdienten. Dabei stehen die 500 Rupien für Test und Abtreibung, die 500.000 für das Großziehen eines Mädchens, das vor allem im ländlichen Indien als wirtschaftliche Belastung gilt. Eine Tochter zu bekommen, das bedeutet für viele Familien unausweichlichen Ärger und Verschuldung. Eltern müssen sich schwer verschulden, um die erwartete Mitgift bei der Verheiratung ihrer Töchter aufzunehmen.

In der letzten Zeit sind die Forderungen der künftigen Ehemänner rapide angestiegen. Junge Frauen werden mißhandelt oder getötet, wenn sie nicht genug Geld einbringen. Gegen diese Entwicklung kämpfen indische Frauengruppen, die auch seit Jahren die Kampagne gegen die vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung geführt haben.

Der Boom der Abtreibungskliniken in Indien hatte weltweiten Alarm ausgelöst. Nach einem Bericht der Weltbank über die Lebensbedingungen von Frauen hat Indien aufgrund dieser Praktiken und der weitverbreiteten Tötung weiblicher Neugeborener und gezielten Vernachlässigung von Mädchen etwa 75 Millionen Frauen weniger, als demographisch zu erwarten wäre. Bei den Geburten kamen im Jahr 1991 auf 1.000 Jungen nur noch 929 Mädchen. Sollte dieser Trend anhalten, könnten nach Expertenanalysen im Jahr 2050 ein Drittel weniger Mädchen als Jungen geboren werden.

Nicht nur in Indien, sondern auch in anderen Ländern hat die Abtreibung weiblicher Föten in den vergangenen Jahren sehr zugenommen. Vor allem in Asien. Dazu hat in China, wo sie ebenfalls verboten ist, die Ein-Kind-Politik stark beigetragen. Im aufstrebenden Südkorea ist diese Entwicklung nicht der Armut, sondern dem immer noch finster herrschenden Patriarchat geschuldet. **li**



Strafanzeige gegen die Beamten des Wuppertaler Staatschutzes

Am 30.1.96 , am 63. Jahrestag der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, wurde diese Anzeige der zuständigen Staatsanwaltschaft in Düsseldorf übergeben. Parallel führen wir eine Unterschriftensammlung für die Strafanzeige in NRW durch, die nachgereicht wird. Mit dem Urteil im Solingen-Prozeß ist noch lange kein Schlußstrich unter die Affäre Bernd Schmitt gezogen. Die Verwicklung Wuppertaler Staatsschützer in Neonazistrukturen bedarf weiterhin der dringenden Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen.
Nach den Aussagen zweier Wuppertaler Staatsschützer bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf müssen wir davon ausgehen, daß die Sicherheitsorgane in NRW: Wuppertaler Staatsschutz und Verfassungsschutz "zur Informationsgewinnung" eine funktionierende Nazistruktur in Solingen - Gräfrath mitaufgebaut und über die finanziellen Zuwendungen an Bernd Schmitt als bezahlter V-Mann des Verfassungschutzes mitfinanziert haben.

Die Gefahren für Leib und Leben - vor allem für Nicht-Deutsche, AusländerInnen und Flüchtlinge, die von diesen organisierten Nazistrukturen ausgehen, wurden billigend in Kauf genommen.
Genau dies darf eine polizeiliche Behörde wie der Staatsschutz im Gegensatz zu einem Geheimdienst nicht. Die Staatsschutzbeamten sind als Polizisten gemäß § 163 StPO dem Legalitätsprinzip verpflichtet. Sie sind vom Gesetz her verpflichtet "Straftaten zu erforschen." und einzuschreiten. Das ist im Falle der Kampfsportschule Hak Pao und dem DHKKV nicht geschehen.
Die unterzeichnenden Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen bitten daher die zuständige Staatsanwaltschaft um Prüfung, ob folgende Straftaten verwirklicht wurden:

1. **Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bzw. kriminellen Vereinigung gemäß § 129 a bzw. 129 StGB.**
2. **Nichtanzeige geplanter Straftaten gemäß § 138 (2) StGB**
3. **Belohnung und Billigung von Straftaten gemäß § 140 (1) StGB**
4. **Begünstigung gemäß § 257 (1) StGB**
5. **Strafvereitelung im Amt gemäß § 258 a StGB.**
6. **Verstoß gegen das Vereinigungsverbot gemäß § 85 (2) StGB.**
7. **Beihilfe zur Volksverhetzung gemäß § 130 (1), (2) und (3).**

Die Namen der betroffenen Polizeibeamten sind über den Polizeipräsidenten Wuppertal zuerfahren.

Begründung:
Nach einem schriftlichen Vermerk bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf sagten am 4.5.94 zwei Wuppertaler Staatschützer aus, Herr Schmitt arbeite im Auftrage des Innenministeriums, Abteilung VI. "Die Kampfsportschule HAK PAO wurde von Bernd Schmitt gegründet, um rechtsextremistisch orientierte Personen im Bergischen Land zusammenzuführen und über diese Erkenntnisse zu sammeln." (Neusel-Bericht S.26)
Wir gehen davon aus, daß die Wuppertaler Staatsschutzbehörde die Gefährlichkeit der neonazistischen Gruppen einschätzen konnte, die sich unter den Augen der Wuppertaler Polizei seit dem 7.3.92 in Solingen trafen. Die Nationalistische Front ist bekanntlich eine mittlerweile verbotene neonazistische Kaderorganisation, deren Mitglieder an zahlreichen schwersten Verbrechen gegen das Leben ausländischer Menschen beteiligt waren
1989 zündete ein NF Mitglied in Schwandorf ein Wohnhaus an, ausländische Menschen verbrannten. In Wuppertal wurde am 12.November 1992 Karl Heinz Rohn von NF-Mitgliedern für einen Juden gehalten, zusammengetreten und angezündet. Rohn starb nur wenig später an den Verletzungen.

Spätestens seit dem 7.3.92 mußte dem Leiter der Dienststelle Staatsschutz beim Wuppertaler Polizeipräsidium bekannt sein, daß sich die damalige Kampfsportschule Hak Pao in Solingen-Gräfrath

zu einem Zentrum neonazistischer Gruppen entwickelt.. Am 7.3.92 fand in den Räumen von Hak Pao eine Schulungsveranstaltung von Meinolf Schönborns Nationalistischer Front statt. Der Staatsschutz in Wuppertal wurde von Bernd Schmitt über die NF-Veranstaltung informiert und Schmitt bekam für die Veranstaltung "Grünes Licht" von den Beamten. Zwei Beamte des Staatsschutzes waren am Veranstaltungsabend in Solingen, um den Veranstaltungsablauf zu beobachten. Ein polizeiliches Eingreifen über die Beobachtung hinaus schien nicht opportun.
Die Bundesanwaltschaft hatte dagegen am 24.1.92 ein Ermittlungsverfahren gegen Schönborn und weitere NF-Kader wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a eingeleitet. Das Verfahren zielte gegen den Aufbau sogenannter "Nationaler Einsatz Kommandos "(NEK). "Das NEK sollte nach Vorstellung des Schönborn eine militärisch ausgebildete und strukturierte Einsatzgruppe sein, die aus dem Untergrund heraus terroristische Aktivitäten entfalten sollte." (Neuselbericht S.13).
Die 129 a relevante Veranstaltung der NF wurde nicht polizeilich aufgelöst, sondern nur beobachtet wie alle weiteren Veranstaltungen rechtsradikaler Parteien und neonazistischer Organisationen in Schmitts Sportschule bis zum Brandanschlag in Solingen. Mit Kenntnis der Wuppertaler Polizei wurden auch rechtsorientierte Jugendliche gezielt von Schmitt und anderen Vereinsmitgliedern rekrutiert, in den Trainingsbetrieb eingeführt und mit rechtsradikaler Propaganda versorgt. Nach einer gewissen Zeit wurden die Jugendlichen auch in den Ordnerdienst von HAK Pao miteinbezogen, diese wohlorganisierte Schlägergruppe wurde zum Schutz für zahlreiche rechtsradikale und neonazistische Gruppen eingesetzt.
Seit dem Mai 92 formierte sich der "Deutsche Hochleistungs Kampfkunstverband" DHKKV . Der Gelegenheitsinformant Bernd Schmitt, vom VS auf die Beobachtung des NEK angesetzt, baute selbst eine Gruppe nach NEK-Muster auf, zu deren Mitgliedern schnell Neonazis und Rechtsextremisten aus dem ganzen Bundesgebiet wurden. Aber erst im Dezember 1993 leitete die Polizei in Wuppertal ein Ermittlungsverfahren gegen Schmitt wegen Fortführung der verbotenen Vereinigung NF ein. Konkret wird Schmitt vorgeworfen, Rechtsextremisten für Saalschutzaufgaben und Observationen ausgebildet zu haben.
Aus dem Ermittlungsverfahren ist bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Anklage gegen Schmitt geworden, obwohl sich Mitglieder des Vereins Hak Pao und des DHKKV an neonazistischen Aktivitäten beteiligt haben und zum Teil auch Straftaten begangen haben:

- Am 5.6.92 fand in Bonn eine Veranstaltung der Nationalistischen Front mit dem führenden Auschwitzleugner Ernst Zündel statt. Schmitt schützte mit einer Gruppe des DHKKV die Veranstaltung.
- Am 9.7.92 stellte der DHKKV in Honnef bei einer NF /DJBW Verantstaltung mit dem Ku-Klux-Klan-Mitglied und Anwalt von Fred Leuchter Kirk Lyons den Saalschutz. Auch bei dieser Veranstaltung stand die Leugnung des Holocaust im Vordergrund.
- Am 27.12.92 machten die beiden Solinger Klaus Everts und Lars Schoof (Letzterer Mitglied bei HAK Pao und DHKKV) auf der A 47 bei Neuss Jagd auf Ausländer. Nachdem sie den Fiat des 20 jährigen Türken Sahin Calisir zweimal versuchten zu rammen und in die Leitplanken gedrängt hatten, sprang der junge Türke in Panik aus dem Auto und wurde von einem vorbeifahrenden Auto erfasst und getötet.
- Am 8. Mai 1993 kam es in Wuppertal zu Auseinandersetzungen bei einem Informationsstand der Republikaner mit antifaschistischen Gegendemonstranten. Eine Gruppe des DHKKV und Bernd Schmitt waren als Sicherheitsdienst vor Ort und schützten zusammen mit Zivilpolizisten den Infostand und griffen in die Schlägerei ein. Die Wuppertaler Polizei versäumte in diesem Zusammenhang, die Vernehmung der DHKKV-Schläger als Tatbeteiligte und als als Tatzeugen.
- Am 29.5.93 brennt das Haus in der Unteren Wernerstraße in Solingen. 5 Türkinnen kommen ums Leben. Als Täter werden vier Personen aus der Solinger Nazi-Szene festgenommen. 3 der 4 trainierten nachweislich bei Hak Pao und hatten Kontakt zu organisierten Neonazis aus dem DHKKV..

ErstunterstützerInnen: *Zahlreiche BesucherInnen der Veranstaltung "Staatsschutzlügen haben kurze Beine"am 28.1.96 in Wuppertal, Infoladen Wuppertal, Koordinationskreis Antifaschismus Wuppertal, Ulrich Sander VVN- BdA NRW, Informationsbüro Nicaragua e.V., ASTA -Kernreferat + Antifa- Referat der Bergischen Universität Wuppertal, Peter Oberhaus PDS Wuppertal, VVN -BdA Wuppertal,Antirassistische Initiative Wuppertal e.V. Autonome Antifa Solingen, Antifa Remscheid, Autonomes Zentrum Wuppertal, Hochschulgruppe "Zusammen können wir nach den Sternen greifen",Antifa-Cafe Remscheid, Radio gAZelle, JungdemokratInnen /Junge Linke Wuppertal, Stadteilgruppe "NachbarInnen schützen NachbarInnen" Unterbarmen, Autonome Antifa Düsseldorf, Unabhängige Antifa Aktiv Essen. Weitere UnterstützerInnen unter beim Infoladen Wuppertal Brunnenstr.41 unter 0202/311790 melden!!!*

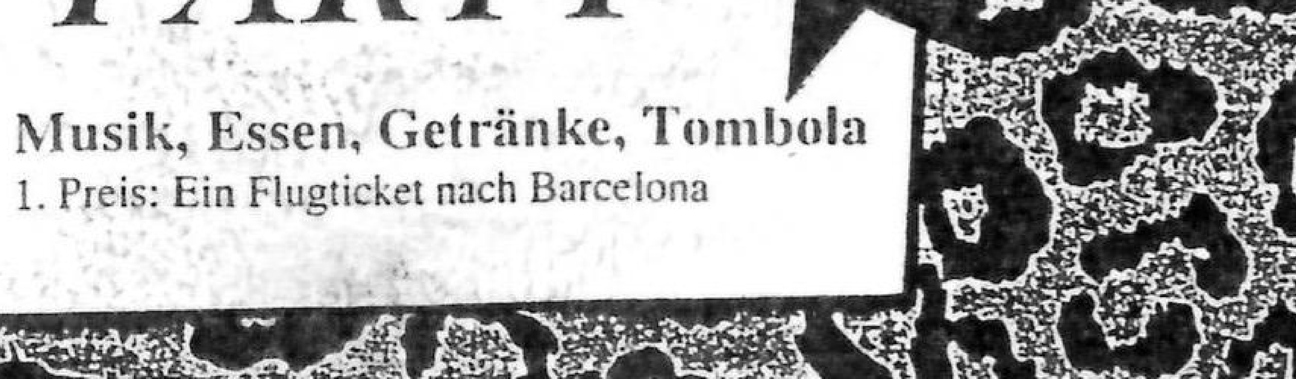
10 Jahre Lateinamerikazentrum

PARTY

Raus aus den Nischen – hin zur Nostalgieparty mit Sandino Dröhnung und Cuba Libre

Musik, Essen, Getränke, Tombola

1. Preis: Ein Flugticket nach Barcelona













Samstag, 24.2.96 21:00
Kreuzberg – Yorckstr. 59 HH 2. Stock
Eintritt 5,– DM

---

ak kassiber ladt ein zu:

spurensicherung

von **rostock**
uber **bad kleinen**
und **grevesmühlen**
nach **lübeck**

FREIHEIT FÜR SAFWAN EID!

eine veranstaltung mit beitragen von:
wolf-dieter vogel (redakteur *junge welt*)
migrantinnengruppe *café morgenland* (frankfurt/m.)
leuten aus dem *antinationalen büro* (hamburg, angefragt)
ak kassiber (berlin)

am samstag, 24. februar, 20 uhr
im versammlungsraum mehringhof
gneisenaustr. 2 a

Größenwahn

-Veranstaltungsetage-

PROGRAMM
im Februar 1996

wo Ihr uns findet...

Frankfurter Allee – Spielplatz – größenwahn – 3 5 7 – 9 – Kinzigstraße – Liebigstr. (Lageplan)

Freitag, 23.2.96
20.00 Uhr

Das FrauenLesbenVideoKino
„Out in Friedrichshain"
zeigt:
„Novembermond"
Eintritt 4 mark
ab 19.00Uhr
ist das Film-Café geöffnet (Women only)

Samstag, 24.2.96
15.00 - 20.00 Uhr

Kaffee und Kuchen im Café Größenwahn
und um
16.30 Uhr
Film: *„Night on Earth"*
(Eintritt frei, Spenden erwünscht)

Sonntag, 25.2.96
20.00 Uhr

„Miss Bonke und die Megapearls"
- Ein LesbenChorKonzert -

Einlass und **Café ab 19.30 Uhr**
Nur für Frauen

In eigener Sache...
Ihr könnt auch eigene ***Veranstaltungen im GRÖßENWAHN*** *machen.*
REDAKTIONSSCHLUß *für dieses Programm ist der* ***15. des Vormonats.***
Meldet Euch vorab telefonisch!

FALLING DOWN RECORDS
präsentiert:

¡ VIVA EL EZLN !

Das Benefiz-Tape für die zapatistischen Aufständischen

Mit den Bands:
ANOTHER FINE MESS
MALTSCHICKS
DADDY LONGLEG
JELLY GRUEL
MINDMACHINE
LUNCHBOX
CAUTION SCREAMS
KOMMERZINFARKT
KJB
NOVOTNY TV
THEE EVIL BAD
NERVOUS
DEKADENZ
PROVISORIUM
ATE HANDS FOR BRAINS
DOWN THE STAIRS
RUBABS
DAISIES
PLATTROCK
LWOONS

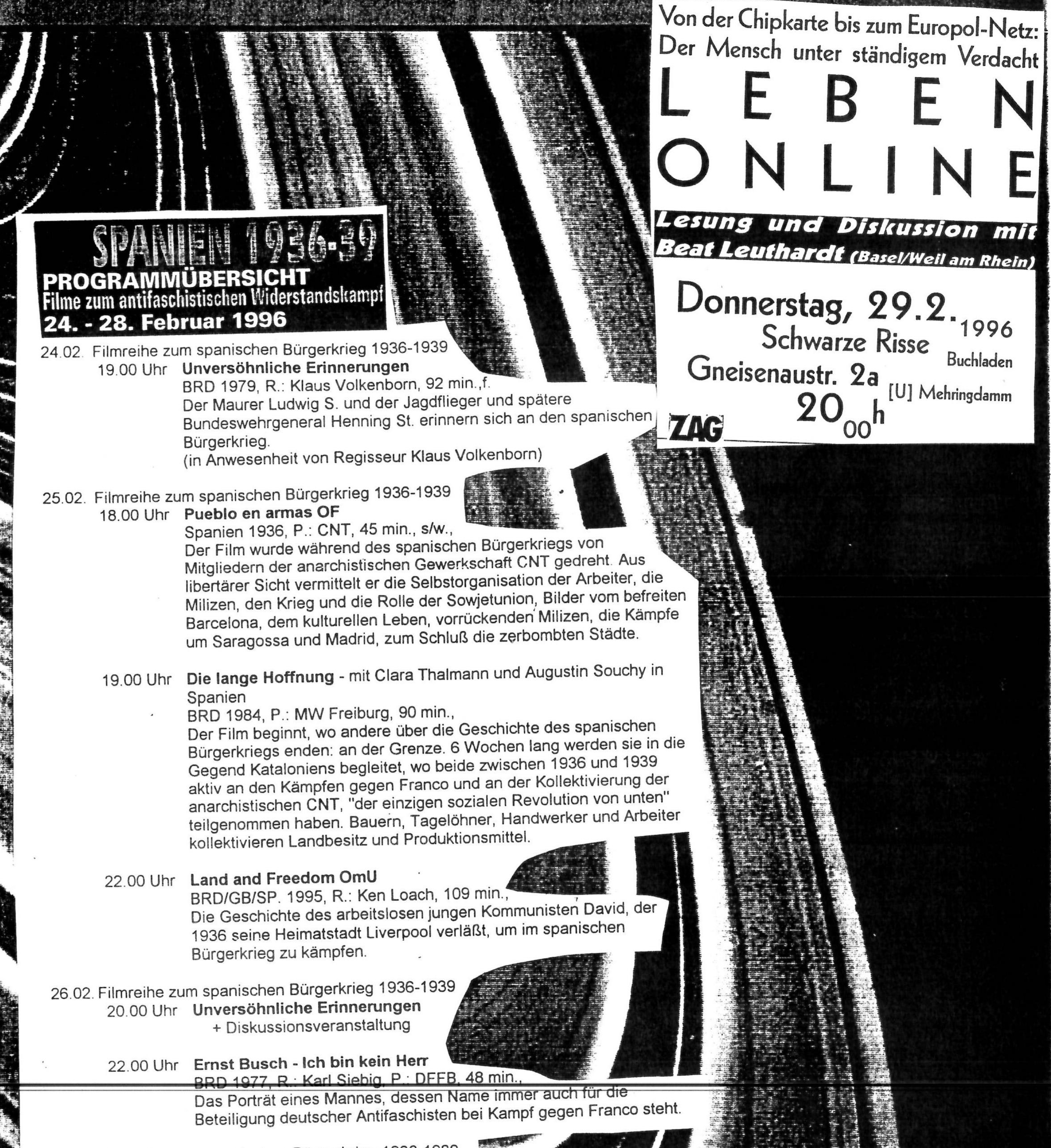
60 Minuten PUNK, HC und Sonstwas vom Feinsten

8,- Mack
davon 3 DM für die EZLN

NEU!

Einzelbestellungen: 8 DM + 3 DM für Porto und Verpackung
Mehrfachbestellungen: 8 DM pro Cassette + einmalig 5 DM für Porto
Bestellung an: Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster
Bezahlung in Scheinen und/oder Briefmarken





Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz:
Der Mensch unter ständigem Verdacht

LEBEN ONLINE

Lesung und Diskussion mit Beat Leuthardt *(Basel/Weil am Rhein)*

Donnerstag, 29.2. 1996
Schwarze Risse Buchladen
Gneisenaustr. 2a [U] Mehringdamm
20.00 h

ZAG

SPANIEN 1936-39

PROGRAMMÜBERSICHT
Filme zum antifaschistischen Widerstandskampf
24. - 28. Februar 1996

24.02. Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg 1936-1939

19.00 Uhr **Unversöhnliche Erinnerungen**
BRD 1979, R.: Klaus Volkenborn, 92 min.,f.
Der Maurer Ludwig S. und der Jagdflieger und spätere Bundeswehrgeneral Henning St. erinnern sich an den spanischen Bürgerkrieg.
(in Anwesenheit von Regisseur Klaus Volkenborn)

25.02. Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg 1936-1939

18.00 Uhr **Pueblo en armas OF**
Spanien 1936, P.: CNT, 45 min., s/w.,
Der Film wurde während des spanischen Bürgerkriegs von Mitgliedern der anarchistischen Gewerkschaft CNT gedreht. Aus libertärer Sicht vermittelt er die Selbstorganisation der Arbeiter, die Milizen, den Krieg und die Rolle der Sowjetunion, Bilder vom befreiten Barcelona, dem kulturellen Leben, vorrückenden Milizen, die Kämpfe um Saragossa und Madrid, zum Schluß die zerbombten Städte.

19.00 Uhr **Die lange Hoffnung** - mit Clara Thalmann und Augustin Souchy in Spanien
BRD 1984, P.: MW Freiburg, 90 min.,
Der Film beginnt, wo andere über die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs enden: an der Grenze. 6 Wochen lang werden sie in die Gegend Kataloniens begleitet, wo beide zwischen 1936 und 1939 aktiv an den Kämpfen gegen Franco und an der Kollektivierung der anarchistischen CNT, "der einzigen sozialen Revolution von unten" teilgenommen haben. Bauern, Tagelöhner, Handwerker und Arbeiter kollektivieren Landbesitz und Produktionsmittel.

22.00 Uhr **Land and Freedom OmU**
BRD/GB/SP. 1995, R.: Ken Loach, 109 min.,
Die Geschichte des arbeitslosen jungen Kommunisten David, der 1936 seine Heimatstadt Liverpool verläßt, um im spanischen Bürgerkrieg zu kämpfen.

26.02. Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg 1936-1939

20.00 Uhr **Unversöhnliche Erinnerungen**
+ Diskussionsveranstaltung

22.00 Uhr **Ernst Busch - Ich bin kein Herr**
BRD 1977, R.: Karl Siebig, P.: DFFB, 48 min.,
Das Porträt eines Mannes, dessen Name immer auch für die Beteiligung deutscher Antifaschisten bei Kampf gegen Franco steht.

27.02. Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg 1936-1939

20.00 Uhr **Ernst Busch - Ich bin kein Herr**
22.00 Uhr **Land and Freedom OmU**

28.02. Filmreihe zum spanischen Bürgerkrieg 1936-1939

20.00 Uhr **Pueblos en armas**
21.00 Uhr **Die lange Hoffnung**

29.02. keine Vorstellung

LICHTBLICK - KINO

Kinokooperative im TaBu,Wolliner Str.19,Berlin-Mitte
zu allen Filmen ermäßigter Eintritt möglich.

Videoabend
Ein Lied für Beko von Nizamettin Aric

Der Film zeigt, beispielhaft und eindringlich, die Vertreibung und Vernichtung des kurdischen Volkes im Dreiländereck Iran/Irak/Türkei.

Am 29.02.1996 Donnerstag
Bapob Jagowstr.12 10555 Berlin-Moabit 20.00 Uhr
im Hof die erste Tür links !

Big Brother is watching...

...praktisch jede E-Mail wird heute von Polizei und internationalen Geheimdiensten auf mißliebige Wörter gescannt und bei Befund gespeichert. Und die Bullen legen bei Hausdurchsuchungen längst ein Hauptaugenmerk auf Computer und Disketten, um deren Inhalt zu kontrollieren. Schlechte Verschlüsselungsprogramme wie Norton's "Diskreet" knacken die Techniker dabei in wenigen Tagen. DAS MUß NICHT SEIN! Mit "Pretty Good Privacy" (PGP) und Secure Filesystem (SFS) gibt es zwei hervorragende und sehr sichere Programme, die von Programierern geschrieben wurden, die den Schutz der Privatsphäre gesichert wissen wollen. Die Programme sind deshalb extra als Freeware erhältlich. NUTZT SIE!

"PGP" für die Post!
"SFS" für die Festplatte!



PGP-Programmierer Phillip Zimmermann

Sichert Eure Daten!